

Stiftung SPI

Gabriele v. Ginsheim / Dorit Meyer

(Hg.)

Gender Mainstreaming

*neue Perspektiven
für die Jugendhilfe*

Herausgeber: Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Satz und Druck: FATA MORGANA Verlag, Berlin
© by Stiftung SPI Berlin – 2001
Printed in Germany

ISBN 3-92 4061-58-0

gefördert aus Mitteln des
Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

EINLEITUNG	
Gabriele v. Ginsheim/Dorit Meyer	7
ALBERT SCHERR	
Gender Mainstreaming – Chance und Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe	17
DORIT MEYER	
Gender Mainstreaming: Bedeutung – Entstehung – Kontexte einer neuen politischen Strategie	25
MARIANNE HORSTKEMPER	
Gender Mainstreaming als Prinzip geschlechterdifferenzierender Arbeit in der Jugendhilfe – Auftrieb für geschlechterbewußte Pädagogik oder Konkurrenz für bereits entfaltete Reformkonzepte?	41
GABY FLÖSSER	
Das Konzept des Gender Mainstreaming als qualitätssicherndes Element in den sozialen Diensten	57
LOTTE ROSE	
Überlegungen zur Verankerung der Kategorie Gender im Mainstream einer sozialräumlichen Jugendhilfe	67
ALBERT SCHERR	
Gender Mainstreaming als Lernprovokation – Anforderungen an die Ausbildung, Fortbildung und Personalentwicklung in den Organisationen der Jugendhilfe	81

Einleitung

Gender Mainstreaming heißt eine neue Strategie zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, die seit 1996 als EU-Richtlinie auch für die politischen Maßnahmen und Konzepte der verschiedenen Mitgliedstaaten für verbindlich erklärt wurde. Der Gender Mainstreaming-Ansatz erweitert die traditionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik, indem er die Realisation von Chancengleichheit als allgemeine Aufgabe aller politischen Handlungsfelder und auf allen Ebenen reklamiert, und leitet damit einen weitreichenden Perspektivwechsel ein. In den Blick gerückt werden damit auch die vielfältigen Lebenslagen von Frauen und Männern als Bezugsgrößen einer Politik, die sich von einer vermeintlichen Geschlechtsneutralität ihrer Entscheidungen und Maßnahmen verabschiedet. In diesem Sinne umfaßt die neue politische Strategie Gender Mainstreaming auch den jugendpolitischen Aufgabenbereich und damit auch die Ebenen, Institutionen und Handlungsfelder der Jugendhilfe. Im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen diese Strategie bereits erprobt wurde, bedeutet sie für die Jugendhilfe noch Neuland, d. h. die Strategie Gender Mainstreaming muß für den Aufgabenbereich der Jugendhilfe und ihre unterschiedlichen Handlungsfelder präzisiert und inhaltlich spezifiziert werden, wobei gleichzeitig die unterschiedlichen Ebenen zu berücksichtigen und zu differenzieren sind, auf denen diese Strategie relevant wird. Zur Bewältigung dieser komplexen Anforderung will die vorliegende Veröffentlichung im Rahmen des Bundesmodellprogramms »Mädchen in der Jugendhilfe« einen Beitrag leisten und die Träger und Institutionen der Jugendhilfe sowie ihre MitarbeiterInnen bei der Realisation von Chancengleichheit in ihren Organisationen und Handlungsfeldern unterstützen.

Die Veröffentlichung zu Gender Mainstreaming knüpft inhaltlich wie konzeptionell an die bisherigen Arbeiten des Bundesmodellprogramms »Mädchen in der Jugendhilfe« an, das 1997 vom BMFSFJ als zweite Phase aufgelegt wurde und mit dessen Koordination und Evaluation das Sozialpädagogische Institut Berlin (SPI) beauftragt wurde. Die in der Strategie Gender Mainstreaming intendierte Option der

MARTINA LIEBE	
Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit – Bewertung eines frauenpolitischen Instruments aus jugendpolitischer Sicht	95
LOTTE ROSE	
Gender Mainstreaming im Feld der Kinder- und Jugendarbeit	109
HANNELORE FAULSTICH-WIELAND	
Gender Mainstreaming im Bereich der Kindertagesstätten	121
REINHARD WINTER	
Gender Mainstreaming im Feld der stationären Unterbringung	133

Verbreiterung bzw. Erweiterung des geschlechtsbezogenen Ansatzes auf der einen und der Ent-Dramatisierung der Geschlechterdifferenz auf der anderen Seite hat von Beginn an – auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse aus dem Feld der Mädchenarbeit – auch die Ausrichtung des Bundesmodellprogramms bestimmt. So wurde in den laufenden Veröffentlichungen von Seiten der Evaluatorinnen des Bundesmodellprogramms wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß angesichts der rasanten gesellschaftlichen Transformationsprozesse sowohl die Bestimmung weiblicher Lebenslagen als auch die Antwort auf die Frage nach den Angeboten und Maßnahmen der Jugendhilfe nur in der Erkenntnis des Allgemeinen aufgehoben sein kann, d. h. daß sowohl die Lebenslagen der Heranwachsenden nicht mehr umstandslos auf der Folie einer vorab erklärten Differenz zwischen den Geschlechtern zu interpretieren sind als auch die Begründungen geschlechterdifferenzierender Angebote und Maßnahmen der Jugendhilfe nicht mehr über die Annahme und Verallgemeinerung einer grundsätzlichen Geschlechterdifferenz erfolgversprechend scheinen. Gleichsam als »Ausschuß« der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse erodiert die Bedeutung der Geschlechtszugehörigkeit als starre strukturelle Kategorie, ohne daß sie deshalb generell an Relevanz verlöre. Und auch die Festsetzung einer polaren Geschlechterdifferenz als gesellschaftliches Klassifikationssystem ist in Bewegung geraten und hat sich bedeutend ausdifferenziert: Heute kann die Kategorie Geschlecht in den politischen wie pädagogischen Aufgabenfeldern u. a. nur noch als *eine* bestimmende Determinante in relationalen Bezug zu anderen Kategorien wie Schicht, Ethnie, Alter etc. in den Blick genommen werden.

Die vorliegende Veröffentlichung ist das Ergebnis einer Arbeitstagung, die auf Initiative des Bundesmodellprogramms »Mädchen in der Jugendhilfe« in Berlin stattfand und vom BMFSFJ gefördert wurde, um die Strategie Gender Mainstreaming für den Aufgabenbereich der Jugendhilfe auszuloten, ihre institutionellen, konzeptionellen und inhaltlichen Prämissen zu spezifizieren und Umsetzungsstrategien zu erörtern. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bedanken für die Finanzierung und fachliche Begleitung der Arbeitstagung und der daraus resultierenden Veröffentlichung. Diese erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist als Handreichung zu verstehen, in der verschiedene Dimensionen dieser Strategie ausgeleuchtet werden. So finden sich neben zwei einführenden Texten, die den Rahmen und die Hintergründe von Gender Mainstreaming skizzieren, vor allem Aufsätze, die sich aus unterschiedlichen Gesichtspunkten und Aufgabenstellungen mit den handlungsleitenden Perspektiven dieser Strategie auseinandersetzen. Darüber hinaus wird in drei Beiträgen zum Abschluß der Versuch unternommen, den Gender Mainstreaming-Ansatz exemplarisch für drei unterschiedliche Handlungsfelder der Jugendhilfe zu spezifizieren.

In einem einführenden Text erläutert **Albert Scherr** den englischen Begriff Gender Mainstreaming, über den als politische Strategie die Herstellung von Geschlechterdemokratie angestrebt werden soll. Er bestimmt diesen Begriff als Ansatzpunkt, mit dem geschlechtsbezogene Lebenslagen und Lebensentwürfe sowie geschlechtsbezogene Problemlagen und Benachteiligungen zum Gegenstand politischer Entscheidungen und Auseinandersetzungen erklärt werden. Ohne daß eine einheitlich strukturierte Geschlechterordnung damit vorausgesetzt würde, werden Mädchen und Frauen, Jungen und Männer unter Berücksichtigung und Differenzierung anderer strukturierender Identitätskategorien in allen gesellschaftlichen Bereichen in ihrer Geschlechtlichkeit wahrgenommen. Dabei wird darauf verwiesen, daß Gender Mainstreaming als politische Strategie deutlich über juristische und administrative Verfahren hinausgeht und gerade für den Aufgabenbereich der Jugendhilfe mit seinen originär pädagogischen Handlungsfeldern zu konkretisieren und zu spezifizieren ist. Da es für die Kinder- und Jugendhilfe bereits eine weitreichende Tradition des Prinzips der Geschlechterdifferenzierung gibt, sieht er die große Chance, die Strategie Gender Mainstreaming umfassend in diesem politischen Aufgabenbereich zu implementieren und in seinen unterschiedlichen Arbeitsfeldern verankern zu können.

Dorit Meyer skizziert in einem weiteren übergreifenden Text die Entstehung und Bedeutung der neuen politischen Strategie und setzt sie ins Verhältnis zu ihren theoretischen Bezügen im Rahmen der Frauen- und Geschlechterforschung. Ausgehend von der Bestimmung einer komplementären »Doppelstrategie«, der traditionellen Frauenförderung auf der einen und Gender Mainstreaming auf der anderen Seite analysiert sie die Perspektiven der neuen Strategie auf der Folie der Formen (institutionalisierter) Identitätspolitik und verweist im Zuge dessen auf die Möglichkeiten einer umfassenden Lösung der »Geschlechterfrage«, da mit der Strategie Gender Mainstreaming nicht mehr »Frauen« als Geschlecht markiert werden, sondern Chancengleichheit strukturell und kontextuell politisiert wird. Im Anschluß an die Erkenntnisse aus der neueren Frauen- und Geschlechterforschung, die den Bezugsrahmen der neuen Strategie markieren, macht sie weiter darauf aufmerksam, daß das politische Verfahren Gender Mainstreaming einer inhaltlichen Präzisierung und Auseinandersetzung bedarf, da die Verwendung der Kategorie Gender zwar eine einheitliche Verständigung suggeriert, diese Kategorie aber tatsächlich eine politische Begrifflichkeit voll inkonsistenter Bedeutung ist. Sie macht deutlich, daß im Zuge einer Implementierung der Strategie Gender Mainstreaming in die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe es zunächst notwendig ist, die eigenen (verschwiegenen) Implikationen bei der Verwendung des Terminus Gender zu durchdenken und offenzulegen, da diese sonst in einer unbewußten Annahme auf poli-

tisches und pädagogisches Handeln zurückwirken. Diese Reflexion des (alltagstheoretischen) Wissens erhält auch deshalb eine besondere Bedeutung, da jenseits der administrativen und organisationsrelevanten Ebenen, die offenkundig bei Gender Mainstreaming zunächst in den Blick kommen, sich der Aufgabenbereich der Jugendhilfe als offener Schauplatz geschlechtsbezogener Identitätsprozesse zeigt und pädagogisches Handeln im Sinne eines »Undoing Gender«, auch da wo diese Bezugnahme übersehen oder sogar negiert wird, unmöglich ist.

Marianne Horstkemper analysiert Gender Mainstreaming als geschlechterdifferenzierendes Prinzip für die Jugendhilfe vor dem Hintergrund geschlechtsbezogener Jugendarbeit im historischen Wandel. In Anlehnung an ein erweitertes Etappenmodell von Barbara Friebertshäuser skizziert sie mit einem retrospektiven Blick die verschiedenen Formen und Ansätze geschlechtsbezogener Jugendarbeit und stellt sie ins Verhältnis zu ihren jeweiligen theoretischen Bezügen und politischen Prämissen. Ausgehend von Ansätzen der Geschlechtertrennung in den 50er Jahren, der Koedukation in den 60er Jahren, der Entstehung der feministischen Mädchenarbeit in den 70ern, ihrer Erweiterung und Ausdifferenzierung in den 80ern verortet sie Gender Mainstreaming im Zuge der Hinwendung der Frauen- zur Geschlechterforschung in den 90er Jahren als neue geschlechterpolitische Strategie, die den in der Frauen- und Geschlechterforschung entwickelten Ansatz der Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit bzw. der Ent-Dramatisierung der Geschlechterdifferenz aufnimmt. Einen klaren Vorteil der Strategie Gender Mainstreaming für die Weiterentwicklung geschlechtsbezogener Pädagogik im Rahmen der Jugendhilfe sieht sie darin, daß nun explizit beide Geschlechter einbezogen werden, geschlechtsbezogene Arbeit nicht weiter als »Frauenthema« etikettiert werden kann und somit die Jugendhilfe dem im KJHG § 9, Absatz 3 formulierten normativen Anspruch gerecht werden könnte. Dieses kann ihres Erachtens aber nur dann wirklich gelingen, wenn diese Top-down-Strategie gleichzeitig von geschlechtsbezogenen Diskursen zwischen allen Beteiligten in den Handlungsfeldern der Jugendhilfe flankiert und damit von letzteren getragen wird.

Gaby Flösser erörtert die Frage, inwieweit die Strategie Gender Mainstreaming integriert werden kann in Konzepte und Maßnahmen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der sozialen Arbeit, die gegenwärtig auf den Prüfstand erhoben werden. Insofern die unterschiedlichen Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe Aussagen über die Qualität ihrer Arbeit treffen und dokumentieren müssen, sieht sie eine Möglichkeit, die Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern als ein weiteres qualitätssicherndes Moment in den Selbstbeschreibungen bzw. den angestrebten und/oder realisierten Verfahren der Träger

und Einrichtungen zu verankern. Da aber mit Gender Mainstreaming vor allem organisationskulturelle Aspekte angesprochen werden, rücken ihres Erachtens vor allem Fragen nach bzw. der Umgang mit Formen der aktiven und produktiven Gestaltung des Geschlechterverhältnisses in den Mittelpunkt. Auf der Folie der »Trisektion« der Qualitätsdimensionen Strukturqualität, Prozeßqualität und Ergebnisqualität entwirft sie Methoden der Verankerung von Gender Mainstreaming, die in die laufende Qualitätssicherung der Träger und Institutionen integriert werden könnten, ein Verfahren, dem sie insgesamt eine Erweiterung der Reflexionsfähigkeit der MitarbeiterInnen und damit eine Steigerung der Qualität von Organisationen zuspricht. Um Gender Mainstreaming zu einem konstitutiven Bestandteil einer Qualitätspolitik zu machen, bieten sich vor allem Methoden der Selbstevaluation an – besonders weil die MitarbeiterInnen wie die AdressatInnen die zentrale Bezugsgruppe dieser Strategie darstellen –, aber auch Modelle aus dem gewerblich-industriellen Sektor (wie z. B. ISO), obgleich letztere Konzepte aktive Beteiligungsformen von KundInnen oder AdressatInnen über die Nachfragezufriedenheit hinaus vermissen lassen.

Lotte Rose stellt dagegen Überlegungen an, in welcher Form Gender Mainstreaming in das gegenwärtige Prinzip der Sozialraumorientierung integriert werden kann, das im Anschluß an den 8. Jugendbericht (1990) zu einer zentralen fachlichen Leitlinie avanciert ist. Da es noch keine systematische Auseinandersetzung darüber gibt, wie der Ansatz der Sozialraumorientierung geschlechtsbezogen zu qualifizieren ist, und die Einführung der Gender-Kategorie eher dazu geführt hat, normative und ideologische Annahmen über die Zielgruppe Mädchen zu verfestigen und diese zum Ausgangspunkt der Jugendhilfepraxis zu bestimmen, fragt sie danach, wie die Kategorie Gender erfolgreich in die sozialräumliche Jugendhilfe integriert und eine sozialräumliche Genderekundigkeit entwickelt werden kann. Diesbezüglich skizziert sie eine Reihe von Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit dieses Prinzip tatsächlich zur Gestaltung einer lebensweltadäquaten sozialen Infrastruktur für beide Geschlechter beitragen kann. Im Anschluß an diese Bestimmungen entwirft sie einen methodischen Ansatz, wie über die Kenntnisse der materiellen Lebenslagen hinaus die subjektiven Lebensrealitäten der AdressatInnen erschlossen werden können und damit der Maxime der Adressaten- und Dienstleistungsorientierung Rechnung getragen werden kann. Dabei verweist sie auf die Methoden ethnographischer Untersuchungen, weil sie in ihnen eine maximale Offenheit gegenüber dem Untersuchungsfeld erkennt. Diese Maßgabe läßt sich aber nicht nur auf das Untersuchungsfeld als solches beziehen, sondern tangiert auch zentral diejenigen, die eine solche sozialräumliche Untersuchung durchführen, d. h. die eigenen Einstellungen und normativen Wertungen derjenigen, die sich »ins Feld« be-

geben, sollten von diesen selbstkritisch hinterfragt werden. Auf der Grundlage dieser Methode könnten ihres Erachtens Gender Mainstreaming-Prozesse hinsichtlich einer sozialraumorientierten Jugendhilfe auch deshalb besonders erfolgreich sein, weil sie eine präzise Form des Hinschauens und des sich Hineinbegebens in eine vielleicht fremde Welt verlangen und weil sie erlauben, die Sichtweise auf die Geschlechter zu entdramatisieren und zu entideologisieren.

Albert Scherr benennt die Herausforderungen, die Gender Mainstreaming als neue politische Strategie an die Ausbildung und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte sowie an die Personalentwicklung in den Organisationen der Jugendhilfe stellt. Jenseits von rechtlichen und administrativen Vorgaben kann die konzeptionelle Konkretisierung und praktische Implementierung, so seine Behauptung, nur in Auseinandersetzung mit den spezifischen Bedingungen der unterschiedlichen Handlungsfelder der Jugendhilfe sowie den lokalen und institutionellen Settings erfolgen. Weiter, so folgert er, hat die Implementierung dieser neuen Strategie nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie nicht nur auf den organisationsbezogenen Ebenen relevant wird, sondern wenn in ihrer Folge gleichfalls Lernprozesse auf Seiten der MitarbeiterInnen initiiert werden, da ohne ein eigenmotiviertes Interesse der MitarbeiterInnen seines Erachtens sowohl Umstrukturierungen von Organisationen als auch Veränderungen professionellen Handelns aller Wahrscheinlichkeit nach zum Scheitern verurteilt sind. Von daher plädiert er dafür, den Ansatz von Gender Mainstreaming als offenes Lernfeld ohne normative Festlegungen zu implementieren, in dessen Rahmen auf Seiten des hauptamtlichen und ehrenamtlichen Personals in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe wie der Studierenden, also den zukünftigen MitarbeiterInnen, unterschiedliche Wahrnehmungen und Sichtweisen der Kategorie Gender artikuliert und diskutiert werden können, ohne allerdings die Prämissen von Gender Mainstreaming der Beliebigkeit preiszugeben. Diesbezüglich skizziert er einen dreifachen Lernprozeß, der die Ebene der AdressatInnen, die Ebene der MitarbeiterInnen sowie die Interaktion zwischen MitarbeiterInnen und AdressatInnen umfaßt. Auf allen Ebenen ist aber zu berücksichtigen, so sein Resümee, daß Veränderungen – in welcher Absicht auch immer – nicht verordnet oder erzwungen, sondern nur angeregt und begleitet werden können.

Martina Liebe dagegen bewertet die Strategie Gender Mainstreaming als eine neues Instrument bzw. als einen weiteren Schritt in der Geschichte der Gleichstellung von Frauen und Männern aus jugendpolitischer Sicht. Sie allerdings möchte die Strategie Gender Mainstreaming auf die administrative Ebene reduziert wissen, die sie sowohl entschieden gegen die pädagogische Praxis als auch gegen die Theoreme der Frauen- und Geschlechterforschung abgrenzt. Positive Effekte für die Durch-

setzungs- und Absicherungsstrategien geschlechtsbezogener Jugendarbeit liegen ihres Erachtens allein im Verfahrensaspekt von Gender Mainstreaming, d. h. in der Etablierung entsprechender Verfahren auf der Ebene politischer Entscheidungen, die damit optimiert werden und über die die Verbindlichkeit der Gleichstellung von Frauen und Männern forciert werden kann. Als AdressatInnen von Gender Mainstreaming benennt sie dementsprechend ausschließlich diejenigen, die an der Organisation politischer Entscheidungen beteiligt sind. Hinsichtlich der Jugendarbeit verortet sie folgerichtig den Gender Mainstreaming-Ansatz dort, wo politische Entscheidungen getroffen werden, im Ressort Jugendpolitik. Da Jugendpolitik sowohl Ressort- als auch Querschnittspolitik ist, sieht sie in der neuen politischen Strategie die Möglichkeit, die strukturelle Randständigkeit von Jugendpolitik – über Gleichstellungsgesichtspunkte hinaus – insgesamt zu verringern und Jugendpolitik als Querschnittspolitik wirksam werden zu lassen. Als Ort der Realisation von Gender Mainstreaming bietet sich ihres Erachtens die Jugendhilfeplanung mit ihren zur Verfügung stehenden Instrumenten und Methoden an. Auf dieser Ebene können u.a. die Kriterien für Entscheidungen zur Gestaltung einer sach- und bedarfsgerechten Jugendpolitik ermittelt werden.

Lotte Rose analysiert Gender Mainstreaming als neues Anforderungsprofil für das Feld der Kinder- und Jugendarbeit, das hinsichtlich der Realisation geschlechtsbezogener Konzeptionen von Anfang an eine Vorreiterrolle innehatte, vor dem Hintergrund bestehender Mädchen- und Jungenarbeitsansätze. In einer verdichteten Skizze der Grundannahmen und des Entwicklungsstands der gegenwärtigen Mädchen- und Jungenarbeit fragt sie danach, inwiefern der bisher etablierte Gender-Diskurs selbst dazu beigetragen hat, daß er in der Kinder- und Jugendarbeit marginal geblieben ist. Im Anschluß an diese kritische Rekonstruktion untersucht sie, wie sich Gender Mainstreaming inhaltlich und konzeptionell zukünftig profilieren müßte, damit die breite Implementierung einer offenen, geschlechtsbezogenen Sichtweise in dem Feld der Kinder- und Jugendarbeit eine größere Chance hätte. Dazu wäre es ihres Erachtens erstens notwendig, aus den Strukturen einer auf sich selbst bezogenen Kommunikation herauszutreten, zweitens Mädchenarbeit nicht weiter in einer ideologischen Positionierung zu definieren und zwischen einer »richtigen« und einer »falschen« Mädchenarbeit zu unterscheiden und drittens die Mädchenwelten genauso wie die Interaktionen zwischen Mädchen und Jungen nicht weiter in Formen normativer Deutungsmuster zu entziffern, nach denen als sich verewigende Tatbestände Mädchen als die potentiellen Opfer und Jungen als die potentiellen Täter gelten, d. h. es ginge darum, nicht weiter die bestehenden Bilder vom Geschlechterverhältnis zu dramatisieren, sondern offen zu bleiben für eine Vielfalt von Bedeutungen und Lesarten. In diesem Zusammenhang sieht sie in dem Gender

Mainstreaming-Ansatz die Möglichkeit, geschlechtsbezogene Qualifizierungen wieder konsequent von den Subjekten aus zu entwickeln, gleichsam »auf die Füße« zu stellen. Dieser Schritt würde auch bedeuten, daß eine geschlechtsbezogene Professionalität nicht ausschließlich darum kreisen kann, auf welche Weise die geschlechtshomogene Gruppenarbeit zu effektivieren ist, und sie darf auch nicht weiter Synonym einer spezialisierten Methode bleiben.

Hannelore Faulstich-Wieland erörtert die Frage, welche Aspekte im Bereich der Kindertagesstätten für die Strategie Gender Mainstreaming relevant werden. In diesem Zusammenhang analysiert sie in einem ersten Schritt die Bedarfs- und Versorgungslage und untersucht in einem weiteren zwei Dimensionen, denen bei der Suche nach vorhandenen möglichen Ungleichheiten ein besonderes Gewicht zukommt: die personelle Ebene, d. h. die Ebene, die die betreuten Kinder und betreuenden Erwachsenen betrifft, sowie die Prozesse der Sozialisation in der pädagogischen Alltagspraxis. In der Analyse der Bedarfs- und Versorgungslage verweist sie vor allem auf die anachronistischen, zeitlichen Begrenzungen der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, die unter dem Gesichtspunkt von Gender Mainstreaming realiter negative Auswirkungen für die Arbeitsmarktintegration und die beruflichen Perspektiven von Frauen anzeigen. Hinsichtlich der personellen Ebene benennt sie die deutliche Dominanz der Frauen im Bereich der Kindertagesstätten (über 96 %) und die negativen Korrelationen wie geringe Bezahlung, geringe Aufstiegsmöglichkeiten, geringe gesellschaftliche Anerkennung, die typischerweise mit einem klassischen »Frauenberuf« einhergehen. In der Analyse der Geschlechtersozialisation in den Kindertagesstätten verweist sie auf eine Reihe von unterschiedlichen Untersuchungen, die sich mit der Alltagspraxis und der Interaktion zwischen Erzieherinnen und Kindern beschäftigen und die mehr oder minder deutlich werden lassen, daß nach wie vor die Existenz bekannter Geschlechtsstereotype die Sozialisationsprozesse in den Kindertagesstätten bestimmen, ein Tatbestand, der in erster Linie Benachteiligungen für Mädchen zur Folge hat. Vor diesem Hintergrund konstatiert sie für die Umsetzung von Gender Mainstreaming im Bereich der Kindertagesstätten ein Desiderat an Aus- und Fortbildungen hinsichtlich der Vermittlung von Gender-Kompetenzen. Darüber hinaus sieht sie Möglichkeiten der Integration von Gender Mainstreaming in den Bereich der Kindertagesstätten durch die Erarbeitung von Konzeptionen für die jeweiligen Einrichtungen, ähnlich wie dies in Form von Schulprofilen von vielen Schulen geleistet wurde. In diesem Zusammenhang stellt sie einen Fragenkatalog vor, mit dem geschlechterdifferenzierende Überprüfungen bei den jeweiligen Trägern und Institutionen eingeleitet werden können.

Reinhard Winter untersucht, wie Gender Mainstreaming im Feld der stationären Unterbringung implementiert werden bzw. an Traditionen anschließen kann, die bereits in diesem Feld existieren. Obgleich hier wesentliche Anschlußmöglichkeiten gegeben sind, sieht er in dieser Strategie eine grundsätzlich neue Perspektive der geschlechtsbezogenen Qualifizierung, weil sie als Verfahren auf den verschiedenen Ebenen eines Handlungsfeldes, in diesem Fall der stationären Unterbringung, wirksam werden kann. Im Blick auf das Handlungsfeld der Heimerziehung unterscheidet er drei institutionelle Ebenen auf denen Gender Mainstreaming als Strategie implementiert werden kann: die formale Ebene, die konzeptionelle Ebene und die Ebene der Qualifizierung. Bezüglich der formalen Ebene trägt der Gender Mainstreaming-Ansatz dazu bei, die Leistungsbeschreibung einer Institution zu erweitern. Er spielt eine Rolle bei den Entgeltvereinbarungen und bei der Einsetzung von Qualitätsentwicklungsvereinbarungen. Daneben erscheint die Hilfeplanung als ein wichtiger, strategischer Ort der Verankerung von Gender Mainstreaming. Hinsichtlich der konzeptionellen Ebene kommen besonders die AdressatInnen und die MitarbeiterInnen unter genderbezogenen Aspekten in den Blick, aber auch die strukturellen Rahmenbedingungen von Institutionen. Letztere sind auch deshalb für die Implementierung von Gender Mainstreaming bedeutsam, weil jenseits aller pädagogisch intendierten Interaktionen den Organisationen selbst, d. h. ihren institutionellen und kulturellen Faktoren, eine bedeutende Wirkkraft inhärent ist. Die dritte Ebene, die Ebene der Qualifizierung, ergibt sich seines Erachtens folgerichtig aus den skizzierten neuen Perspektiven und Herausforderungen, da neue Anforderungen Qualifikationsangebote benötigen, um mit diesen Anforderungen professionell umgehen zu können. In der Herstellung und Entwicklung von allgemeinen und spezifischen Gender-Kompetenzen sieht er eine wesentliche Aufgabe, um die Top-down-Strategie mit einer personalbezogenen Bottom-up-Strategie zu unterfüttern und sie damit auf eine breitere Basis zu stellen.

Gabriele v. Ginsheim / Dorit Meyer

Albert Scherr

Gender Mainstreaming – Chance und Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe

In dieser Einleitung werden grundlegende Annahmen und Elemente des Gender Mainstreaming skizziert. Voraussetzungen und Implikationen sowie Konsequenzen des Gender Mainstreaming für die Kinder- und Jugendhilfe werden daran anschließend in den folgenden Beiträgen ausführlicher dargestellt.¹

Was meint Gender Mainstreaming?

Gender Mainstreaming, das ist zunächst ein schwer übersetzbarer Kunstbegriff. Die Randständigkeit der Berücksichtigung und Auseinandersetzung mit »Gender«, d. h. den sozialen Bestimmungen und Festlegungen des Weiblichen und Männlichen (unterschieden von »Sex«, d. h. vom biologischen Geschlecht), soll überwunden werden – so kann dieser Kunstbegriff zunächst erläutert werden. Französische Übersetzungen sprechen von einer »*approche intégrée*«, also einer umfassenden bzw. »ganzheitlichen« Annäherung an die Thematik Geschlechterunterschiede und Geschlechterverhältnisse. Ins Deutsche wird der Gender Mainstreaming gelegentlich mit Geschlechterdemokratie oder mit Geschlechtergerechtigkeit übersetzt, was jedoch beides recht ungenau ist. Deshalb behalten Fachtexte gewöhnlich den englischen Begriff bei.

Zum Gegenstand politischer Entscheidungen und Auseinandersetzung erklärt werden mit Gender Mainstreaming geschlechtsbezogene Lebenslagen, Lebensentwürfe, Problemlagen und damit einhergehende Benachteiligungen *beider* Geschlechter. Es geht also um eine umfassende Politik der Gestaltung der Geschlechterverhältnisse, nicht mehr »nur« um Frauenförderungs- und Frauengleichstellungspolitik. Grundlegend hierfür sind die Annahmen, a) daß geschlechtsbezogene Festlegungen, Be-

¹ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird hier auf Literaturnachweise und eine Darstellung der relevanten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen verzichtet.

nachteiligungen und Privilegierungen Mädchen/Frauen *und* Jungen/Männer betreffen, sowie b) daß eine einheitlich strukturierte Geschlechterordnung, die in allen Bereichen und für alle Individuen gleichermaßen wirksam wird, nicht vorausgesetzt werden kann.

Damit wird dazu aufgefordert, nicht mehr nur Mädchen und Frauen in ihrer sozialen Geschlechtlichkeit wahrzunehmen, sondern eben auch Jungen und Männer, und dies in allen gesellschaftlichen Teilbereichen sowie empirisch genau und differenziert, also unter Berücksichtigung der Unterschiede in den gesellschaftlichen Teilsystemen und Organisationen, der Unterschiede zwischen den sozialen Klassen, den soziokulturellen Milieus, Teil- und Subkulturen sowie der Tatsache, daß Individuen immer auch besondere und selbstbestimmungsfähige Einzelne sind und eben keine Marionetten ihrer sozialen Klasse, ihrer Kultur oder eben ihres Geschlechts.

Gender Mainstreaming als politisches Programm

Gender Mainstreaming bezeichnet ein Programm staatlicher Politik, dessen grundlegendes Ziel darin besteht, zur Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden in allen Bereichen und auf allen Ebenen politischer Entscheidungen im Interesse der Gleichheit zwischen den Geschlechtern beizutragen. Grundlage dessen sind Vereinbarungen auf der Ebene der Europäischen Union,² die nunmehr auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen werden. Damit sind vier bedeutsame Sachverhalt angedeutet:

1. Es geht im Rahmen von Gender Mainstreaming nicht mehr »nur« um Frauenförderung, sondern um die Anerkennung von geschlechtsbezogenen Unterschieden und darauf bezogenen Benachteiligungen in den Lebensbedingungen und den Praktiken der Lebensführung zwischen Frauen *und* Männern, aber auch innerhalb der Geschlechter – z. B. zwischen eher karriereorientierten und eher familienorientierten Frauen und Männern.
2. Gender Mainstreaming ist eine Strategie staatlicher Politik. Methode der Durchsetzung dieser Strategie sind juristische und administrative Verfahren, durch die Gesetze verändert, Verwaltungsvorschriften erlassen und Förderungsrichtlinien formuliert werden. Veränderungen sollen »von oben« eingeleitet werden, weshalb Gender Mainstreaming als administrative Top-down-Strategie charakterisiert werden kann.

² Eingang in die Politik der EU fand die Strategie des Gender Mainstreaming über das Vierte Aktionsprogramm zur Chancengleichheit aus dem Jahr 1995 und den Amsterdamer Vertrag von 1996.

3. Gender Mainstreaming rückt nicht nur die Ebene des bewußten Handelns von Akteuren, sondern darüber hinausgehend und tendenziell vorrangig die Ebene der Organisationsstrukturen in den Blick.
4. Die Kinder- und Jugendhilfe als ein in hohem Maß von rechtlichen Vorgaben sowie politischen Entscheidungen und Mittelzuweisungen abhängiger Bereich sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Praxis wird folglich in absehbarer Zeit unter die Vorgabe gestellt werden, sich an den Zielen des Gender Mainstreaming auszurichten.

Wie in vergleichbaren Fällen (Neue Steuerung, Qualitätssicherung, Evaluation etc.) stellt sich damit die Aufgabe zu klären, wie eine den besonderen Bedingungen der Kinder- und Jugendhilfe angemessene Bestimmung der Ziele und Methoden des Gender Mainstreaming vorgenommen werden kann, wenn man fachliche Autonomie nicht preisgeben und die Definitionsmacht bezüglich entsprechender Festlegungen nicht den politischen und juristischen Organisationen überlassen will.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit solcher Klärungsprozesse ergibt sich daraus, daß die Vorgaben des Gender Mainstreaming bislang hoch abstrakt gefaßt sind, also noch nicht abschließend festgelegt ist, wie die Vorgaben dieser Strategie in der Kinder- und Jugendhilfe zu konkretisieren und zu spezifizieren sind. Die vorliegende Broschüre faßt Analysen und Vorschläge zusammen, die eine solche fachliche Konkretisierung und Spezifizierung anregen und ermöglichen sollen.

Unterschiede, Gleichheit und Gleichberechtigung

Eine diesbezüglich zentrale Vorgabe stellt ein einflußreicher, dem Europarat am 26.3.1998 vorgelegter Sachverständigenbericht mit dem Titel »Die integrative Annäherung an die Gleichheit von Frauen und Männern. Konzeptionelle Grundlagen, Methodologie und Darstellung bewährter Praktiken« (Europarat 1988) dar. Dieser bestimmt Gender Mainstreaming wie folgt:

»Die integrative Annäherung umfaßt die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Überprüfung von Entscheidungsprozessen mit dem Ziel, den Blickwinkel der Gleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen sowie bei allen beteiligten Akteuren politischer Handlungsfelder zu verankern.« (ebd., eigene Übersetzung)

Schon die sprachlichen Unterschiede bei der Übersetzung dieser im Original französischen Formulierung weisen auf ein zentrales Problem hin: Die Formulierung »la perspective de l'égalité entre les femmes und les hommes« wurde hier mit »Perspektive der Gleichheit« übersetzt, andere Übersetzungen ziehen dagegen die Wortwahl *Gleichstellung* vor (vgl. Krell/Mückenberger/Tondorf 2000 sowie den folgenden Beitrag). Dieser sprachliche Unterschied weist auf folgendes Grundproblem hin: Ist davon auszugehen, daß Frauen und Männer gleich sind und daß es deshalb gilt, Formen der gesellschaftlichen Ungleichbehandlung und Benachteiligung zu überwinden, oder aber davon, daß sie als Angehörige des jeweiligen Geschlechts verschieden sind, daß diese Verschiedenheit aber nicht zu geschlechtsbezogenen Benachteiligungen führen soll?

Diesbezüglich macht es meines Erachtens zum einen keinen Sinn, die fundamentale Gleichheit von Frauen und Männern bezogen auf solche Merkmale zu bestreiten, die als grundlegende menschliche, also weibliche *und* männliche Eigenschaften gelten können (etwa: Vernunftfähigkeit, Selbstbestimmungsfähigkeit, Angewiesensein auf soziale Anerkennung, psychische und physische Verletzbarkeit, Mitleidsfähigkeit usw.). Zum anderen aber sind Annahmen über weitreichende psychische und physische Unterschiede von Frauen und Männern in der Geschichte, Struktur und Kultur der Gesellschaft tief verankert, die zudem auch in der Alltagserfahrung von Mädchen/Jungen, Frauen/Männern, die in einer Gesellschaft mit einer weitreichenden Ordnung der polaren Zweigeschlechtlichkeit aufgewachsen sind, immer wieder Bestätigung finden. Es genügt deshalb nicht, Gleichheit als Tatsache bloß zu behaupten und die Existenz von Unterschieden prinzipiell zu bestreiten. Vielmehr ist es erforderlich, sich mit der sozialen Entstehung und der Verankerung – aber auch der Veränderung – von Geschlechtereigenschaften und -unterschieden in der Struktur der Gesellschaft und der individuellen Erfahrungen auseinanderzusetzen, wenn die Macht dieser Unterschiede aufgebrochen werden soll.

Dabei stellt sich die grundlegende Frage, wie man bestehende Unterschiede in einer Weise analysieren, benennen und aufgreifen kann, die nicht zu einer weiteren Verfestigung tatsächlicher Unterschiede sowie gängiger Stereotype über das typisch Weibliche und typisch Männliche beiträgt.

Die soziale Konstruktion der Geschlechter

Die mit diesen Hinweisen aufgeworfenen Fragen haben in heterogenen theoretischen Diskursen (relevante Stichworte sind hier: Differenzansatz, Strukturalismus und Poststrukturalismus, neomarxistische, interaktionistische und ethnomethodologische Geschlechterforschung) zu weitreichenden Auseinandersetzungen darüber geführt, von welchen Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen den Geschlechtern und innerhalb dieser empirisch, theoretisch und auch normativ auszugehen sei. Diese Auseinandersetzungen sind hier nicht zu referieren (s. dazu den folgenden Beitrag). Neuere historische, soziologische und kulturwissenschaftliche Untersuchungen relativieren übereinstimmend in hohem Maß Annahmen über quasi-natürliche Unterschiede als Grundlage sozialer Unterscheidungen und Festlegungen. Dabei zeigt sich: Was immer wir über biologische Geschlechterunterschiede wissen oder zu wissen glauben – diese legen jedenfalls nicht fest, welche Positionen, Lebensentwürfe und Identitäten Frauen und Männern sozial angeboten und zugewiesen werden. Umgekehrt läßt sich nachweisen, daß die jeweiligen gesellschaftlichen Glaubenssysteme bezüglich der Geschlechtlichkeit auch die wissenschaftliche Forschung über die Geschlechter beeinflussen. Es gibt insofern kein gesellschafts- und kulturunabhängiges »objektives« Wissen über Frauen und Männer, sondern immer nur gesellschafts- und kulturabhängige geschlechtsbezogene Wissens- und Normenkomplexe.

Zahlreiche Studien der Geschlechterforschung weisen zudem darauf hin, daß Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gesellschaftlich – in den Prozessen der primären und sekundären Sozialisation, durch die Teilnahme an massenmedialer Kommunikation, durch rechtliche Vorgaben, geschlechtsspezifische Arbeitsmärkte, Familienstrukturen, alltägliche Prozesse der Setzung und Durchsetzung von Geschlechternormen usw. – auf ein bestimmtes Verständnis ihrer Geschlechtlichkeit festgelegt werden, daß also jeweilige Normierungen und Idealbilder des Weiblichen und Männlichen Resultat des »Doing Gender«, d. h. von Prozessen der Herstellung und Verfestigung spezifischer Formen des Weiblichen und Männlichen sind.

Soziale Einschränkungen der Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensführung entstehen so betrachtet nicht erst als Folge der Benachteiligung von Mädchen und Frauen, sondern schon daraus, daß Mädchen/Frauen und Jungen/Männer veranlaßt sind, sich an sozial vorgefundenen Mustern und Erwartungen auszurichten. Gender Mainstreaming zielt darauf – und das ist der innovative Kern dieser Strategie

gie –, Individuen zu befähigen, solche Festlegungen in Frage zu stellen und ggf. zu überwinden. Dabei ist aber – und dies gilt in besonderer Weise für Kinder- und Jugendliche – zugleich das Bedürfnis nach geschlechtsbezogenen Identifikationen und der Entwicklung stabiler Identitäten zu berücksichtigen und zu respektieren.

Exemplarisch deutlich wird die Problematik der Festlegungen am Fall der Homosexuellen beider Geschlechter: Homosexualität war in der traditionellen Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit nicht als normale und legitime geschlechtliche und sexuelle Orientierung vorgesehen. Homosexualität fügt sich nicht in das Muster einer bipolaren, auf das andere Geschlecht bezogenen Zweigeschlechtlichkeit ein, und zudem irritieren die homosexuellen Infragestellungen des typisch Weiblichen und typisch Männlichen die Geschlechterstereotype. In der Folge wurde Homosexualität in der Bundesrepublik bis Mitte der 70er Jahre als Krankheit bzw. als strafwürdiges Verhalten betrachtet. Bis heute werden die besonderen Probleme und Lebenslagen homosexueller Mädchen und Jungen in Folge dieser impliziten Normalitätsstandards auch in der Jugendhilfe weitgehend vernachlässigt.

Vor diesem Hintergrund läßt sich die Zielsetzung des Gender Mainstreaming im Kern dahingehend charakterisieren, daß es im Rahmen dieser Strategie

- sowohl erstens um *das Aufbrechen überlieferter starrer Festlegungen von Mädchen/Jungen und Frauen/Männer auf bestimmte geschlechtsbezogene Muster der Lebensführung, Geschlechterideale und Identitäten* gegen soll,
- als auch zweitens um *die Überwindung tradiert geschlechtsbezogener Benachteiligungen*.

Diese beiden Aspekte hängen ersichtlich zusammen:

- Gesellschaftliche Benachteiligungen und Privilegierungen basieren auf der Zuschreibung vermeintlich geschlechtstypischer Merkmale als Begründung und Rechtfertigung von Strukturen und Praktiken der Diskriminierungen.
- Die (Selbst-)Einfügung in bestimmte Muster tradierter Männlichkeit und Weiblichkeit schränkt Möglichkeiten der Entwicklung von individuellen Fähigkeiten ein und geht mit biografischen Bahnungen einher, die im Fall von Frauen *und* Männern mit spezifischen Risiken des Scheiterns, psychosozialen Gefährdungen und Blockierungen von Chancen einhergehen.

So kann etwa gezeigt werden, daß Gewaltbereitschaft und Kriminalität im Fall männlicher Jugendlicher einen engen Zusammenhang mit dem Bemühen hat, sich selbst und anderen die eigene Männlichkeit als eine solche Männlichkeit darstellen, die durch Eigenschaften wie Risikobereitschaft und physische Stärke charakterisiert ist und für die es unverzichtbar ist nachzuweisen, daß man in der Lage ist, sich selbst und andere gegen Angriffe zu verteidigen sowie die ökonomische Versorgung sicherzustellen. Frühe Schwangerschaften sozial benachteiligter junger Frauen sind auch Folge einer Fixierung auf ein Verständnis von Weiblichkeit, das die Mutterrolle unter Bedingungen einnimmt, in denen andere Konzepte des Weiblichen nicht realisierbar sind.³

Hingewiesen ist mit diesen Beispielen darauf, daß es auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erforderlich ist, den eigenen Blick für die Wahrnehmung von Geschlechterunterschieden zu schärfen – dies aber unter Verzicht auf stereotype Vorannahmen darüber, was Jungen und Männer, Mädchen und Frauen charakterisiert! Das eigene Vorwissen über Formen der Weiblichkeit und Formen der Männlichkeit ist angemessen nur als Grundlage genauer empirischer Beobachtungen und darin begründeter Analysen zu verwenden, um die immer erneute Bestätigung von festfügten Strukturen zu vermeiden.

Eine Chance für die Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe ist in Folge der seit langem geführten Debatten um die theoretischen und konzeptionellen Grundlagen geschlechtsbezogener Mädchen- und Jungenarbeit sowie aufgrund der Verankerung des Prinzips der Geschlechterdifferenzierung im Kinder- und Jugendhilfegesetz auf die Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Möglichkeiten des Gender Mainstreaming besser vorbereitet, als zahlreiche andere gesellschaftliche Teilbereiche es sind. Denn es liegen Erfahrungen, konzeptionelle Entwürfe und theoretische Analysen vor, an die angeknüpft werden kann. Gender Mainstreaming beschränkt sich jedoch nicht auf die Weiterentwicklung und Durchsetzung des bereits Vorhandenen. Diese Strategie bietet vielmehr die Chance, eine umfassende und am Prinzip der Förderung eines selbstbestimmten und bewußten Umgangs mit den gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen orientierte Theorie und Praxis in allen Arbeitsfelder der Kinder-

³ Beide Beispiele sind hier zur Verdeutlichung grob vereinfachend skizziert; diese Hinweise können also selbstverständlich nicht beanspruchen, eine genaue Analyse der genannten Problemlagen ersetzen zu können.

und Jugendhilfe zu entwickeln und zu verankern. Diese Chance kann ergriffen oder abgewehrt, aber auch in unterschiedlicher Weise ausgestaltet werden, und diesbezügliche Entscheidungen sind von den Organisationen und den in ihnen tätigen Profis eigenverantwortlich und fachlich kompetent zu treffen.

Literatur

Europarat 1998: L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodique et présentation des ›bonnes pratiques‹. Strasbourg
Krell, G./Mückenberger, U./Tondorf, K. (2000): Gender Mainstreaming. Informationen und Impulse. Berlin

Dorit Meyer

Gender Mainstreaming: Bedeutung – Entstehung – Kontexte einer neuen politischen Strategie

Die politische Strategie Gender Mainstreaming, die als EU-Richtlinie zum integralen Grundsatz aller Mitgliedstaaten erklärt und infolgedessen auch vom Bundeskabinett in seinem Beschluß vom 23.6.99 als strukturierendes Leitprinzip anerkannt wurde, kündigt für alle politischen Handlungsfelder und damit auch für die jugendpolitischen Aufgabenbereiche einen weitreichenden Perspektivwechsel an. Mit dem Ansatz von Gender Mainstreaming sollen die einseitig fokussierten Konzepte der »Frauenförderpläne« erweitert und die Realisation von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern als allgemeine Aufgabe aller politischen Handlungsfelder und auf allen politischen Ebenen reklamiert werden. Bei allen künftigen politischen Operationen, bei ihrer Planung, Durchführung und Evaluation ist – so der verpflichtende Grundsatz von Gender Mainstreaming – zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf Männer und auf Frauen haben oder haben werden. In dem vom Europarat erstellten Sachverständigenbericht »L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des ›bonnes pratiques‹«, der gleichfalls auf die Weiterentwicklung, Fortschreibung und Präzisierung dieser neuen Strategie setzt (Europarat, 1998 S. 9), wurde die Zieldefinition von Gender Mainstreaming in der Übersetzung von Krell/Mückenberger/Tondorf wie folgt beschrieben:

»Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten AkteurInnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männer in allen Bereichen und allen Ebenen einnehmen« (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2000 S. 3).

Wie diese Zieldefinition deutlich werden läßt, bezieht sich der Gender Mainstreaming-Ansatz in erster Linie auf die administrativen und organisationsrelevanten Ebenen. Er ist dem ersten Augenschein nach eine klassische, administrative Top-down-Strategie, die vorrangig auf den politischen Entscheidungsebenen relevant

und von dort aus in politische Maßnahmen und Programme »übersetzt« wird. Der Ansatz Gender Mainstreaming fungiert, anders als das bei der traditionellen Gleichstellungspolitik der Fall war, als Steuerungsverfahren, mit dem das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit unter dessen systematischer Berücksichtigung in die Entscheidungsprozesse von Organisationen integriert werden soll. Gender Mainstreaming bezieht sich dabei aber nicht nur auf die politischen Entscheidungen, die sich offenkundig auf die Lebenslagen von Frauen und Männer beziehen, sondern nimmt auch solche Entscheidungen in den Blick, in denen die geschlechtsbezogene Seite dem ersten Augenschein nach verborgen bleibt und die scheinbar keinen geschlechtsbezogenen Problemgehalt aufweisen. Gender Mainstreaming als politische Strategie läßt deutlich werden, daß jede politische Entscheidung eine geschlechtsbezogene Dimension hat, auch wenn diese Dimension nicht für alle Frauen und alle Männer von Bedeutung ist und nicht in jedem Fall auf eine grundsätzliche geschlechtsbezogene Differenz verwiesen oder von einer grundsätzlichen Unterschiedlichkeit ausgegangen werden kann. Dem Gender Mainstreaming-Prinzip liegt die Überlegung zugrunde, daß in Gesellschaften, die auf dem System einer polarisierten Zweigeschlechtlichkeit gründen (was nicht zu jeder Zeit für alle Gesellschaften galt), alle politischen Felder geschlechtsbezogen codiert sind, d. h. einem geschlechtsbezogenen Klassifikationssystem unterliegen.

Auf dieser Grundlage umfaßt die neue politische Strategie gleichfalls den jugendpolitischen Aufgabenbereich, und damit auch die Bereiche und Handlungsfelder der Jugendhilfe. Doch jenseits der griffigen Headlines von Gender Mainstreaming, die den allgemeinen Rahmen der Umsetzung dieser politischen Strategie definieren, scheint es notwendig, Gender Mainstreaming bezogen auf den Aufgabenbereich der Jugendhilfe und ihrer Handlungsfelder zu präzisieren und die Veränderungsmöglichkeiten und Anforderungen dieser neuen Strategie auszuloten und zu spezifizieren. Aufgrund des pädagogisch situierten Aufgabenbereichs werden diese Veränderungsmöglichkeiten über Verfahren und Steuerungsmaßnahmen hinausgehen, die für die Umsetzung von Gender Mainstreaming auf den administrativen und organisationsrelevanten Ebenen bedeutsam werden und die zunächst im Mittelpunkt der neuen Strategie stehen. Damit diese Strategie auch für das Handlungsfeld der Jugendhilfe wirksam werden kann, das zwar ein politisch und rechtlich geregelter Bereich ist, aber im Kern den Eigengesetzlichkeiten der pädagogischen Praxis unterliegt und sich damit einer *direkten* politischen Steuerung weitgehend entzieht, erscheint es notwendig, sich der Komplexität des Gender Mainstreaming-Ansatzes zuzuwenden. Mit anderen Worten: Gerade im Blick auf ein gesellschaftliches Handlungsfeld, das Feld der Jugendhilfe, das genuin mit Fragen der Identität und der Identitätskonstruktionen konfrontiert ist, setzt die Implementierung und

Umsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes voraus, sich auch der inhaltlichen Präzisierung dieses Ansatzes zu widmen und seine Begrifflichkeiten, Implikationen und Hintergründe zu durchdenken. Deshalb ist auch die Frage nach seinen (theoretischen) Bezügen im Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung zu stellen – auf deren Bedeutung und den notwendigen Erkenntnistransfer wiederholt in dem benannten Sachverständigenbericht des Europarats hingewiesen wird (Europarat, 2000 S. 29; S. 35; S. 41f.). Zudem muß der Frage nachgegangen werden, in welchem Verhältnis Gender Mainstreaming zur traditionellen Gleichstellungspolitik von Frauen steht, welche Gemeinsamkeiten in beiden politischen Ansätzen verborgen liegen – etwa: gleiche Ziele, neue Strategien –, welche neuen Perspektiven aber auch durch Gender Mainstreaming als neues politisches Verfahren hervorgerufen werden oder werden können.

Der Gender Mainstreaming-Ansatz ist situiert in der Tradition der Herstellung von Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und des Abbaus geschlechtsbezogener Diskriminierungen. Auch wenn er keine »neue Strategie der Frauenbewegung« (Stiegler, 2000 S. 8) ist, so ist er doch ohne diese Bezugnahme kaum zu denken. Gender Mainstreaming ist eine konsequente Fort- und Weiterentwicklung der institutionalisierten Frauenpolitik und ihrer Begrenzungen, insofern der Ansatz der Gleichstellung als eine Problematik und Aufgabe beider Geschlechter und ihres Verhältnisses in den Blick kommt und gleichstellungsrelevante Optionen resp. Frauenfördermaßnahmen und -programme nicht weiter an eine separatistische Aktionsbühne delegiert werden. Vielmehr soll Gender Mainstreaming als systematische Handlungsstrategie in alle Politikfelder integriert werden, d. h. die Gesamtpolitik durchdringen. Gender Mainstreaming wird als komplementäre politische Strategie zur traditionellen Gleichstellungspolitik begriffen, die die Handlungsoptionen der Frauenförderpolitik erweitert. Während mit Hilfe der traditionellen Frauenförderpläne und Gleichstellungsmechanismen gezielt auf gesellschaftliche Problemlagen reagiert werden konnte und weiterhin kann (vgl. Schweikert 2000 S. 2f.), setzt Gender Mainstreaming auf die langfristige Implementierung einer geschlechtsbezogenen Sichtweise und die Integration von Verfahren, mit denen die Herstellung von Chancengleichheit als nachhaltige politische Aufgabe sichergestellt werden kann. Gender Mainstreaming und Frauenförderpolitik gelten gleichsam als »Doppelstrategie« (Krell/Mückenberger/Tondorf) der anvisierten Zielsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern, d. h. auch, daß konkrete und spezifische Maßnahmen der Förderung von Mädchen und Frauen sich weiterhin als notwendig erweisen und umgesetzt werden müssen, diese aber in einem übergreifenden Gesamtkonzept integriert sind (ebenda S. 2).

(Theoretische) Hintergründe von Gender Mainstreaming

Jenseits dieser verbindenden gemeinsamen Zielsetzung bringt die Strategie Gender Mainstreaming auch neue Tendenzen und Sichtweisen aus der Frauen- und Geschlechterforschung ins Spiel, die in den 90er Jahren als kritische Revision der »klassischen« Frauenforschung heftig diskutiert wurden. Der Ansatz von Gender Mainstreaming hat sich im wesentlichen in Bezugnahme auf die konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Theorien der Frauen- und Geschlechterforschung entwickelt (Hoppe 2000, S. 19), die, neben dem Differenzansatz, der in den 70er und 80er Jahren als Form institutionalisierter Frauenforschung in die unterschiedlichsten Wissenschaftszweige eindrang, in den 90er Jahren auch an deutschen Universitäten und Fachhochschulen Einzug erhalten haben. Damit hatten sich zwei unterschiedliche Forschungsansätze die Differenztheorie auf der einen und die konstruktivistischen bzw. dekonstruktivistischen Ansätze auf der anderen Seite, etabliert (mit diversen Überschneidungen), über die gleichzeitig unterschiedliches politisches Handeln eingeleitet wurde (Bruhns, 1995).

Mit der Etablierung der Differenztheorie in den 70er und 80er Jahren wurde das Geschlecht als (wissenschaftliche) Kategorie eingeführt und darauf aufmerksam gemacht, daß Frauen als das andere Geschlecht in den Gesellschaftsstrukturen „hegemonialer Männlichkeit“ (Connell) ausgeschlossen sind. Im Zuge dieser Etablierung wurden in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Forschungsgebieten die verdrängten und verschwiegenen weiblichen Lebenslagen – in Abwendung zu den hegemonialen männlichen Lebensrealitäten – in unzähligen Varianten »beforscht« und sichtbar gemacht. Auf der politischen Ebene zog der Differenzansatz eine Strategie nach sich, die sich relativ unproblematisch aus der Wahrnehmung und Analyse des gesellschaftlichen Problems »Frauen und Mädchen werden grundsätzlich aus vielerlei Gründen durch ihre Geschlechtszugehörigkeit diskriminiert«, ableiten ließ. Das Ziel der politischen Strategie, die sich auf den Differenzansatz beruft, besteht dementsprechend in dem Aufbau einer »eigenen« Frauenkultur und -politik, die an den weiblichen Bedürfnissen und Lebenslagen ansetzt und die Fähigkeiten, Ressourcen und Qualitäten von Frauen in den Blick nimmt bzw. fördert. Der Differenzansatz gründet auf der Annahme einer anthropologischen Differenz zwischen den Geschlechtern (als grundsätzlicher biologischer und kulturell überformter Tatbestand) und schreibt die Geschlechterdichotomie unter Aufwertung ihrer »weiblichen« Polarität fort, ein Ansatz, der auch deshalb in die (spätere) Kritik geriet, weil mit der Enthierarchisierung der Differenz keine »qualitative Veränderung des Geschlechterverhältnisses« (Gildemeister/ Wetterer, 1992 S. 248) erreicht wurde. Auf der Ebene der institutionalisier-

ten Politik fand dieser Differenzansatz aus der Frauenforschung seinen Niederschlag in frauenpolitischen »Sonderprogrammen«, die aber die »eigentliche« Politik im wesentlichen unberührt ließen.

Im Zuge der Etablierung der konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Ansätze¹ der Geschlechterforschung, auf denen der Gender Mainstreaming-Ansatz im wesentlichen basiert, wurde dagegen deutlich, daß die Vorstellung einer grundsätzlichen polaren Differenz zwischen den Geschlechtern, die Annahme einer ahistorischen Geschlechterdichotomie nicht aufrechtzuerhalten ist, d. h. nicht nur die binären Geschlechtsidentitäten keinesfalls naturgegeben sind, sondern daß dies auch auf das System der polaren Zweigeschlechtlichkeit selbst zutrifft, das gleichfalls nicht historisch relativ unverändert überdauert. Im Gegensatz zur Differenztheorie, die auf der Reklamation der Differenz zwischen den Geschlechtern basiert, wenden deshalb die konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Theorien ihre Aufmerksamkeit der (hierarchischen) *Konstitution* des Systems der Zweigeschlechtlichkeit zu, indem sie danach fragen, *wie* sich die Differenz zwischen den zwei und auch nur zwei Geschlechtern herstellt, *wie* sie Bedeutung erlangt und *wie* ihre Herstellungsprozesse ablaufen. Sie zeigen auf, daß der Schein der Natürlichkeit, der die binäre Geschlechteranordnung umgibt, *Effekt* von (historischen) Prozessen und diskursiven Konstruktionen ist, mit denen das System der Zweigeschlechtlichkeit hervorgebracht wird und die spezifischen, alleingültigen Festlegungen und Normierungen von »Männlichkeit« und »Weiblichkeit« erzeugt wurden und werden. Die konstruktivistischen wie dekonstruktivistischen Ansätze zielen vor diesem Hintergrund auf politische Handlungsoptionen, die die Geschlechterdichotomie als (hierarchisches) System aufweichen, Zuschreibungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit und Normierungen von Geschlechtsidentitäten vermeiden und geschlechtliche Identitäten entgrenzen. Darüber hinaus machen diese theoretischen Ansätze darauf aufmerksam – und das scheint für jedes politische wie pädagogische Handeln von grundsätzlicher Bedeutung –, daß die Benennung von Differenzen, in diesem Fall von Geschlechterdifferenzen, niemals nur eine deskriptive Funktion hat, da, und dies bleibt ein paradoxer Vorgang, den es zu berücksichtigen gilt, mit der Thematisierung einer Differenz zwischen den Geschlechtern eine zugleich konstruierte Differenz wiederum aufgerufen und reifiziert wird, d. h. der Frage, wie Differenzen wahrgenommen und sprachlich markiert werden, selbst eine hohe Bedeutung zukommt. Sie weisen auf die Vorsicht hin, die bei der Benennung von Differenzen

¹ Diese beiden Ansätze weisen durchaus unterschiedliche Bezüge auf und sind keineswegs gleichzusetzen. Sie werden an dieser Stelle nur gegenüber der Differenztheorie »vereinheitlicht«.

geboten ist, damit dieser Vorgang nicht wiederum eine zuschreibende und normierende Funktion erhält. (Genauso wie in diesen Theorien auf den nicht aufhebbaren und in der Alltagsrealität so selbstverständlichen Tatbestand verwiesen wurde, der noch viel zu wenig in Politik wie Pädagogik wahrgenommen wird, daß in unserem Sprechen über Frauen und Männer nicht nur die Geschlechterbezeichnungen zur (sprachlichen) Darstellung gebracht werden, sondern daß wir im Sprechen über Frauen und Männern zugleich normatives Wissen über die Geschlechter und das Geschlechterverhältnis reifizieren, bestätigen oder »unterlaufen«.)

Die unterschiedlichen (theoretischen) Kontexte, der Differenzansatz auf der einen und die konstruktivistischen bzw. dekonstruktivistischen Ansätze auf der anderen Seite führen also zu unterschiedlichen politischen Strategien, die in die bereits benannte »Doppelstrategie« eingehen. Trotz der geteilten Perspektive, der Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, werden mit dieser unterschiedlichen theoretischen Bezugnahme aber gleichzeitig auch differente Zielsetzungen und Perspektiven verbunden, die sich inhaltlich wesentlich unterscheiden. Diese Unterscheidungen werden immer dann eine Rolle spielen, wenn die inhaltlichen Ebenen der alten und neuen Gleichstellungspolitik aufgerufen werden, wenn es um konkrete politische Maßnahmen, Konzepte und Umsetzungsformen geht, d. h. wenn es um die Konkretion dessen geht, was mit der neuen oder alten Gleichstellungspolitik erreicht und was vermieden werden soll.

Die Bedeutung von Gender Mainstreaming

Um die inhaltlichen und strukturellen Potentiale der Strategie Gender Mainstreaming – auch vor dem Hintergrund der traditionellen Gleichstellungspolitik – für das Feld der Jugendhilfe neu auszuloten, erscheint es deshalb in einem weiteren Schritt notwendig, die (politischen) Implikationen dieser neuen Strategie zu ergründen und zu analysieren. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, die in der Bezeichnung Gender Mainstreaming zusammengeführten Termini einzeln in den Blick zu nehmen, um deren diskursive und kontextuelle Bestimmung zu erhellen. Dieser Vorgang umfaßt gleichfalls die Klärung der Frage, welche Bedeutungen und Implikationen in diesen Begrifflichkeiten verborgen liegen. Zunächst zu dem Terminus Mainstreaming, mit dem die Realisation von Chancengleichheit als instrumentelles Verfahren gekennzeichnet wurde.

Mainstreaming meint, und dies spiegelt sich auch in allen Beschreibungen und Texten wider, die Realisation von Chancengleichheit als Aufgabe aller politischer Handlungsfelder, ihre Durchsetzung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die Berücksichtigung

der geschlechtsbezogenen Dimensionen bei allen Entscheidungsprozessen und die Überprüfung und Kontrolle aller politischer Maßnahmen dahingehend, welche Auswirkung sie auf Mädchen und Jungen, Frauen und Männer haben oder haben werden. Damit wäre auf die bekannten Headlines von Gender Mainstreaming verwiesen. Die Bedeutung und Möglichkeiten des Mainstreaming als Strategie lassen sich meines Erachtens erkennen, wenn man sie auf der Folie des Ansatzes der bisherigen Frauenpolitik und Frauenförderung analysiert. Mit der Strategie des Mainstreaming wird gegenüber der traditionellen Gleichstellungspolitik ein grundsätzlich unterschiedliches politisches Konzept eingeführt, das sich nicht über fixierte Identitätskategorien herstellt. Der in der Zielsetzung des Mainstreaming intendierte Fokus der Realisation der Chancengleichheit in allen politischen Handlungsfeldern und auf allen politischen Ebenen verschiebt die Aufmerksamkeit von der Geschlechterzugehörigkeit auf die Schaffung von differenzierten (institutionalisierten) Rahmenbedingungen und politischen Verfahren, d. h. auf die strukturelle Ebene, auf die Veränderung der Kontexte und Strukturen, unter denen Frauen und Männer leben. Damit werden nicht Frauen weiter und allein als »Geschlecht markiert« und Fördermaßnahmen an eine separatistische Aktionsbühne delegiert, sondern Chancengleichheit und Gleichstellung wird strukturell und kontextuell politisiert. Mit anderen Worten: Diese politische Strategie des Mainstreaming fungiert nicht als (institutionalisierte) Identitätspolitik, also der Vereinheitlichung einer Kategorie Frau, über die dann politisches Handeln eingeleitet wird, eine Politik, der auch viele Frauen skeptisch gegenüberstanden. (Dies gilt gleichfalls für die Frauenbewegung: So hat sich die Vereinheitlichung der Kategorie »Frau« in Form eines gemeinsamen »Wir« in der Zwischenzeit gleichfalls als kurzzeitiges Wunschenken erwiesen, wollten sich die Frauen, die die Frauenbewegung vorgab zu repräsentieren, doch nicht repräsentieren lassen.) Mit dem Ansatz des Mainstreaming wird dagegen eine Form der Politik forciert, der interessanterweise die Forderung des feministischen Dekonstruktivismus inhärent ist, politische Konzepte jenseits von Identitätspolitik zu entwickeln oder besser: Konzepte zu entwickeln, die zwar die Identitätskategorien zitieren, weil keine anderen zur Verfügung stehen, die aber die Identitätskategorien nicht als fixierte, essentialistische Größen einsetzen. (In den »frauenbewegten« Diskussionen um die Notwendigkeit der Identitätspolitik, und diese betreffen auch die Formen institutionalisierter Identitätspolitik, wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß identitätspolitische Strategien, die auf einem Verfahren der Repräsentation beruhen, also, wie das für alle Emanzipationsbewegungen typisch ist, »im Namen von...« operieren, notwendigerweise auf Prozessen der Normierung von Identitäten und auf Verfahren der Ausschließungen basieren, gegen die sich diejenigen Frauen verwehrt haben, die sich in dem »Kollektivsubjekt« Frau nicht wiederfanden (vgl. Hack 1999; Maihofer, 1994; Young 1994). Dieser Typus der

Politik, mit der die Frauenbewegung wie andere soziale Bewegung auch angetreten war und die an einem bestimmten historischen Punkt wesentlich dazu beigetragen hat, auf die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen aufmerksam zu machen, wurde somit zum Teil eines Problems, nämlich der Existenz und Fortschreibung gesellschaftlich aufoktrozierter Differenzen, das sie zu lösen angetreten war (vgl. Hack, 1999 S. 28), oder zumindest, das sie herauszufordern versuchte.)

Mit dem Ansatz des Mainstreamings wird dagegen, und das unterscheidet ihn von den Formen institutionalisierter Identitätspolitik, der Blick auf die Geschlechter und ihre Lebenslagen kontextualisiert. Dies heißt gleichfalls folgerichtig, daß die Differenzperspektive, die eine geschlechtsbezogene Differenz vorab als Raster der Zuordnung und Zuschreibung annimmt, negiert wird. Eine Differenz zwischen den Geschlechtern, die man als starre Folienstruktur über die politischen Handlungsfelder legen könnte, wird mit dem Ansatz des Mainstreaming ausgeschlossen. Im Gegenteil: Die Bestimmung geschlechtsbezogener Differenzen wird in einem umgekehrten Vorgang differenziert ermittelt. Im Zuge des Mainstreaming wird zunächst ein allgemeiner Blick auf die politischen Handlungsfelder geworfen, danach werden vorhandene geschlechtsbezogene Differenzen analysiert und daran anschließend mögliche Diskriminierungen thematisiert. Dies ist ein Vorgang, der Identitätskategorien nicht mehr als konsistente und stabile Größen fixiert. Weil politische Handlungsfelder, genauso wie die Lebenslagen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen ihrem Wesen nach transitorisch sind, ihre Essenz nicht ein für allemal gegeben ist, werden auch die geschlechtsbezogenen Differenzen und damit die Identitätskategorien »Frau« und »Mann« zu fluktuierenden Größen, oder auch anders herum: Der Benennung und Konstruktion der Kategorien und der Kennzeichnung geschlechtsbezogener Differenzen kommt in diesem Prozeß selber schon eine eminent wichtige politische Bedeutung zu. Diese Vorgänge sind selbst Teil des politischen Handelns.

Mit Mainstreaming als politischer Strategie kann eine stereotype Sichtweise auf *die* Frauen und *die* Männer vermieden werden. Es können differenziert die unterschiedlichen und keineswegs geschlechterhomogenen Lebensrealitäten in den Blick genommen werden und daran anschließend differenzierte politische Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, die sowohl die Differenzen zwischen Frauen und Männern als auch diejenigen innerhalb der Gruppe der Frauen und innerhalb der Gruppe der Männer berücksichtigen. Damit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, daß sich die Kategorie Geschlecht nicht aus ihren kulturellen und politischen Vernetzungen herauslösen läßt, Vernetzungen, die keine additive Summierung verschiedener Identitätszeichen beinhalten, wo die eine Kategorie von der

anderen abgetrennt werden könnte. Gender Mainstreaming kann als politische Strategie dem Tatbestand Rechnung tragen, daß die Kategorie Geschlecht als *eine* bestimmende Determinante in relationalem Bezug zu anderen Kategorien wie Schicht, Ethnie, Alter etc. steht und nur in Verbindung mit diesen in den Blick genommen werden kann. Sie ist letztlich mit den anderen Kategorien verwoben, die aber gleichfalls ihrerseits keine gesicherten essentialistischen Strukturkategorien sind und die sich auch nicht als Summe fester Strukturgrößen von Identität addieren lassen (vgl. Nicholson, 1994 S. 189).

In dem Ansatz des Mainstreamings liegen Potentiale verborgen, die als Versuche und Möglichkeiten gewertet werden müssen, eine Politik jenseits festgeschriebener, essentialistischer Kategorien von Geschlecht u. a. zu entwerfen. Er könnte, gerade weil er die Geschlechterproblematik von der festen Anbindung an die Konzeption der Identitätspolitik löst und die Realisation von Chancengleichheit kontextualisiert, zu einer tiefergreifenden Wahrnehmung und Lösung der »Geschlechterfrage« beitragen, als dies für politische Programme gilt, die politisches Handeln mit dem Ziel des Abbaus geschlechtsbezogener Diskriminierungen über die einseitig reklamierte Geschlechtskategorie »Frau« einleiten. Damit werden die Strategien und Maßnahmen der klassischen Gleichstellungspolitik nicht überflüssig, sondern grundlegend erweitert.

Hinsichtlich des zweiten verwendeten Terminus des Begriffspaars Gender Mainstreaming, nämlich Gender, scheint die Begriffsbestimmung auf den ersten Blick einfacher, da die Existenz der Zweigeschlechtlichkeit von Frauen auf der einen und Männern auf der anderen Seite in der (empirischen) Alltagsrealität eine tatsächliche unhinterfragbare Evidenz zu besitzen scheint, die nur dadurch zum (politischen) Problem erhoben wird, weil ihr eine gesellschaftliche Ungleichheit inhärent ist, weil Frauen in dem Klassifikationssystem der Zweigeschlechtlichkeit durch ihre Geschlechtszugehörigkeit diskriminiert werden.

Die Begrifflichkeit von Gender in der Benennung Gender Mainstreaming erscheint vielleicht auch deshalb nicht weiter erklärungsbedürftig. Wenn überhaupt auf die »internationale« Begrifflichkeit und die Verwendung und Implikationen des Terminus Gender eingegangen wird (der auch im Englischen nicht zufälligerweise die Kategorie Woman abgelöst hat), dann in der Form, daß er von der »anderen« englischen Begrifflichkeit Sex abgegrenzt wird, d. h. indem die Begriffsbezeichnung Gender als Konstrukt sozialer und kultureller Geschlechterrollen der vermeintlichen biologischen Grundierung der Geschlechterdifferenz gegenübergestellt wird (vgl. Stiegler, 2000 S. 9), eine Trennung, die sich in der Zwischenzeit auch als unhaltbar

erwiesen hat,² zumindest dann, wenn über scheinbar verbürgte Alltagsgewißheiten hinaus gedacht wird.

Bei einem genaueren Blick auf die Kategorie Gender wird dagegen deutlich, daß diese Kategorie alles andere als ein gesicherter Begriff ist. Die Begrifflichkeit Gender stiftet schon längst keine Gemeinsamkeit mehr, obgleich diese suggeriert wird. Sie ist vielleicht diejenige Kategorie, die nicht nur in der Frauen- und Geschlechterforschung im letzten Jahrzehnt am meisten in die Kritik geraten ist und die in der Zwischenzeit alles andere als konsistent verwendet wird (Nicholson, 1994). Die Kategorie Gender ist keine unschuldige Begrifflichkeit, sondern aufgeladen mit politischen Bedeutungen, die sich teilweise, wenn nicht gar widersprechen, dann zumindest kaum verbinden lassen, und sie ist eine Begrifflichkeit, der persönliche Alltagsvorstellungen und individuelle Lebensgewißheiten inhärent sind. Genau diesbezüglich sollte u.a. die vom Europarat geforderte Fortschreibung und Weiterentwicklung der politischen Strategie (Europarat, 1998 S. 9) ansetzen, um zu verhindern, daß über das Gender Mainstreaming-Prinzip vermeintlich gesicherte Alltagsvorstellungen hinsichtlich Frauen und Männer reproduziert werden und sich auf diesem Wege Glaubensvorstellungen über Frauen und Männer in politische Strategien einschleichen, die wiederum die Alltagsvorstellungen über die Geschlechter und das Geschlechterverhältnis stabilisieren. Es erscheint vonnöten die (verschwiegenen) Implikationen bei der Verwendung des Terminus Gender zu durchdenken. Dies ist besonders dann entscheidend, wenn es um die inhaltliche Präzisierung von »Gleichstellung« geht, oder, siehe unten, wenn die Ziele pädagogischen Handelns im Zuge des Gender Mainstreaming-Prinzips in den Blick kommen. Die (unterschiedlichen) Verwendungen der Begrifflichkeit Gender muß in den jeweiligen Kontexten präzisiert werden, weil die Kategorie selbst zu einem im ganz grundlegenden Sinne erklärungsbedürftigen Phänomen geworden ist. Dies erscheint auch deshalb notwendig, weil davon auszugehen ist, daß das jeweilige Verständnis von Gender und die entsprechende Sichtweise auf das Geschlechterverhältnis die

² Diese Trennung, die einen scheinbar natürlichen biologischen Körper als Folie, als »stummen Diener« (Nicholson) verschiedener kultureller und sozialer Einschreibungen annimmt, hat sich infolge der neuen Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung als unhaltbar erwiesen. Im Gegenteil: In unterschiedlichen Forschungsergebnissen wurde darauf verwiesen, daß auch der biologische Körper keine stabile, historisch und kulturell unveränderbare Kategorie ist und die Annahme der Differenz von zwei und auch nur zwei »natürlichen« biologischen Geschlechtern selbst eine ahistorische Generalisierung beinhaltet. Das heißt, auch der scheinbar »natürliche« zweigeschlechtliche Körper ist kein vorsoziales Gebilde, sondern immer schon diskursiv bedeutet. »Sex ist immer schon Gender gewesen« (Butler, 1991 S. 26), um es auf einen prägnanten Begriff zu bringen.

Anforderungen nicht unberührt lassen, die an politisches Handeln gestellt werden und was auf der Ebene der unterschiedlichen Handlungsfelder der Jugendhilfe für nötig gehalten wird. Ob im politischen oder pädagogischen Handeln z. B. von einer »natürlichen« biologischen Zweigeschlechtlichkeit ausgegangen wird, die im Zuge des Sozialisationsprozesses sozial und kulturell überformt wird, oder in der Annahme und der Naturalisierung der Zweigeschlechtlichkeit als hegemoniales System selber das Problem gesehen wird, von solchen unterschiedlichen Annahmen und Sichtweisen werden – vermutlich – andere Vorstellungen über die politische und pädagogische Praxis abgeleitet.

In diesem Zusammenhang ist es signifikant, daß die Einführung der Kategorie Gender, und damit auch der von der Frauen- und Geschlechterforschung eingeleitete Übergang von der Kategorie Frau hin zu der Kategorie Geschlecht keineswegs nur einen Vorgang der Integration beschreibt, infolge dessen auch Männer als geschlechtliche Wesen »entdeckt« und mit unter die Kategorie subsumiert wurden. Mit der Kategorie Gender wurde im Anschluß an die konstruktivistischen bzw. dekonstruktivistischen Theorien ein Terminus eingeführt, mit dem das System der Zweigeschlechtlichkeit als umfassendes, hegemoniales Ordnungs- und Klassifikationssystem³ markiert wurde. Das System der Zweigeschlechtlichkeit, das abgesichert wird durch die »Dreieinigkeit« (Meyer, 2000 S. 75) von Sex, Gender und Begehren, die heterosexuelle Matrix⁴ moderner westlicher Gesellschaften (Butler 1991, 1995), prägt die Struktur aller gesellschaftlicher Bereiche. Gender ist in diesem Sinne eine omnirelevante Kategorie. Für die Konstruktionsprozesse von Geschlecht, die Herstellung binärer Geschlechtsidentitäten bedeutet dies, daß damit politisch gesehen in Anschlag gebracht werden kann, daß wir nicht nur als Frauen (und gegebenenfalls als Männer) diskriminiert und benachteiligt werden, sondern auch dadurch, daß wir *Frauen* oder *Männer zu sein haben*. Das heißt jenseits der empirisch vorhandenen Benachteiligungsstrukturen, die sich »objektiv« dokumentieren lassen,

³ Dieses System der Geschlechteropposition gründet auf einer Dichotomie, die wie man weiß, auch allen anderen Oppositionen unserer Kultur inhärent ist. So findet sich die Dichotomie der Geschlechterdifferenz wieder in der Opposition Geist/Materie, Bewußtes/Unbewußtes, Vernunft/Gefühl, Kultur/Natur, in deren Rahmen das Weibliche nicht nur mit der jeweils untergeordneten Position besetzt wird, sondern der Verdrängung unterliegt. Diese hierarchische Struktur, die das Weibliche unterordnet und als konstitutives Moment der Rede verschweigt, durchzieht die gesamte symbolische Ordnung, also alles, was sich als Diskurs, Gesellschaft, Religion etc. (vgl. Meyer, 1999 S. 20f.) organisiert.

⁴ In diesem Zusammenhang sollte festgehalten werden, daß es Judith Butler zu verdanken war, daß sie die Begrifflichkeiten von Sex und Gender und ihr Verhältnis zueinander um die Einführung der Begrifflichkeit des Begehrens und damit der Definition der heterosexuellen Matrix erweitert hat.

werden in dieser Bestimmung von Gender auch die Ebenen als politisch relevant benannt, die die Prozesse der sozialen und kulturellen Repräsentationen von Geschlecht umfassen. Die Konstruktionsprozesse selbst, die sich entlang des vorgegebenen, rigiden Systems der Zweigeschlechtlichkeit vollziehen, werden damit als Formen der Gewalt in Augenschein genommen. Im Zuge der Infragestellung der selbstverständlichen Geltung des Systems der Zweigeschlechtlichkeit und seiner Denaturalisierung kommt der *Zwang* in den Blick, dem wir unterliegen bei der performativen Artikulation des einen oder anderen Geschlechts, d. h. der ritualisierten Wiederholung verfestigter Geschlechtsidentitäten oder – wie die sozialen Konstruktivistinnen sagen würden – der kontinuierlichen Produktion und Reproduktion der geschlechtlichen Zuordnung im Prozeß des »Doing Gender«. Dieser Moment ist auch über den Tatbestand hinaus von Bedeutung, der erkennen läßt, daß diese performative Artikulation des einen oder anderen Geschlechts, die Produktion und Reproduktion binärer Geschlechtsidentitäten in einem gesellschaftlichen Raum geschlechtsbezogener Ungleichheit stattfindet.

Im Zuge der Analyse des Systems der Zweigeschlechtlichkeit wurde die Kategorie Gender als Begrifflichkeit definiert, die eine weitreichende politische Klassifizierung beinhaltet. Sie hat in dieser Funktion wesentlichen Anteil an der Konstruktion sozialer Regelsysteme, die die Eintrittsorte der Subjekte bestimmen und die den Raum kulturell erlaubter Geschlechtsidentitäten begrenzen, einen Raum, dem die Individuen nicht entfliehen können. Der Zwangscharakter des Ordnungssystems der Zweigeschlechtlichkeit, das nur binär zurechnungsfähige Subjekte (Krauß, 2001) erlaubt, wurde damit als das wesentliche Moment der Etablierung der polarisierenden Geschlechtskategorien »Frau« und »Mann« in den Blick genommen, eine Analyse, die über die Feststellung objektiver geschlechtsbezogener Benachteiligungsstrukturen hinausgeht und die die politische Dimension der Kategorie Gender bedeutend erweitert.

Gender Mainstreaming und das Feld der Jugendhilfe

Ähnlich wie das für andere politische Handlungsfelder gilt, ist auch das Feld der Jugendhilfe damit konfrontiert, die Strategie Gender Mainstreaming aufzunehmen und angemessen umzusetzen. Gerade für das Feld der Jugendhilfe, als genuin pädagogisches Handlungsfeld, geht die Strategie Gender Mainstreaming deutlich über mögliche Steuerungsverfahren auf den administrativen und organisationsrelevanten Ebenen hinaus, da die Auseinandersetzungen mit der Geschlechterthematik und dem Geschlechterverhältnis selbst dann ein originärer Bestandteil der (pädagogischen) Praxis ist, wenn diese Bezugnahme offensichtlich nicht geleistet oder

gar negiert wird. In den Handlungsfeldern der Jugendhilfe ist Handeln im Sinne des »Undoing Gender« unmöglich.

Die Implementierung der Gender Mainstreaming-Strategie in die Jugendhilfe umfaßt verschiedene Ebenen. Zunächst kommt, infolge der Umsetzung von Gender Mainstreaming als Top-down-Strategie, die institutionelle Ebene in den Blick. Hierbei stehen Möglichkeiten der Integration dieses Prinzips in die Strukturen der Organisationen der Jugendhilfe im Mittelpunkt. Die Implementierung von Gender Mainstreaming und die Realisation von Chancengleichheit auf der institutionellen Ebene betrifft die Leitbildentwicklung einer Organisation und ihre Qualitätssicherungsverfahren, die Personalplanung und Personalpolitik, und damit auch die Frage nach der gleichen Teilhabe von Frauen an Leitungspositionen, die Arbeitsbedingungen, das Beurteilungswesen und die Einführung eines »Gleichstellungscontrollings« (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2000 S. 20) etc. Die weitere Ebene dieses Prozesses umfaßt die MitarbeiterInnenebene und – daran eng gebunden – die Ebene der AdressatInnen in den spezifischen Handlungsfeldern der Jugendhilfe. Während die Implementierung von Gender Mainstreaming bezogen auf die institutionelle Ebene vorrangig in Organisationsentwicklungs- und Qualitätssicherungsverfahren integriert werden kann und deren Erfolge sich an nachprüfbareren »objektiven« Ergebnissen dokumentieren lassen, erscheint sie auf der Ebene der MitarbeiterInnen und AdressatInnen wesentlich komplexer, da hier auch jenseits struktureller Fragen die inhaltlich-konzeptionellen Seiten der (pädagogischen) Praxis berührt werden und infolgedessen auch die Ebene der Interaktion zwischen den MitarbeiterInnen und den AdressatInnen.

Jenseits dessen, wie viel Gewicht man der Beziehungsseite pädagogischen Handelns zuschreibt, ist von herausragender Bedeutung, daß die professionelle Praxis der Jugendhilfe in einem Feld situiert ist, in dem die performative Artikulation des einen oder anderen Geschlechts ein permanenter Vorgang ist bzw. die kontinuierliche Produktion und Reproduktion der geschlechtlichen Zuordnung gewollt oder ungewollt immanent von allen Beteiligten in einem Prozeß der Interaktion vollzogen wird und die professionelle Praxis bestimmt. Jenseits von allgemeinen Anforderungen, die ausgehend von dem Gender Mainstreaming-Ansatz an die Jugendhilfe gestellt werden können, wie die Forderung nach dem Abbau geschlechtsbezogener gesellschaftlicher Benachteiligungen, der Erweiterung biographischer Handlungsoptionen für Mädchen wie Jungen und den Möglichkeiten einer gleichberechtigten Teilhabe unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit, sind die Felder der Jugendhilfe ein offener Schauplatz geschlechtsbezogener Konstruktionsprozesse. Das heißt, gerade für die MitarbeiterInnen in den spezifischen Handlungsfeldern der Jugendhilfe

fe ist in Bezug auf den Gender Mainstreaming-Ansatz nicht nur zu erwarten, daß sie sich den »realen« geschlechtsbezogenen Benachteiligungen und Benachteiligungsrisiken zuwenden, mit dem Ziel ihnen entgegenzuwirken, sondern daß sie auch die Gender-Prozesse im Rahmen ihres professionellen Handelns in Augenschein nehmen, die auf den Ebenen der Normierung oder Entgrenzung von Identitätskonstruktionen relevant werden. Die Wahrnehmung dessen, daß im Rahmen des eigenen Handelns kontinuierlich geschlechtsbezogene Bedeutungen hervorgehoben und reproduziert werden und somit ein offener Beitrag geleistet wird, mit dem das rigide System der Zweigeschlechtlichkeit aufgerufen, bestätigt oder auch in Frage gestellt wird, wäre dabei von vorrangiger Relevanz. Denn daß die Sichtweisen der MitarbeiterInnen direkten Einfluß haben auf die (pädagogische) Praxis ist evident: Wo etwa die Annahme einer rigiden Zweigeschlechtlichkeit das Denken und die Wahrnehmung der MitarbeiterInnen strukturiert, wird sie auf das pädagogische Handeln zurückwirken (Krauß, 2001). Die Auseinandersetzung mit der Gender-Thematik verlangt einen hohen Einsatz seitens der Professionellen und eine weitgehende Reflexionsbereitschaft. Mit dieser Hinwendung kommen darüber hinaus Fragen ins Spiel,⁵ die die klassischen Ansätze geschlechtsbezogener Arbeit in der Jugendhilfe erweitern und jenseits der bekannten Auseinandersetzung um »Schuld und Versöhnung« ansetzen. Etwa die Fragen danach, wie es im Rahmen des professionellen Handelns gelingen kann, sich aus dem Denken in binären Oppositionen zu befreien und statt dessen ein Denken in Mehrdeutigkeiten zu ermöglichen, bzw. mit welchen Ansätzen und Konzepten das System der Zweigeschlechtlichkeit und die Normierungen von »weiblich« und »männlich« unterlaufen, wie also der Normierungszwang hintergangen werden kann. Oder weiter: Wie lassen sich scheinbar fixierte Geschlechterpositionen und geschlechtsspezifische Zuschreibungen denaturalisieren? Wie kommen Geschlechtergrenzen in Bewegung, bzw. wie lassen sich Geschlechtergrenzen verschieben und Identitäten vervielfältigen? Wie läßt sich eine pädagogische Praxis entsicherter Identitäten forcieren, die nicht mehr auf das Prinzip essentialistischer Gender-Kategorien und scheinbar verbürgter Geschlechterdifferenzen setzt, sondern eine Vielzahl von Identitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit für möglich hält?

Diese Fragen sind auch jenseits der Ebenen, die auf die Strukturen sozialer Un-

⁵ Diese Fragen sind auch bezüglich der Folgen zu stellen, die als Ergebnis der gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen vermutet werden, nämlich des Tatbestandes der Flexibilisierung der Geschlechterpolaritäten als einer Folge der Flexibilisierung der (Arbeits)Gesellschaft. Man könnte auch von einem Ende der Eindeutigkeiten sprechen, an dem sich auf der einen Seite die klaren Abgrenzungen zwischen den Geschlechtern verwischen, während diese in anderen Zusammenhängen gerade zu betont erscheinen (vgl. Meyer, 2000 S. 77).

gleichheit abheben, wichtig. Dennoch ist hinsichtlich dieser inhaltlichen Dimensionen der Strategie Gender Mainstreaming zu erwarten, daß solche Fragestellungen nur dann auf eine positive Resonanz bei den MitarbeiterInnen wie bei den AdressatInnen stoßen werden, wenn sichtbar wird, daß infolge eines solchen Ansatzes der Identitätszwang, dieses oder jenes Geschlecht sein zu müssen, sich diesen oder jenen Normierungen von »Weiblichkeit« oder »Männlichkeit« unterwerfen zu müssen, wenn nicht aufgehoben, so doch gemindert werden kann. Auf der Ebene der MitarbeiterInnen und der AdressatInnen, d. h. auf der Ebene der (pädagogischen) Praxis wird – so ist zu vermuten – die Strategie Gender Mainstreaming nur dann erfolgreich sein, wenn auch die MitarbeiterInnen wie die AdressatInnen ein Interesse daran haben, daß die Geschlechtergrenzen in Bewegung geraten und das System der Zweigeschlechtlichkeit in seiner polaren Anordnung von zwei und auch nur zwei Geschlechtern porös wird.

Literatur

- Bruhns, Kirsten (1995): Frauenförderung und Dekonstruktion: Unvereinbarkeit oder Ungleichzeitigkeit? in: Erika, Haas (Hg.): »Verwirrung der Geschlechter«. Dekonstruktion und Feminismus, München, Wien S. 187-203
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt a.M.
- Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht. Frankfurt a.M.
- Europarat (1998): L'approche intégrée de L'égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des »bonnes pratiques«, Strasbourg
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Gudrun-Axeli, Knapp/Angelika Wetterer (Hg.) Traditionen – Brüche. Freiburg i. Breisgau S. 201-254
- Hark, Sabine (1999): Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität, Opladen
- Hoppe, Heidrun (2000): Nur neue Begriffe oder mehr? »Mainstreaming«, Dekonstruktivismus und »Affidamento« in der Frauen- und Geschlechterforschung, in: Neue deutsche Schule Jg. 52 S.18-19
- Krauß, Andrea (2001): Identität und Identitätspolitik bei Judith Butler. Erscheint im Juli 2001 in der Reihe *Einwürfe*, (Hg.): Bundesmodellprogramm »Mädchen in der Jugendhilfe«. Berlin
- Krell, Gertraude/Mückenberger, Ulrich/Tondorf, Karin (2000): Gender Mainstreaming – Informationen und Impulse. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
- Maihofer, Andrea (1994): Geschlecht als Existenzweise. Einige kritische Anmerkungen zu aktuellen Versuchen zu einem neuen Verständnis von »Geschlecht«, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a.M. S. 168-187
- Meyer, Dorit (1999): Die Dimension des Geschlechts im Kontext des Strukturwandels der

- Jugend und Jugendphase. in: Gabriele v. Ginsheim/Dorit Meyer (Hg.): Geschlechtersequenzen. Dokumentation des Diskussionsforums zur geschlechtsspezifischen Jugendforschung, Berlin S. 13-24
- Meyer, Dorit (2000): Immer noch Geschlechtsstereotype in der Erziehung? in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Münster
- Nicholson, Linda (1994): Was heißt gender? in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a.M. S. 188-220
- Schweikert, Brigitte (2000): Grundlagenpapier zu Gender Mainstreaming.
<http://www.bmfsfj.de/Mainstr.PDF>
- Stiegler, Barbara – Friedrich Ebert Stiftung (2000): Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreamings, Bonn
- Young, Iris Marion (1994): Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv. in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a.M. S. 221-261

Marianne Horstkemper

Gender Mainstreaming als Prinzip geschlechterdifferenzierender Arbeit in der Jugendhilfe –

Auftrieb für geschlechterbewußte Pädagogik oder Konkurrenz für bereits entfaltete Reformkonzepte?

Seit mehr als 100 Jahren – spätestens seit dem Kampf der ersten deutschen Frauenbewegung um das Wahlrecht und gleiche Lebens- und Berufschancen – gerät die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern immer wieder in die Debatte. Ein neuer Schub kommt nun durch ein europäisches Programm, das auf der politischen Ebene in allen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen die Verwirklichung dieses Postulats vorantreiben will. »Gender Mainstreaming« heißt die Strategie, die inzwischen in den verschiedensten Bereichen bereits erprobt, vor allem aber auch skeptisch beäugt wird. Handelt es sich dabei tatsächlich um ein Instrument, das die erst in jüngerer Zeit entwickelten je spezifischen Konzepte geschlechterbewußter Arbeit beflügeln kann? Oder geht es dabei eher um eine zentralistische Vereinnahmung, die parteiliche Arbeit verhindert und emanzipatorische Bemühungen unterläuft? Solche Befürchtungen sind ernst zu nehmen, sie werden verständlich, wenn man sich den historischen Hintergrund vergegenwärtigt und sich darüber klar wird, daß die Geschlechterfrage im Bereich der Jugendhilfe und Jugendarbeit – soweit sie überhaupt thematisiert wurde – sowohl theoretisch als auch praktisch und politisch höchst unterschiedlich gesehen und diskutiert wurde. Sie werden erst recht verständlich, wenn man sich die schwierigen Bedingungen vor Augen führt, unter denen in der noch vergleichsweise kurzen Phase des Aufschwungs geschlechterbewußter Pädagogik die Arbeitsbedingungen für diejenigen in aller Regel waren, die solche Konzeptionen entwickelt haben.

Bevor ich auf die hier aufgeworfenen Fragen eingehe, soll in einem ersten Schritt zunächst geklärt werden, was sich hinter diesem unübersetzbaren Begriff denn eigentlich verbirgt. Danach soll im zweiten Schritt ein knapper historischer Überblick verdeutlichen, ob in der Jugendhilfe die Frage nach den Geschlechterverhältnissen jeweils in Theorie und Praxis eine Rolle spielte und wenn ja, welche. Dabei werden unterschiedliche Ansätze zu Mädchen- und Jungenarbeit sowie die Diskussion um reflexive Gestaltung koedukativer Arbeit angesprochen und auf ihre Entwicklungschancen hin abgeklopft. Im dritten Schritt schließlich wird die Frage wieder aufgenommen, welcher Stellenwert der neuen politischen Strategie des Gender Mainstre-

aming zukommen könnte. Hat sie ablösenden, ersetzenden Charakter – oder stellt sie eher eine flankierende Maßnahme dar, die für mehr Ressourcen, Sicherheit und Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit sorgen kann?

Was heißt Gender Mainstreaming?

Der Begriff ist nicht ohne Bedeutungsverlust übersetzbar, schon weil wir in der deutschen Sprache nicht die Unterscheidung zwischen *sex* (biologisches Geschlecht) und *gender* (soziales Geschlecht) kennen. Gender steht hier für gesellschaftlich und kulturell geprägte Rollen, Rechte und Pflichten, Interessen, Ressourcen von Männern und Frauen. Mainstreaming bezieht sich in allgemeiner Bedeutung auf Handlungs- und Einstellungsmuster, die zum selbstverständlichen Repertoire einer Organisation oder Institution gehören, auf von allen oder doch den meisten geteilte Überzeugungen und Orientierungen. Gender Mainstreaming bezeichnet demnach eine Strategie, in der die Geschlechterperspektive von allen Mitgliedern einer Institution, Organisation, Berufsgruppe etc. bewußt in das eigene Handeln integriert wird. Sie wird also akzeptiert und als wichtig anerkannt. In Anlehnung an den Arbeitsbericht der Expertengruppe für Mainstreaming des Europarats lautet die offizielle Definition des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

»Der Begriff Gender Mainstreaming bezeichnet den Prozeß und die Vorgehensweise, die Geschlechterperspektive in die Gesamtpolitik aufzunehmen. Dies bedeutet, die Entwicklung, Organisation und Evaluierung von politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen so zu betreiben, daß in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden, um auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hinwirken zu können. Dieser Prozeß soll Bestandteil des normalen Handlungsmusters aller Ressorts und Organisationen werden, die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind.«

(Quelle: <http://www.bmfsfj.de/swpkt./inhalt31.htm>)

Es handelt sich dabei um eine Top-down-Strategie, die darauf setzt, daß von der Führungsebene Innovationsdruck ausgeht, und es eben nicht der individuellen Reflexionsbereitschaft überläßt, ob die Geschlechterdimension für bedeutsam gehalten wird oder nicht, sondern hier wird »Gender-Kompetenz«, auf den eigenen Bereich spezifiziertes Fachwissen, aktiv eingefordert. Das bedeutet zunächst, daß in dem hier angesprochenen Bereich der Jugendhilfe in sämtlichen Aufgabenfeldern detailliertes Wissen über Geschlechterdifferenzen vorliegen und vermittelt werden muß. Das gilt sowohl auf der Ebene der Klientel als auch der KollegInnen, also für die gesamte

Struktur des Arbeitsplatzes und der dort gelebten Beziehungen. So sollten sie bei den Jugendlichen etwa informiert sein über unterschiedliche Freizeit- oder Bildungsinteressen von Jungen und Mädchen, über je spezifische Betroffenheiten bei Straftaten oder sonstigem devianten Verhalten, über Gewalterfahrungen, Beratungsbedürfnisse etc. Darüber hinaus ist aber auch die Struktur des Angebotes zu analysieren: Finden beide Geschlechter in gleicher Weise auf ihre Interessen und Bedürfnisse zugeschnittene Curricula, Förderangebote, kulturelle Betätigungsmöglichkeiten? Werden Mädchen wie Jungen ermutigt, sich auch auf Gebieten zu erproben, die als »untypisch« für das eigene Geschlecht gelten? Werden Wünsche aufgenommen, solche Aktivitäten zunächst einmal »unter sich« in Angriff zu nehmen? Gibt es für beide Geschlechter Rückzugsmöglichkeiten für Kommunikation in geschlechtshomogenen Gruppen und kompetente AnsprechpartnerInnen, die als Vertrauenspersonen Hilfestellung bei der Suche nach der eigenen (Geschlechts-)Identität leisten können? Und besonders bedeutsam: Wie leben die Beschäftigten ihre Rolle in den Interaktionen mit den Jugendlichen? Sind sie Modell für den respektvollen und gleichberechtigten Umgang mit dem anderen Geschlecht? Wie reagieren sie auf stereotypes Verhalten von anderen, das sie selbst ablehnen? Wie sensibel sind sie gegenüber eigenen – mehr oder weniger bewußten – Vorbehalten? Diese Fragen haben lediglich illustrierenden Charakter, um anzudeuten, was »Gender-Kompetenz« auf der Ebene »Wissen über Klienten und die Gestaltung der Arbeitsbeziehung zu ihnen« bedeutet. Spezifiziert werden muß das für die je verschiedenen Arbeitsgebiete sehr viel präziser.

Das gilt in gleicher Weise auch für das Personal und die Strukturen des eigenen Arbeitsplatzes: Wie ist die Relation von Männern und Frauen in verschiedenen Ressorts und auf verschiedenen Hierarchieebenen? Ergibt sich ein Geschlechterbias bei befristeten und/oder Teilzeitarbeitsverhältnissen? Welche Strategien von Personalentwicklung liegen vor? Welche formellen und/oder informellen Arbeitsteilungen haben sich entwickelt, welche Kommunikationsgewohnheiten, Beteiligungsformen, Konfliktlösungsmuster sind installiert, werden möglicherweise als veränderungsbedürftig wahrgenommen? Auch hier ist die Aufzählung höchst unvollständig, sie wäre systematisch bezogen auf den Arbeitsbereich und die spezifischen Kooperationen zu konkretisieren. Als Zielperspektive wird hier also die Sensibilisierung aller gemeinsam Arbeitenden für die Geschlechterfrage und die Bereitschaft zum Abbau von Ungleichheit und Hierarchie ins Auge gefaßt. Wer hinreichend Erfahrung mit solchen Sensibilisierungsversuchen im Rahmen geschlechterbewußter Pädagogik gesammelt hat und die vielfältigen Widerstände kennt, an denen man sich gewöhnlich abarbeiten muß, dem mag diese Zielsetzung reichlich utopisch erscheinen. Vielleicht hilft ein kurzer Blick in die Geschichte, um sich erneut klarzumachen, mit welch langwierigen Prozessen der Veränderung wir es zu tun haben, welche Erfolge dabei aber auch immerhin schon zu verzeichnen sind.

Geschlechtsbezogene Jugendarbeit im historischen Wandel

Die Jugend- und Wohlfahrtspflege hat noch eine verhältnismäßig junge Geschichte, so daß es sich lohnt, bis zu ihren Anfängen zurückzugehen. Barbara Friebertshäuser (1997, S. 115 ff.) hat ein in fünf Etappen gegliedertes Modell geschlechtsbezogener Jugendarbeit im 20. Jahrhundert entworfen, auf das ich mich hier in leicht abgewandelter Form beziehe und es dabei um eine sechste Etappe erweitere (vgl. Tab. 1, s. S. 45). Eine solch typisierende Darstellung fällt notwendigerweise immer etwas holzschnittartig aus. Zur Selbstvergewisserung erscheint es mir aber hilfreich, die bisherige Entwicklung auf diese Weise systematisch durchzumustern, um auf dieser Folie die aktuelle Situation besser einordnen zu können.¹

Die erste Hälfte des Jahrhunderts: Geschlechtertrennung ist die Regel

Die erste Etappe umfaßt das halbe Jahrhundert bis Ende der 50er Jahre und ist auf der politischen Ebene durch äußerst unterschiedliche Strömungen gekennzeichnet: Die erste deutsche Frauenbewegung, der Nationalsozialismus und der Wiederaufbau der Nachkriegszeit bis zum Ende der 50er Jahre haben sicherlich sehr spezifische Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse gehabt. In der Tat läßt sich auf der theoretischen Ebene aber als Gemeinsamkeit festhalten, daß Mädchen und Frauen jeweils als »das andere Geschlecht« betrachtet wurden. Dementsprechend galt in den Institutionen nahezu durchgängig das Prinzip der Geschlechtertrennung, in Bildungsinstitutionen wie auch in der außerschulischen Jugendarbeit. Ausnahmen fanden sich in einigen Schulen der Reformpädagogik, aber selbst die Jugendbewegung setzte bei ihren Wandervogel-Aktivitäten auf Geschlechtertrennung. Die Begründungen dafür waren jedoch inhaltlich höchst unterschiedlich. Während die für gleiche Bildungs- und Berufschancen kämpfenden Vertreterinnen der Ersten Frauenbewegung mit dem Konzept der »geistigen Mütterlichkeit« gerade die besonderen weiblichen Fähigkeiten herausstellten und Freiräume forderten, in denen Frauen ihr Potential angemessen entwickeln konnten, verband die nationalsozialistische Ideologie die Besonderheit weiblicher Qualifizierung eher mit Bildungsbeschränkungen und Reduktion auf die Reproduktionsfunktion. Geschlechtertrennung war insofern ambivalent besetzt und schon in der

¹ Diese Darstellung gilt über weite Strecken vor allem für die Entwicklung in den alten Bundesländern. Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, die spezifische Situation in den neuen Bundesländern intensiver zu beleuchten (vgl. dazu Jakob 1997).

² Bei dieser Tabelle handelt es sich um eine leicht modifizierte Fortschreibung des Modells von Friebertshäuser (1997, S. 115). Ich bedanke mich herzlich für ihre Zustimmung.

Etappenmodell geschlechtsbezogener Jugendarbeit²

Zeitraum	Etappe	Politik	Theorie	Praxis
um 1900 bis 50er Jahre	1. Geschlechtertrennung	Erste deutsche Frauenbewegung, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit	»Geistige Mütterlichkeit« Mädchen und Frauen als das »andere Geschlecht«	Geschlechtertrennung, spezifische Angebote für Mädchen und Frauen
60er Jahre	2. Koedukation	Bildungsreform	Postulat der Chancengleichheit	Jugendarbeit für Jungen (Mädchen machen mit)
70er Jahre	3. Feministische Mädchenarbeit	neue Frauenbewegung	Geschlechtsspezifische Sozialisation Benachteiligungsperspektive Defizitansatz	Kritik am koedukativen Ansatz Spezifische Mädchenarbeit nach dem Konzept der Parteilichkeit
80er Jahre	4. Ausdifferenzierung der Konzepte	Sechster Jugendbericht der Bundesregierung mit dem Schwerpunkt »Mädchen« Gleichstellungspolitik	Kritik am »Defizitansatz« Konzept des »weiblichen Lebenszusammenhangs« Opfer-Täter-Debatte	Ausweitung feministischer Mädchenarbeit Mädchenförderung (z. B. Ausbildung in Männerberufen, Naturwissenschaft und Technik, Computer)
90er Jahre	5. Von der Frauen- zur Geschlechterforschung	Neue »Streitkultur« unter Frauen Postmoderne Männerbewegung	Von der Gleichheit zum Differenzansatz, zur »egalitären Differenz« Männliche Sozialisation	Etablierung von Mädchenarbeit in unterschiedlichen Feldern der Jugendhilfe, Professionalisierung des Personals antixistische Jugendarbeit geschlechtsbezogene Pädagogik (reflexive Koedukation)
Beginn des 21. Jahrhunderts	6. Dekonstruktion des kulturellen Systems der Zweigeschlechtlichkeit	Gender Mainstreaming	Kritik der Konstruktion und der Reifizierung von Zweigeschlechtlichkeit	Einbindung geschlechterbewußter Pädagogik in sämtliche institutionelle Planungs-, Entwicklungs- und Evaluationsprozesse Absicherung der notwendigen Ressourcen Etablierung von Verfahren der Qualitätssicherung und Qualitätssicherung

Ersten Frauenbewegung umstritten. Ein gewichtiges Argument gegen gemeinsame Aktivitäten von Jungen und Mädchen stellte die Warnung vor einem drohenden »Verfall der Sitten« dar, insbesondere die kirchlichen Träger von Jugendverbandsarbeit konnten mit ihren Moralvorstellungen nur geschlechtergetrennte Konzeptionen vereinbaren. Ausnahmen bildeten die Kinder- und Jugendorganisationen der linken Parteien in der Weimarer Zeit, beispielsweise die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), die auch nach dem Krieg als Jugendverband der sozialdemokratischen Partei (»Die Falken«) die koedukative Arbeit fortsetzte. In der Regel aber richteten sich die Angebote der Jugendarbeit an geschlechtshomogene Gruppierungen.

Die 60er Jahre: Koedukation wird Normalität

Ein nahezu lautloser Wandel setzte in den sechziger Jahren im Zuge der Bildungsreform ein. Das »katholische Arbeitermädchen vom Lande« kam als Inkarnation von Bildungsbenachteiligung in den Blick. Chancengleichheit durch bessere Bildung sollte gerade auch die Mädchen einbeziehen. Dies war nicht nur auf den schulischen Bereich beschränkt, auch außerschulische Möglichkeiten der Interessenausbildung und Persönlichkeitsentwicklung sollten Kinder und Jugendliche fördern. Dieses Postulat gleicher Chancen setzte allerdings einen Wechsel des theoretischen Paradigmas von der grundsätzlichen Verschiedenheit der Geschlechter voraus. Nur wenn beiden Geschlechtern potentiell gleiche Interessen und gleiche Lernfähigkeit zugehört wird, macht es überhaupt Sinn, ihnen gleiche Lernfelder zu eröffnen und gemeinsame Angebote zu unterbreiten. Dies geschah nun im schulischen wie im außerschulischen Bereich. Gemeinsame Gruppenarbeit für Mädchen und Jungen wurde von öffentlichen Trägern zuerst eingeführt, setzte sich aber auch in der Verbandsarbeit zunehmend durch (vgl. Niemeyer 1994). Geschlechtertrennung galt nun eher als Modernitätsrückstand, statt als Garant für Sitte und Ordnung. Das mag dadurch gefördert worden sein, daß die Betonung der Notwendigkeit von Geschlechtertrennung durch die nationalsozialistische Ideologie als Hypothek empfunden wurde und die Fixierung auf die traditionelle Frauenrolle mit einer solchen Konzeption assoziiert wurde. Ob dieser Positionswechsel von allen damals in der Jugendarbeit engagierten Personen mit vollem Herzen akzeptiert oder mindestens mitgetragen wurde, dazu gibt es kaum Informationen.³ In den einschlägigen Zeitschriften hat sich jedenfalls keine ausführliche Debatte niedergeschlagen, insofern liegt hier ein lohnendes Forschungsfeld (vgl. Friebertshäuser 1997, S. 118).

³ Mindestens für die kirchlichen Verbände ist die hier skizzierte Entwicklung auch zu relativieren. Dort existieren teilweise bis heute getrennte Verbände mit je spezifischen Angeboten für weibliche und männliche Jugendliche. Solche Ungleichzeitigkeiten konterkarieren aber nicht den generellen Trend.

Die 70er Jahre: Feministische Mädchenarbeit fordert Parteilichkeit

Beeinflusst von der Studentenbewegung formierte sich eine neue Frauenbewegung, die unter dem Rubrum »das Private ist politisch« in Frauen- und Selbsterfahrungsgruppen die eigene Lage analysierte, Selbsthilfeprojekte gründete und autonome Räume einklagte, die eine (von männlichen Übergriffen) ungestörte Selbstfindung und -entwicklung erlaubten. Theoretisch leitend war zunächst die Frage, wie durch geschlechtsspezifische Sozialisation männliche und weibliche Sozialcharaktere ausgebildet werden, in denen sich das gesellschaftliche Machtgefälle widerspiegelt. Anfangs standen Erklärungsmuster im Vordergrund, die Frauen und Mädchen eher als defizitäre Wesen, als hilflose Opfer der Verhältnisse zeichneten. Im geschützten Raum der eigenen Geschlechtergruppe sollten kompensatorisch Entwicklungsprozesse in Gang gesetzt werden, die zu einer größeren Entfaltung eigener Potentiale – auch gegen geltende Geschlechterstereotype – befähigten. Parteiliche Mädchenarbeit hieß das Konzept, das engagierte Frauen in der Jugendarbeit entwickelten. Ein frühes Beispiel bringt es auf den Punkt:

»Seit einem Jahr gibt es bei uns jedoch auch noch eine Mädchengruppe. (...) Unsere Vorstellung war, daß sich die Mädchen in der Gruppe besser kennenlernen sollten, daß sie sich über ihre Probleme als Mädchen unterhalten können sollten. Es sollten Informationen über Verhütungsmittel gegeben werden. Langfristig sollten die Mädchen lernen – ihre Rolle als Frau in der Gesellschaft zu erkennen und zu verändern – Konkurrenz abzubauen – sich zu solidarisieren – sich gemeinsam gegen Jungen zu wehren – als Mädchengruppe geschlossen aufzutreten. D. h. die Mädchen sollten ein Selbstbewußtsein und ein Selbstverständnis entwickeln, wie wir es selbst von uns als Frau haben bzw. anstreben. Dies sind Ziele, wie sie von allen bestehenden Mädchengruppen mehr oder weniger gleich formuliert werden« (Bienewald u. a. 1978, S. 97).

Das Postulat der Parteilichkeit betont die Gemeinsamkeit zwischen Pädagoginnen und ihren weiblichen Klientinnen, die in einer patriarchalen Gesellschaft aus den unvermeidlichen Diskriminierungserfahrungen resultieren. Solche Erfahrungen sollten bewußt gemacht und reflektiert werden, um damit Kräfte freizusetzen für selbstbestimmte Aktivitäten. Allerdings blieb diese Position auch nicht unkritisiert. Zum einen wurde eingewandt, die geltenden (männlichen) Normen würden in diesem Ansatz nicht infrage gestellt, es könne aber nicht darum gehen, sich an diese anzupassen. Zum anderen sahen einige Frauen einen solchen Ansatz eher als »Nischenstrategie«, die nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der bisherigen Jugendarbeit führe. Das macht deutlich, daß sich auch in der zweiten Frauenbewegung unterschiedliche Positionen etablierten.

Die 80er Jahre: Erweiterung und Ausdifferenzierung der Konzepte

Die für die Herausgabe des 6. Jugendberichts⁴ zuständige Sachverständigenkommission hielt in ihrer Vorbemerkung zu den eingeholten Expertisen noch bedauernd fest:

»In Forschung und wissenschaftlicher Literatur über Kinder- und Jugendfragen kommen Mädchen wenig vor, da durchwegs ohne Unterscheidung über die Lebenskonzepte, die Berufsorientierung, Ausbildungs-, Schul- oder Freizeitprobleme, Familiensituation und Konfliktlagen ›der Jugendlichen‹ oder der ›Kinder‹ nachgedacht wird. Schon bei erstem Hinsehen zeigt sich: Es wird praktisch nur von Jungen berichtet – Mädchen erscheinen subsumiert bzw. allenfalls als eine (defizitäre) Untergruppe des ›Normalfalls‹ der männlichen Jugendlichen. So bleiben die durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Gesellschaft bedingten Merkmale ihrer Lebenssituation unsichtbar: die Interessen und Denkweisen von Mädchen, ihre Stärken und die ihnen zugemuteten Benachteiligungen, ihre Probleme sind kein Thema.« (Sechster Jugendbericht. Vorbemerkung der Sachverständigenkommission 1984, in: Hagemann-White 1984, S. 5)

Eben dieser Jugendbericht, der explizit die »Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen« auf seine Fahnen geschrieben hatte, gab der Konzeptentwicklung und -erprobung neuen Auftrieb und institutionelle Unterstützung. »Das Mädchen-thema hat Konjunktur – soviel ist nach der Veröffentlichung des Sechsten Jugendberichts (1984) klargeworden«, bilanzieren Heide Funk und Anita Heiliger (1990, S. 9) ihre Erkenntnisse aus einer 1986 vom Deutschen Jugendinstitut in München veranstalteten Fachtagung. Eingeladen war Fachpersonal aus der Jugendarbeit, den Bereichen Bildung, Aus- und Fortbildung und von Mädcheninitiativen. 49 Frauen nahmen teil und ein einziger Mann, der erste Erfahrungen mit einer neuen emanzipatorischen Jungenarbeit einbrachte. Allein diese Relation kann eindrucksvoll verdeutlichen, wie sehr auch in dieser Aufbruchsstimmung zunächst einmal die Mädchen- und Frauenperspektive im Vordergrund stand, wenn auch die Protagonistinnen einer feministischen Mädchenarbeit durchaus betonten, daß ihr Ansatz »jegliche traditionelle Jugendarbeit infrage« stelle (Schlapheit-Beck 1987, S. 9). Systemisch betrachtet, liegt es auf der Hand: Wenn sich Konzepte und Strategien für einen Teil der Adressaten ändern, kann dies nicht ohne Wirkung auf den anderen Teil bleiben. Diese Herausforderung wurde aber offensichtlich nicht auf breiter Basis registriert.

⁴ Der Jugendbericht wurde in der Reihe »Alltag und Biografie von Mädchen« Band 1 bis 17 im Verlag Leske & Buderich herausgegeben. Die einzelnen Bände sind unter den jeweiligen Namen der AutorInnen zu finden.

Dennoch konstatiert der eingeladene Experte für Jungenarbeit, in den wenigen Fällen, in denen überhaupt Jungenarbeit zu finden sei, handle es sich »in der Regel um eine Reaktion auf Mädchengruppenarbeit in der jeweiligen Einrichtung« (Ottomeier-Glücks 1990, S. 54). Eine eigenständige Zielsetzung, die vor dem Hintergrund theoretischer Konzepte und empirisch fundierter Erkenntnisse eine solche Arbeit anleiten könne, sei bislang für die Jungenarbeit nicht entwickelt worden, die Zurückhaltung oder offene Ablehnung gegenüber einer solchen Arbeit sei bei vielen männlichen Kollegen unübersehbar. Nutzen oder gar Notwendigkeit würden nicht gesehen. Während bei Mädchen zuweilen noch so etwas wie kompensatorische Förderung als sinnvoll betrachtet werde, erschließe sich nur schwer, wo denn für Jungen ein Gewinn aus geschlechterreflektierter Arbeit entstehen könnte. Immerhin legte Uwe Sielert (1989) ein Praxishandbuch zum Thema Jungenarbeit vor, das vor allem aus der sexualpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen entstanden ist. Darin betont er ebenfalls, daß reflektierte Jungenarbeit keine Kopie von Mädchenarbeit sei (ebd., S. 39). Gleichzeitig zeigen sich dennoch Gemeinsamkeiten in den theoretischen Orientierungen. Zum einen wird hervorgehoben, daß es nicht um Defizitpädagogik geht, sondern daß an den Stärken angesetzt werden muß, wenn man zu neuen Erfahrungen ermutigen will. Dies spiegelt sich in den Debatten innerhalb der Frauenbewegung in gleicher Weise. Dem Defizitansatz wird eine Positivbewertung des weiblichen Lebenszusammenhangs entgegengesetzt, eine Neubewertung als »typisch weiblich« geltender Fähigkeiten und Kompetenzen wird angestrebt, nach den »Stärken weiblicher Schwäche« gefahndet (Miller 1979). Gleichzeitig wird aber auch der »Opferstatus« der Frauen hinterfragt, ihre aktive Verstrickung als »Täterinnen« analysiert, die einen eigenen Beitrag zur Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse leisten (vgl. Haug 1981). Diese äußerst kontroversen Debatten führten letztendlich dazu, Mädchen und Frauen nicht mehr als passiv Unterdrückte zu betrachten, und öffneten damit neue Möglichkeiten aktivierender Arbeit. Autonome Mädchenprojekte entstanden in unterschiedlichen Trägerschaften, etwa Mädchenhäuser, eigene Beratungsstellen, Projekte zur Berufs- und Lebensplanung, eigene Ausbildungsprojekte und vieles mehr. Und langsam begann auch das Feld männlicher Sozialisation und Jungenarbeit zum Thema zu werden.

Die 90er Jahre: Von der Frauen- zur Geschlechterforschung

Diese Entwicklung setzte sich im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts weiter fort. In der Jugendforschung nahm die Frage nach Geschlechterunterschieden inzwischen breiten Raum ein, insbesondere Jungen und Männer kamen sehr viel stärker in den Blick. Das geschah teils eher journalistisch (Schnack/Neutzling 1990), aber auch theoriegeleitet und empirisch fundiert (Böhnisch/Winter 1993), Praxiskon-

zeptionen wurden entwickelt und Formen antisexistischer Jungenarbeit erprobt (Winter/Willems 1991, Glücks/Ottemeier-Glücks 1994). Eine neue intensive Debatte entzündete sich an der Angemessenheit differenztheoretischer Sichtweisen. Die schlichte Umbewertung von Weiblichkeit, die zuweilen umschlug in die Stilisierung des Weiblichen als des »moralisch höherstehenden« Geschlechts erschien weder empirisch belegbar noch weiterführend hinsichtlich des Abbaus von Ungleichheit. Lediglich die Vorzeichen wurden umgekehrt, die polare Dichotomie aber festgeschrieben. Teilweise wurden sie sogar unter Rückgriff auf Biologismen als unveränderbar dargestellt. Gegen eine solche verkürzte Sichtweise formulierte Annedore Prengel (1993, S. 181 ff.) ihr Konzept einer »egalitären Differenz«. Gleichheit anzustreben heißt für bislang benachteiligte Gruppen, Ansprüche anzumelden bei der Verteilung materiell-ökonomischer Ressourcen, Zugang zu gesellschaftlichen Macht- und Einflußpositionen zu gewinnen. Erst auf der Basis gleicher Rechte können Differenzen sichtbar gemacht werden, ohne Diskriminierung befürchten zu müssen. Gleichheit und Differenz stehen sich hier also nicht als alternative Positionen gegenüber, sie stehen in einem notwendigen wechselseitigen Zusammenhang: »Differenz ohne Gleichheit bedeutet gesellschaftlich Hierarchie, kulturell Entwertung, ökonomisch Ausbeutung. Gleichheit ohne Differenz bedeutet Assimilation, Anpassung, Gleichschaltung, Ausgrenzung von ›Anderen‹« (ebd., S. 184). In diesem Sinn muß die Orientierung auf Gleichstellung der Geschlechter für Männer wie für Frauen ergänzt werden um die Orientierung auf Vielfalt und Unterstützung bei individuellen biographischen Suchbewegungen.

Einer solchen Position korrespondiert eine pädagogische Arbeit, die ebenfalls auf Vielfalt setzt und nicht neue Normierungen verordnet. Eine Unterstützung der Betroffenen, sich über die eigenen Wünsche und möglicherweise auch unbewußte Blockaden klarzuwerden, bedarf des nicht-wertenden Umgangs mit den jeweiligen Lebensentwürfen. Mechtild Oechsle (2000, S. 52) empfiehlt »normative Zurückhaltung«: Wenn die Vielfalt der möglichen Lebensformen nicht prinzipiell anerkannt würde, sei auch keine pädagogische Unterstützung bei der Klärung von Gestaltungsbedürfnissen möglich, eher werde die Auseinandersetzung mit verschiedenen Varianten versperrt. Auf jegliche Formen missionarischer »Umerziehungsversuche« reagieren Jugendliche inzwischen eher allergisch. Die Autorin (ebd., S. 53) konstatiert, daß der gängige feministische Diskurs zum Geschlechterverhältnis für viele Mädchen nicht attraktiv sei. Die Generationsunterschiede zu den von der Frauenbewegung geprägten Pädagoginnen sind nicht zu übersehen. Überwiegend haben die jungen Mädchen den Eindruck, daß ihnen individuell viele Optionen offenstehen und sie ihre Wahl treffen können. Eine solche Sichtweise entspricht ansatzweise der von Beck/Beck-Gernsheim (1994) formulierten Individualisierungsthese. Al-

lerdings durchschauen die Jugendlichen in der Regel nicht die mit solchen »Bastelbiografien« verbundenen Risiken und die strukturellen Ungleichheiten in den Dispositionsspielräumen. Das Bedürfnis nach Nähe und befriedigenden Beziehungen zum anderen Geschlecht führt bei Mädchen wie bei Jungen eher zur Tabuisierung von Ungleichheit. Umso wichtiger wird es, nicht nur Konfliktpotentiale im Verhältnis der Geschlechter anzusprechen, sondern gleichzeitig unterschiedliche Varianten einer selbstbestimmten Lebensführung vor dem Hintergrund eines veränderten weiblichen und männlichen Rollenverständnis entwickeln zu helfen. Insgesamt müssen die Angebote hinsichtlich Inhalt und Form neu überdacht werden (vgl. Oechsle 2000, S. 52 ff.). Häufig werden allenfalls jüngere Mädchen erreicht oder ausländische Mädchen und junge Frauen, die aufgrund traditioneller Moralvorstellungen an koedukativen Angeboten nicht teilnehmen dürften. Dagegen sind bei einem Großteil der Mädchen gemeinsame Aktivitäten mit Jungen deutlich beliebter. Das spiegelt sich im übrigen auch in der großen Zustimmung von Mädchen und Jungen zur Koedukation in der Schule (vgl. Faulstich-Wieland/Horstkemper 1995). Wie solche koedukativen Kontexte so gestaltet werden können, daß beide Geschlechter miteinander und voneinander lernen, ohne sich gegenseitig auf stereotype Einstellungen und Verhaltensweisen zu fixieren, wird sowohl in schulischen wie außerschulischen pädagogischen Feldern diskutiert, auch Kooperationsprojekte zwischen Schule und Jugendarbeit gibt es inzwischen zunehmend häufiger (vgl. Brenner/Grubauer 1991).

Beginn des 21. Jahrhunderts: Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit

Als einen entscheidenden Einschnitt und damit auch als eine weitere Etappe sehe ich in dem sich in den 90er Jahren bereits andeutenden Wechsel des theoretischen Paradigmas zum Konstruktivismus. Gekennzeichnet ist er durch die Aufforderung zur radikalen Infragestellung der Zweigeschlechtlichkeit als »natürliche Tatsache«. Die Kritik ist existentiell: Mit ihrer Betonung der Geschlechterdifferenz trügen Frauenforscherinnen selbst dazu bei, diese zu dramatisieren und festzuschreiben. Der Prozeß der sozialen Konstruktion werde unsichtbar gemacht, wenn von einer quasi »natürlich« vorgegebenen Zweigeschlechtlichkeit ausgegangen werde. Dieses uns allen vertraute Deutungsmuster führe dazu, daß immer wieder die hierarchischen Unterschiede reproduziert würden, die doch eigentlich überwunden werden sollten (vgl. Gildemeister/Wetterer 1992). Vielmehr gelte es, die Mechanismen aufzuzeigen, durch die Geschlechterdifferenz interaktiv hergestellt wird, und das zugrundeliegende System der Zweigeschlechtlichkeit zu »dekonstruieren«. Inwieweit dieser theoretische Ansatz praxisanleitend für eine emanzipatorische geschlechterbewußte Pädagogik sein kann, wird sich noch erweisen müssen. Als forschungsleitende

Perspektive hat er sich inzwischen in unterschiedlichen Feldern bewährt (vgl. z. B. Breidenstein/Kelle 1998). Schon Erving Goffman (1994) hat scharfsinnig aufgezeigt, wie durch Dramatisierung von Geschlechterdifferenzen – auch da, wo sie zunächst völlig funktionslos sind – binäre Klassifizierungen ritualisiert und eingeübt werden, die dann als hierarchische Differenz übernommen und akzeptiert werden. Eine Ent-Dramatisierung der Geschlechterdifferenz (oder die Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit) erscheint aus dieser Perspektive eine überlegenswerte Strategie, was aber keinesfalls gleichzusetzen ist mit der Ignoranz gegenüber real vorhandenen Unterschieden. Für die Entwicklung konzeptioneller Überlegungen für die pädagogische Praxis ergibt sich als Leitlinie zunächst der Anspruch, die Konstruktionsprozesse der Subjekte sensibel wahrzunehmen und sich selbst in den Interaktionsprozessen »normative Zurückhaltung« aufzuerlegen, wie Mechthild Oechsle dies vorschlägt (s.o.). Als Partnerin (oder Partner) für die Reflexion und Veränderung solcher Konstruktionen haben PädagogInnen wohl erst dann eine Chance, wenn sie Jugendlichen nicht eigene normative Orientierungen überzustülpen versuchen.

Auf den ersten Blick mag es paradox erscheinen, wenn diesen theoretischen und praktischen Strategien der Dekonstruktion auf der politischen Ebene nun die Gender Mainstreaming-Strategie zugeordnet wird – rückt sie doch die Geschlechterperspektive erst recht und auf breiter Basis ins Bewußtsein. Diese Widersprüchlichkeit ist aber nicht logischer Art, sondern sie ist dadurch begründet, daß selbstverständlich die Aufmerksamkeit für Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiterhin nötig ist – anders ist die Gleichheitsforderung nicht einlösbar. Einen klaren Vorteil eben dieser Strategie sehe ich darin, daß explizit beide Geschlechter eingeschlossen sind. Solange die Frage nach den Geschlechterverhältnissen als »Frauenfrage« etikettiert werden konnte, war es für Männer wesentlich leichter, sich als »nicht betroffen« zu erklären. Nun wird dagegen eine Planungs-, Entwicklungs- und Evaluationsstrategie institutionalisiert und damit die Beschäftigung mit der Geschlechterfrage aus der Ecke des »Exotischen« befreit. Nicht ein Geschlecht wird als das »andere«, »defizitäre« oder »förderungswürdige« hervorgehoben, sondern die Situation beider Geschlechter wird regelhaft analysiert – bereits dies kann zur Entdramatisierung beitragen. Welches Entwicklungspotential in dieser Strategie enthalten ist, soll nun abschließend vorsichtig einzuschätzen versucht werden.

Gender Mainstreaming als Motor der Weiterentwicklung geschlechterbewußter Pädagogik in der Jugendhilfe?

Bei der Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Jahr 1990 wurde im § 9 festgehalten, daß die Grundrichtung der Erziehung sich auf die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu richten habe. Das heißt: Die Jugendhilfe hat bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben »die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern« (§ 9 KJHG). Damit ist ein normativer Anspruch definiert, der die in der Jugendhilfe Tätigen explizit dazu verpflichtet, ihre Aufmerksamkeit auf die je spezifischen Lebenslagen ihrer männlichen und weiblichen Klientel zu richten und die Beratungs- und Förderungsangebote am Grundsatz von Gleichheit und optimaler Förderung auszurichten. Eine solche Fundierung durch materielles Recht ist eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung für die faktische Durchsetzung – auch die grundgesetzlich verbrieft Gleichberechtigung wartet ja bis heute noch in vielen Bereichen auf ihre Einlösung. Dennoch zwingt die Kodifizierung einer solchen Vorschrift zu konkretisierenden Überlegungen und zur Spezifikation von Kriterien, an denen gemessen werden kann, ob die geleistete Arbeit den gesetzten Ansprüchen genügt. Mit Leben gefüllt wird die Umsetzung aber erst durch die Aktivitäten »vor Ort«: die Beratungs-, Bildungs-, Förderungsangebote, die Gestaltung von besonderen Hilfen, Jugendschutzmaßnahmen oder unterstützende Maßnahmen bei der Berufseinmündung. Verwirklicht werden kann die Absicht des Gesetzgebers nur, wenn diejenigen, die diese tägliche Arbeit tun, dies zu ihrer Sache machen – und auch diejenigen, die über die Finanzierung und Rahmenbedingungen solcher Arbeit entscheiden.

Wie eingangs skizziert wurde, zielt Gender Mainstreaming genau auf die verbindliche Umsetzung der Gleichstellungsforderung und stellt insofern einen geeigneten Transmissionsriemen für die Umsetzung der im KJHG gesetzlich verankerten Ansprüche dar. Nun lassen sich allerdings die vorn beschriebenen notwendigen Qualifizierungsprozesse des Personals zwar administrativ anstreben, der Erfolg ist damit aber noch nicht garantiert. Wie weit sich die Einzelnen einlassen auf Erfahrungen und Lernprozesse, die sehr nahe die eigene Identität berühren, ist nicht von außen zu steuern. Gender-Kompetenz bedeutet bei allen pädagogisch Tätigen auch, sich darüber klar zu werden, welche normativen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit in die eigene Arbeit einfließen. Eine solche selbstreflexive Auseinandersetzung ist unverzichtbar, wenn beispielsweise nicht unkritisch polare Differenzen registriert und als »normal« und den

Wünschen der Beteiligten entsprechend fortgeschrieben werden sollen. Sie ist aber auch nötig, um nicht in bester emanzipatorischer Absicht den Betroffenen ihre »wahren Bedürfnisse« klarzumachen und ihnen die eigene normative Orientierung als einzig richtige und mögliche anzudienen. Mit diesem Plädoyer für die Vielfalt subjektiver Lebensentwürfe jenseits polarer Geschlechterrollen – das gleichwohl nicht in postmoderne Beliebigkeit verfällt, sondern den Abbau hierarchischer Ungleichheit und Gleichstellung der Geschlechter als Ziel benennt – wird freilich ebenfalls eine klare normative Haltung formuliert. Sie nimmt den in der oben zitierten Definition von Gender Mainstreaming angesprochenen Gleichstellungsanspruch auf, geht aber deutlich darüber hinaus.

Es stellt sich nun aber die Frage, ob eine solche Position »mainstream-fähig« ist bzw. auf welche Weise ein Konsens darüber hergestellt werden kann. Sicherlich ist er nicht »top-down« zu verordnen, so wenig wie auf solche Weise Reflexionsbereitschaft erzwungen werden kann. Worin liegt dann die Potenz der Strategie des Gender Mainstreaming? Der entscheidende Punkt liegt in dem Anspruch, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle normalerweise an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure einzubringen. Ein solches Vorgehen greift weit hinaus über die Einrichtung spezifischer Stellen, die sich mit »Frauen- und Mädchen-Fragen« beschäftigen oder bestenfalls beide Geschlechter und das Geschlechterverhältnis im Blick haben. Gegen die Institutionalisierung solcher Arbeitsformen soll hier keinesfalls argumentiert werden. Sie stellt einen wichtigen Schritt dar, der die Bedeutung geschlechtsbezogener Sichtweisen bei der Gestaltung der Arbeitswelt erst in aller Klarheit sichtbar gemacht hat. Dennoch darf die Gefahr nicht übersehen werden, daß die Delegation des Nachdenkens über solche Fragen an spezifische Institutionen oder Organisationen sehr leicht dazu führen kann, alle übrigen Gremien davon weitgehend zu »entlasten«. Eben dies soll mit der Strategie des Gender Mainstreaming vermieden werden: Alle Akteure sollen in allen Phasen politischer Entscheidung die Geschlechterperspektive im Blick haben. Letztlich geht es um die Frage: Welche Auswirkungen hat meine Entscheidung, mein Handeln auf Männer und/oder Frauen, Mädchen und/oder Jungen?

Damit werden nun auch keineswegs die verschiedenen inhaltlichen Ansätze geschlechterbewußter Arbeit obsolet. Es gibt gute Gründe, Mädchen- und Jungenarbeit im Lichte neuerer theoretischer und empirischer Erkenntnisse kritisch zu überdenken und weiterzuentwickeln. Dazu wird es vermutlich notwendig sein, koedukative Angebote zu erweitern, aber auch die Arbeit in geschlechtshomogenen Gruppen themen- und adressatenspezifisch auszubauen, neue Formen der

Beratung und Unterstützung zu finden. Gender Mainstreaming macht dies vom Konzept her keineswegs überflüssig, sondern kann solche Arbeitsansätze flankieren und stützen.

Vor Blauäugigkeit und verfrühter Euphorie sollte allerdings gewarnt werden: Eine solche politische Strategie läßt sich im ungünstigen Fall auch als bloße administrative Abarbeitung von Berichtspflichten ausführen. Damit wäre vielleicht noch ein Anstieg an gut zu dokumentierenden – und deshalb gut »abrechenbaren« – Aktivitäten (etwa Anzahl von Mädchen- bzw. Jungenkursen) zu erzielen. Es wäre aber kaum Auftrieb für eine kritische Neuorientierung innerhalb des eigenen Arbeitsfeldes zu erwarten. Zum Motor für eine solche Entwicklung wird Gender Mainstreaming nur dann, wenn der Diskurs zwischen den Beteiligten wirklich in Gang kommt.

Literatur

- Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hg.) (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M.
- Bienewald, E. u. a. (1978): Offene Jugendarbeit im Arbeiterviertel. Erfahrungen und Analysen. Bensheim
- Böhnisch, L./Winter, R. (1993): Männliche Sozialisation. Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität im Lebenslauf. Weinheim/München
- Breidenstein, G./Kelle, H. (1998): Geschlechteralltag in der Schulklasse. Ethnographische Studien zur Gleichaltrigenkultur. Weinheim/München
- Brenner, G./Grubauer, F. (Hg.) (1991): Typisch Mädchen? Typisch Junge? Persönlichkeitsentwicklung und Wandel der Geschlechterrollen. Weinheim/München
- Faulstich-Wieland, H./Horstkemper, M. (1995): »Trennt uns bitte, bitte nicht!« Koedukation aus Mädchen- und Jungensicht. Opladen
- Friebertshäuser, B. (1997): Geschlechtertrennung als Innovation. Etappen geschlechtsbezogener Jugendarbeit im 20. Jahrhundert. In: B. Friebertshäuser, B./G. Jakob./R. Klees-Möller (Hg.): Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung. Weinheim, S. 113-135
- Funk, H./Heiliger, A. (Hg.) (1990): Neue Aspekte der Mädchenförderung. München
- Gildemeister, R./Wetterer, A. (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg, S. 201-254
- Goffman, E. (1984): Interaktion und Geschlecht. Frankfurt/New York
- Glücks, E./Ottemeier-Glücks, F. (Hg.) (1994): Geschlechtsbezogene Pädagogik. Ein Bildungskonzept zur Qualifizierung koedukativer Praxis durch parteiliche Mädchenarbeit und anti-sexistische Jungenarbeit. Münster

- Hagemann-White, C. (1984): Sozialisation: Weiblich – männlich? Opladen
- Haug, F. (1981): Frauen – Opfer oder Täter? Diskussion. Argument Studienhefte SH 46. Berlin
- Jakob, G. (1997): Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen und in der pädagogischen Arbeit – Mädchen- und Frauenarbeit in den neuen Bundesländern. In: B. Friebertshäuser, B./G. Jakob,/R. Klees-Möller (Hg.): Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung. Weinheim, S. 136-154
- Miller, J. (1979): Die Stärke weiblicher Schwäche. Zu einem neuen Verständnis der Frau. Frankfurt/M.
- Ottemeier-Glücks, F. (1990): Emanzipatorische Jungenarbeit. In: A. Heiliger/H. Funk (Hg.): Neue Aspekte der Mädchenförderung. München, S. 53-70
- Laqueur, T. (1996): Auf den Leib geschrieben. Die Inszenierung der Geschlechter von der Antike bis Freud. Frankfurt a.M./New York
- Niemeyer, B. (1994): Frauen in Jugendverbänden. Interessen. Mitwirkung. Gestaltungschancen. Opladen
- Prengel, A. (1993): Pädagogik der Vielfalt. Opladen
- Schlapheit-Beck, D. (Hg.) (1987): Mädchenräume. Initiativen – Projekte – Lebensperspektiven. Hamburg
- Schnack, D./Neutzling, R. (1990): Kleine Helden in Not. Jungen auf der Suche nach Männlichkeit. Reinbek
- Sielert, U. (1989): Jungenarbeit. Praxishandbuch für die Jugendarbeit Teil 2, Weinheim und München
- Winter, R./Willems, H. (Hg.) (1991): Was fehlt, sind Männer! Ansätze praktischer Jungen- und Männerarbeit. MännerMaterial Band 2, Schwäbisch Gmünd/Tübingen

Gaby Flösser

Das Konzept des Gender Mainstreaming als qualitätssicherndes Element in den sozialen Diensten

Ausgangsbedingungen

Die Qualität Sozialer Arbeit ist auf den Prüfstand geraten. Seit Mitte der 90er Jahre dominiert die Qualitätsfrage die Fachdiskussion und forciert theoretische wie pragmatische Auseinandersetzungen um einen angemessenen Nachweis der Leistungen und ihrer Wirkungen in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Im Verlaufe dieser Debatte wurde der Qualitätsbegriff selbst vielen Wandlungen unterzogen, wobei sich gegenwärtig ein hohes Maß an Übereinstimmung mit produktionsstypusunabhängigen Qualitätsmodellen durchzusetzen scheint. Qualität bezeichnet danach »ein komplexes Maß (...), das sich aus verschiedenen vorher definierten Eigenschaften der Gesamtleistung einer Organisation ergibt« (Reiss 1995, S. 62 f.). Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die generelle Notwendigkeit effizienter Betriebsstrukturen, worunter transparente Kosten- und Leistungsstrukturen, entsprechende Organisationsformen und -strategien sowie Personalentwicklung, Corporate-Identity-Entwicklungen und Marktanalysen verstanden werden (Allemeyer 1995, S. 3). Auch für die Soziale Arbeit steht damit im Zentrum der Überlegungen weniger der pädagogische Prozeß der Leistungserbringung als vielmehr der organisatorisch festgelegte Erbringungsrahmen. Wird das Augenmerk in der Qualitätsdiskussion also auf die Regeln und Verfahren, die eine wünschenswerte Güte in der Produktion sozialer Dienstleistungen bedingen sollen, gelegt, erweist sich das Konzept des Gender Mainstreaming als anschlussfähig. Insofern die Träger und Einrichtungen Sozialer Arbeit gegenwärtig die Frage nach dem ihnen inhärenten oder aber angemessenen Qualitätsverständnis beantworten müssen, können in den Selbstbeschreibungen Aussagen über angestrebte und/oder realisierte Verfahren der Herstellung von geschlechterbezogener Chancengleichheit verankert werden. Das Profil der Einrichtungen und Dienste bemißt sich entsprechend auch darin, inwieweit Strategien zur Aufhebung einschränkender Geschlechterzuschreibungen in ihm verankert sind.

Gender Mainstreaming als qualitätssicherndes Element

In Anlehnung an Donabedian (1982, S. 6) wird in vielen Qualitätsbemessungsmodellen zwischen der Struktur- bzw. Inputqualität, der Prozeßqualität und der Output- bzw. Outcomequalität unterschieden. Diese bilden Subqualitäten der eigentlichen Dienstleistungsqualität. Sie lassen sich auf einer Zeitachse zwischen dem Beginn und dem Ende des Produktionsprozesses anordnen. Die Struktur- bzw. Inputqualität wird danach definiert als »structure« refers to the resources used in the provision of (social work, G.F.), and to the more stable arrangements under which (social work, G.F.) is produced; »process« refers to the activities that constitute (social work, G.F.); and the »outcomes« are the consequences to (individual welfare, G.F.)« (Donabedian 1982, S. 6).

Für eine Übersetzung dieser allgemeinen Definition auf das Feld der Sozialen Arbeit ist für die *Struktur- bzw. Inputqualität* weiterhin relevant, daß sich aus dem Fehlen eines Transferobjektes zwischen Anbieter und Nachfrager der Leistung die Identität von Leistungserstellung und Leistungsvermittlung ergibt. Leistungen, insbesondere personenbezogene Dienstleistungen, »(...) können demzufolge nur in Form eines Leistungsversprechens, d.h. durch die Bereitstellung von Leistungsfähigkeiten angeboten werden, nicht hingegen die eigentliche Leistung selbst« (Piel 1995, S. 25). Die Struktur- bzw. Inputqualität ergibt sich mithin aus der Qualität der organisatorisch zur Verfügung gestellten Potentiale. Gerade in diesem Zusammenhang, in dem die Voraussetzungen für die eigentliche Dienstleistungsproduktion benannt werden, bietet sich die konzeptionelle Verankerung des Gender Mainstreamings an. Dabei wird es darauf ankommen, ob und inwieweit die Träger und Einrichtungen die Entwicklung einer »geschlechterdemokratischen« Perspektive für sich als Aufgabe definieren und hierfür förderliche Strategien entwickeln. Bezugs- und Bemessungspunkt innerhalb der Strukturqualität sind dabei neben den AdressatInnen vor allem auch die MitarbeiterInnen in den Einrichtungen und Diensten. Da mit dem Gender Mainstreaming in erster Linie organisationskulturelle Aspekte angesprochen werden, also Verfahren des Umgangs mit sinnstiftenden Handlungen und deren Reproduktion konzipiert werden, rücken Fragen nach einer aktiven und produktiven Gestaltung des Geschlechterverhältnisses in den Vordergrund. Die von den Einrichtungen und Diensten zu entwickelnden Programme und Strategien zur Verhinderung geschlechtsbezogener Ausgrenzung sind ein essentieller Bestandteil der Unternehmensphilosophie und damit des Leitbildes.

Die Transformation dieser Potentiale in ein Ergebnis wird als *Prozeßqualität* bezeichnet. Für die Prozeßqualität sind allerdings in der Dienstleistungsproduktion

nicht mehr die sozialen Dienste alleine verantwortlich. Aus den Problemlösungskapazitäten der Adressaten ergeben sich relevante Einflußfaktoren, die über die Güte der Transformation mitentscheiden. Die Prozeßqualität wird somit durch die Art und Weise der Relationierung zwischen Dienstleistungsanbietern und -nachfragern (Grad der Responsivität) gebildet. Da von einer Interessenidentität und/oder übereinstimmenden Definition der Problemstellungen wie auch der erwünschten Ergebnisse der am Leistungsprozeß beteiligten Akteurinnen und Akteure allerdings nicht zwingend ausgegangen werden kann, die Qualität Sozialer Arbeit somit keine objektive, statische Größe darstellt, sondern zudem noch zeit- und zeitgeistspezifischen Interpretationen unterliegt, wird in der neueren Debatte eine eher den Besonderheiten des sozialen Sektors Rechnung tragende Konzeptualisierung von Qualität aus einer konstruktivistischen Perspektive zugrundegelegt: »It's nature (the nature of quality, G. F.) varies with organizational context, with stakeholder perspective, with experience and according to the personal values and situations of the individuals using the service in question. In this view, therefore, quality is not something that is given or determined by some higher authority, but rather something that is discovered and constructed by the various stakeholders in each service« (Pollitt 1998). Damit wird auch in der internationalen Qualitätsdebatte seit einigen Jahren ein Perspektivenwechsel von ausschließlich anbieter- bzw. nachfragezentrierten Konzeptionen hin zu multiperspektivischen Konzepten eingefordert. Allerdings weisen die Befunde übereinstimmend auf eine nur geringe Durchsetzungsfähigkeit dieser umfassenden Konzepte der Beteiligung aller Akteure hin: Entscheidungs- und Handlungsspielräume verschieben sich organisationsintern eher zugunsten der Leitungskräfte unter Einbeziehung der an der Basis tätigen Professionellen (vgl. Pollitt 1998). Die Adressatinnen und Adressaten hingegen werden nur höchst selektiv und anhand persönlicher Präferenzen an dem Produktionsprozeß beteiligt. Auf diese Problematik weist die dem Gender Mainstreaming inhärente Forderung nach einer verstärkten Lebenslagenorientierung, die von bipolaren Geschlechtszuschreibungen absieht, verstärkt hin. In Anbetracht erodierender Normalitätsannahmen und sich pluralisierender Lebensstile und Lebenslagen kommt den Einstellungen und Orientierungsmustern der MitarbeiterInnen und AdressatInnen Sozialer Arbeit eine zunehmende Bedeutung zu. Diese sind nicht länger als Objekte zu begreifen, die mittels Gewährung staatlicher, auf Normalisierung ausgerichteter Hilfen in die Gesellschaft rückgeführt werden sollen, sondern als aktive Subjekte, deren Einbeziehung und Mitwirkung im Prozeß der Leistungserbringung unabdingbar wird. Über ihren klassischen Zuständigkeitsbereich hinaus erschließt sich die Soziale Arbeit die Funktion, die Subjekte bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung ihrer Kompetenzen der Selbststeuerung und Selbstregulierung zu unterstützen, »sozusagen ihr Planungsbüro in eigener Sache aufzubauen, sei es zunächst

ganz allgemein als Basiskompetenz – oder sei es vor, in oder nach Krisensituationen (...). In der Sozialen Arbeit Tätige werden somit zu »sozialen RisikoexpertInnen« in lebensweltunterstützenden und biographisch relevanten sozialen Fragen der (Lebens-)Planung und Lebensführung« (Rauschenbach 1992, S. 53). Hier liegen entsprechend die Anknüpfungspunkte zum Gender Mainstreaming: Die so geforderten neuen Kompetenzen der MitarbeiterInnen zeichnen sich danach durch eine gesteigerte Reflexionsfähigkeit aus, die – in Abkehr von schematischen und routinisierten Problemlösungen – die Lebensbedingungen der Subjekte zum Ausgangspunkt professionellen Handelns macht. Die Verankerung von Reflexionspotentialen für die MitarbeiterInnen ist damit eine vordringliche Aufgabe zur Sicherung der Prozeßqualität in der Sozialen Arbeit. In ihrem Rahmen erst kann ein geschlechterbezogener Blick als durchgängige Perspektive für professionelles Handeln entwickelt werden.

Die *Output- bzw. Ergebnisqualität* beschreibt das prozessuale Endergebnis der Leistungserstellung, wobei für pädagogische Prozesse nochmals zwischen dem Ergebnis der Dienstleistungsproduktion und ihren Wirkungen in den subjektiven Lebensvollzügen der Adressaten (Outcome) unterschieden werden muß. Der Outcome ist dabei von den sozialen Diensten zwar intendiert, aber kaum steuerbar. Das Gender Mainstreaming beinhaltet im Hinblick auf den Outcome eine klare Zielvorgabe: die »Erweiterung biographischer Optionen« aller Beteiligten (vgl. den Beitrag von Horstkemper in diesem Band). Die Vermeidung von Stereotypisierungen, die diesem Postulat zuwiderlaufen, ist dabei durchaus meßbar mit Hilfe von Methoden der Qualitätssicherung.

An dieser Trisektion der Qualitätsdimensionen wird bisweilen aus den Reihen der Sozialen Arbeit deutliche Kritik geäußert, da es »problematisch (ist, G. F.) genauere Abgrenzungen vorzunehmen zwischen den Elementen Strukturqualität, Prozeßqualität und Ergebnisqualität. Dies ist nicht nur ein formales Problem der Zuordnung zu Kategorien, sondern es wirkt auch in die Vorgänge der Überprüfung von Qualität hinein. Schließlich macht es einen Unterschied, ob ein Sachverhalt im Kontext der Voraussetzungen (Strukturqualität) zum Erreichen von guten Ergebnissen oder im Kontext der Qualität von pädagogischen Prozessen interpretiert und bewertet wird« (Merchel 1998, S. 14), trotzdem wird sie als pragmatische Strukturierungshilfe oftmals eingesetzt.

Die konsequente Rückbindung von Strategien des Gender Mainstreamings an Qualitätssicherungskonzepte läßt sich damit insgesamt als Aufgabe der Steigerung von Reflexionsfähigkeit im Hinblick auf die folgenden Dimensionen beschreiben:

Abb. 1: Dimensionen des Gender Mainstreaming als Element der Qualitätssicherung

	Strukturen	Prozesse	Ergebnisse
Organisation			
MitarbeiterInnen			
KundInnen			

Die inhaltliche Füllung des Rasters ist eingebunden in komplexe Organisationsentwicklungsprozesse, in denen unter Beteiligung aller Akteursgruppen standardisierte und normierte Verfahren entwickelt werden müssen, die das Gender Mainstreaming als unternehmerische Querschnittspolitik konzeptionieren. Ein Problem, das sich hier zeigt, liegt darin, daß mit wenigen Ausnahmen bislang lediglich konkrete Übersetzungsschritte für die Ebene der Strukturen (z. B. der Leitbildentwicklung, der Personalrekrutierung etc.) vorliegen, während Prozesse oder gar Ergebnisse noch kaum in den Griff bekommen werden.

Methoden zur Verankerung des Gender Mainstreamings in der Qualitätssicherung

Die Organisationen der Sozialen Arbeit sind fast flächendeckend in allen Praxisfeldern angetreten, qualitätssichernde Verfahren zu entwickeln (vgl. z.B. den Sammelband von Merchel 1998, die Schriftenreihe des BMFSFJ zur Qualitätssicherung in der Jugendhilfe (QS-Hefte)). Orientiert wird sich hierbei trotz des Einspruchs, der auf die Notwendigkeit qualitätsgenerierender Konzepte verweist, an Modellen aus dem industriellen Sektor. Erleichtert wird dies, da erste Erfahrungsberichte zeigen, daß selbst die auf den Sektor der Sozialen Arbeit angepaßte Übernahme von im Kern technologisch orientierten Konzepten (z. B. die Einführung von Zertifizierungsmodellen) dazu beiträgt, Qualitätsstandards in den Einrichtungen zu definieren und nicht nur den Status quo zu sichern (vgl. Drabner/Pawelleck 1997). Hiernach drängt sich der Eindruck auf, daß die Einführung von Qualitätsmanagementmodellen gleich welcher Couleur dazu geeignet ist, die Reflexionsfähigkeit der sozialen Dienste im Hinblick auf ihr Leistungsangebot zu steigern. Einer praktischen Erprobung der unterschiedlichen Ansätze sind hierdurch kaum Grenzen gesetzt.

Um das Gender Mainstreaming in den Einrichtungen und Diensten zu einem konstitutiven Bestandteil der Qualitätspolitik zu machen, bieten sich jedoch vor allem Methoden an, die die professionelle Reflexionsfähigkeit in den sozialen Diensten

unterstützen bzw. erhöhen. Hierzu zählen insbesondere Verfahren der *Selbstevaluation*. Konzepte der Selbstevaluation haben in der Sozialen Arbeit gegenwärtig Konjunktur, da sie sich explizit als professionelles Steuerungsinstrument verstehen und damit den Einzug mikroökonomischer Techniken begrenzen. Zudem suggerieren die Konzepte einen relativ geringen Aufwand für die sozialen Dienste, da das in den Einrichtungen und Diensten tätige Fachpersonal für die Umsetzung der Selbstevaluation verantwortlich ist: »Evaluation ist qua Definition eine qualitätssichernde Maßnahme zunächst (primär) (im Unterschied zum Controlling, G.F.) der Fachkräfte und erst danach (sekundär) der Leitung, weil sie sich auf die unmittelbare kunden-/klienten-/ patientenbezogene Arbeit bezieht. Gegenstand der Betrachtung ist das planmäßige Erreichen der in Hilfe-/Pflegeplänen vorgesehenen (personenindividuellen) Ziele zur Problemlösung beim Leistungsempfänger. Steuerungsmaßnahmen haben sich auf allein diese Aspekte inhaltlicher Arbeit zu beziehen. Eine Beschränkung auf diese fachlichen Aspekte sozialer Arbeit ist schwerpunktmäßig sicherzustellen« (Reiss 1998, S. 397). Die Selbstevaluation bezieht sich damit im Kern nur auf den Ausschnitt des Produktionsprozesses sozialer Dienstleistungen, der die Effektivität (sozial-)pädagogischen Handelns betrifft (vgl. Abb. 2). Ziel dieser Maßnahmen ist es, dem handelnden Fachpersonal geeignete Instrumente an die Hand zu geben, die es ihm ermöglichen, die Wirkungen (Outcomes) pädagogischer Prozesse präziser zu steuern.

Abb. 2: Perspektiven der Selbstevaluation (Quelle: Beywl 1998)

Die Evaluation kann ausgerichtet werden auf ...

Konzept	Struktur	Prozeß	Ergebnis
Ziele (<i>objectives</i>)/ deren Passung auf Bedürfnisse/Anforderungen (<i>needs</i>)	Personelle, finanzielle, räumliche u.a. Rahmenbedingungen (<i>in-puts</i>)	Ereignisse/Aktivitäten auf dem Weg zu den Ergebnissen (<i>through-puts</i>)	Leistungen (<i>out-puts</i>) Wirkungen (<i>out-comes</i>)
Welche Ziele werden verfolgt?	Welche Bedingungen/ Voraussetzungen/	Wie verläuft die Leistungserstellung?	Was wird in welchem Umfang bereitgestellt?
Welche Erwartungen/ Erfordernisse gibt es?	Instrumente sind gegeben?	Welche Prozeßwirkungen gibt es?	Welche Ziele werden erreicht?
Wie klar/passend sind die Ziele?	Wie tauglich sind die Bedingungen?	Wie dienlich ist der Prozeß?	Wie befriedigend ist das Ergebnis?
(context)	(input)	(process)	(product)

Prinzipiell müßten diese Perspektiven um ihren geschlechterbezogenen Aspekt erweitert werden, um den Vorgaben des Gender Mainstreamings zu folgen. Dies erscheint jedoch ziemlich umstandslos möglich und von daher unter pragmatischen Gesichtspunkten erfolversprechend. Mit der Zentrierung der Selbstevaluation auf die Fachkräfte, die in den Prozeß der Dienstleistungsproduktion involviert sind, ist zudem auch schon der Ort benannt, an dem die Reflexivität gestärkt werden kann.

Auch Modelle aus dem industriell-gewerblichen Sektor bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Implementation von Strategien des Gender Mainstreamings. Gemäß einem modernen Verständnis von Qualitätssicherung ist es z.B. ein Verdienst der ISO auf die herausragende Rolle und Funktion der Unternehmensleitung für die Qualitätssicherung hingewiesen zu haben. Die Einführung und Fortschreibung eines Qualitätssicherungskonzeptes wird hier entsprechend als Qualitätsmanagement bezeichnet, wobei »Qualitätsmanagement (...) Bestandteil der Gesamtführungsaufgabe« (ISO 8402) ist. Präziser legt dabei die ISO 9001 als Verantwortung der Leitung fest,

- eine umfassende Qualitätspolitik für das Unternehmen zu entwerfen,
- Qualitätsziele zu definieren,
- eine Verpflichtung gegenüber der angestrebten Qualität zu übernehmen,
- die Qualitätsgrundsätze des Unternehmens in angemessenen Organisationsformen umzusetzen,
- in der Organisation die Verantwortlichkeiten, Befugnisse und gegenseitigen Beziehungen der Akteure zu definieren,
- die organisatorischen Mittel für die Qualitätssicherung bereitzustellen,
- einen Qualitätsbeauftragten aus dem Führungskreis zu ernennen,
- eine kontinuierliche Bewertung des eingeführten Qualitätsmanagements vorzunehmen (vgl. ISO 9001).

In diese Aufgaben kann das Gender Mainstreaming als ein zentraler Aspekt der Unternehmenspolitik integriert und im Rahmen von Organisationsentwicklungsprozessen ausformuliert werden. Hierzu bieten sich folgende Maßnahmen an:

Abb. 3: Maßnahmen des Qualitätsmanagements (Quelle: Bobzien et al. 1996, S. 79 ff.)

1. Visionen und Leitbilder der eigenen Arbeit in den Einrichtungen entwickeln
2. Qualitätspolitik entwerfen und umsetzen
3. Verantwortlichkeiten klären
4. Bedarfs- und kundenorientierte Qualitätsziele entwickeln
5. Schlüsselprozesse identifizieren und Prozeßabläufe klären

6. Schnittstellen analysieren und vereinfachen
7. Kontinuierliche Verbesserung in Qualitätszirkeln: Fehlermöglichkeiten finden und korrigieren, Probleme lösen
8. Qualitätshandbuch erstellen – Dokumentation
9. Verbesserungsgespräche – Interne und externe Audits

Das mit solchen Konzepten transportierte Qualitätsverständnis führt jedoch dazu, daß in der Sozialen Arbeit Einwände geltend gemacht werden, da die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung beteiligungsorientierter Konzepte und Modelle, wie sie durch die Fachdiskussion begründet wurde, durch die Modelle nicht eingelöst werden können. Die für den industriellen und gewerblichen Produktionssektor entwickelten Qualitätskonzepte zeichnen sich durch eine nicht beteiligungsorientierte Verhältnisbestimmung insbesondere zu den LeistungsabnehmerInnen – trotz der proklamierten Kundenorientierung – aus, indem sie einer binnenorganisatorischen Logik verhaftet bleiben (vgl. Pollitt/Bouckaert 1995). Neben Personalentwicklungsmaßnahmen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen, die in erster Linie Methoden des ›Lean Management‹ entlehnt sind, setzen diese Modelle ausschließlich auf die Kundenzufriedenheit als nachfrageorientierte Qualitätsdimension, was für pädagogische Prozesse als nicht hinreichend eingestuft wird. Zudem bleiben Mitwirkungsmöglichkeiten von Nachfragenden beschränkt auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage, das der Forderung nach ihrer aktiven Beteiligung am Leistungserstellungsprozeß gerade auch für die Entwicklung einer geschlechterbezogenen Perspektive in den sozialen Diensten nicht gerecht wird.

Implementationschancen

Um das Gender Mainstreaming als umfassende Strategie einer Sensibilisierung und Stärkung der geschlechterbewußten Arbeit in den sozialen Diensten zu verankern, erweisen sich Qualitätssicherungsmodelle als hilfreich. Allerdings ist der Boden in den sozialen Diensten hierfür nur bedingt bestellt. Vielmehr zeigen die empirischen Untersuchungen, daß in den sozialen Diensten oftmals die Voraussetzungen fehlen, um eine geschlechterdemokratische Soziale Arbeit tatsächlich leisten zu können. Hier könnte entsprechend der Wert und Nutzen von Strategien der Organisations- und Personalentwicklung in den sozialen Diensten liegen, in die dann auch die Entwicklung von »Gender-Kompetenzen« eingebettet wären. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein Setting für die Profession, das es ihr erlaubt, den neuen Anforderungen kreativ und undogmatisch zu begegnen: Gender Mainstreaming in diesem Sinne ist erst einmal eine Führungsaufgabe. Ohne den Boden für eine kon-

struktive Mitarbeit der Profession bestellt zu haben, müssen die Modelle gleich welcher Provenienz ins Leere laufen. Von daher ist zu erwarten, daß sich zukünftig verstärkt auch in den sozialen Diensten an den Ideen der »Lernenden Organisation« (vgl. Senge 1990; Sattelberger 1996) orientiert wird: »Das ist die Grundbedeutung einer ›lernenden Organisation‹ – es ist eine Organisation, die kontinuierlich die Fähigkeit ausweitet, ihre eigene Zukunft schöpferisch zu gestalten. Eine solche Organisation gibt sich nicht damit zufrieden, einfach zu überleben. ›Überlebens-training‹, häufig auch als ›adaptives Lernen‹ bezeichnet, ist wichtig und sogar notwendig. Aber bei einer lernenden Organisation muß sich zu diesem adaptiven ein schöpferisches Lernen hinzufügen, ein Lernen, das unsere kreative Kraft fördert« (Senge 1990, S. 24). Von diesem durchaus metaphorisch gemeinten Anspruch scheint die Soziale Arbeit allerdings noch ein gutes Stück entfernt zu sein. Ihre Debatten sind noch eher zwischen vorauseilendem Gehorsam und Abwehrschlachten zu verorten, wodurch letztendlich viele Energien absorbiert werden. Festgehalten werden kann in diesem Zusammenhang erst einmal, daß das Management von Organisations- und Personalentwicklungserfordernissen in den sozialen Diensten, das es professionell zu gestalten gilt, durch das Gender Mainstreaming um eine bislang vernachlässigte Perspektive erweitert wird.

Literatur

- Allemeyer, J. (1995): Soziale Einrichtungen im Umbruch. Zukunftssicherung durch Qualität, Effektivität und Innovation. In: Handbuch Sozialmanagement. Teil A.2.1. Wiesbaden: S. 1-18
- Bewyl, W. (1998): Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt (Hg.), Jugendhilfe Report 1/1998, S. 3-7
- Bobzien, M./Stark, W./Straus, F. (1996): Qualitätsmanagement. Alling
- Donabedian, A. (1982): The Criteria and Standards of Quality. Vol. II. Explorations in Quality Assessment and Monitoring. Ann Arbor
- Drabner, C./Pawelleck, Th. (1997): Qualitätsmanagement in sozialen Einrichtungen am Beispiel der Jugendhilfe. Freiburg i.Br.
- Merchel, J. (Hg.) (1998): Qualität in der Jugendhilfe. Kriterien und Bewertungsmöglichkeiten. Münster
- Pollitt, Ch. (1998): Improving the Quality of Social Services: New Opportunities for Participation? In: Flösser, G./Otto, H.-U. (Hg.), Towards More Democracy in Social Services. Berlin/New York, S. 339-356
- Pollitt, Ch./Bouckaert, G. (1995): Defining Quality. In: Pollitt, Ch./Bouckaert, G. (Hg.), Quality Improvement in European Public Services. Concepts, Cases and Commentary. London/Thousand Oaks/ New Delhi, S. 3-19

- Rauschenbach, Th. (1992): Soziale Arbeit und soziales Risiko. In: Rauschenbach, Th./Gängler, H. (Hg.), Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft. Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 25-60
- Reiss, H.-Ch. (1995): Qualitätssicherung in Sozialen Diensten als Controllingproblem. In: Badelt, Ch. (Hg.), Qualitätssicherung in den Sozialen Diensten. Beiträge zur Interdisziplinären Fachtagung Januar 1995, Krems, S. 59-90
- Sattelberger, Th. (1996): Die lernende Organisation. Konzepte für eine neue Qualität der Unternehmensentwicklung. Wiesbaden
- Senge, P.M. (1990): Die fünfte Disziplin. Stuttgart

Lotte Rose

Überlegungen zur Verankerung der Kategorie Gender im Mainstream einer sozialräumlichen Jugendhilfe

Sozialraumorientierung gehört gegenwärtig zu einer der zentralen fachlichen Leitlinien zur Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe. Auf den Weg gebracht durch den 8. Jugendbericht (BMJFFG 1990), versammeln sich in ihr Ideen, die die sozialpädagogische Geschichte durchaus schon länger bewegen. Was zu anderen Zeiten unter den Begriffen der Gemeinwesenarbeit, des sozialökologischen Ansatzes, der Stadtteilorientierung und Lebensweltorientierung propagiert wurde, hat zahlreiche Parallelen zu dem neuen Begriff (Wolff 2000, S. 6 ff.). Daß er entstand, läßt vermuten, daß das Bezeichnete aktuell eine besondere Brisanz hat und daß sich mit ihm besondere Hoffnungen auf einen Qualitätssprung verbinden.

So vielbenutzt der Begriff der Sozialraumorientierung ist, so diffus ist er doch gleichzeitig. In den verschiedenen Jugendhilfefeldern löst er spezifisch Eigenes aus. Derzeit sind es vor allem die Erziehungshilfen, in denen er unter dem Label »Flexibilisierung und Integrierung von Hilfen« für entscheidende paradigmatische Umbrüche sorgt – vor allem auch deshalb, weil neue Finanzierungsmodelle damit einhergehen wie auch der Grundsatz der Betroffenenpartizipation radikalisiert wird (Koch 1999, S. 37). Parallel gibt es in der Jugendarbeit ein längere Geschichte zur Sozialräumlichkeit, die aber stärker durch die Idee der Raumeignung als bedeutungsvoller jugendkultureller Verselbständigungspraxis geprägt ist (Böhnisch/Münchmaier 1990, Deinet 1999, Schumann 1994). In der Tagesbetreuung fokussiert die Sozialraumorientierung – wenn auch noch spärlich – den Gedanken der Öffnung der Kindergärten und Horte hin zur Nachbarschaft, zum Stadtteil und seinen Institutionen (BMJFFG 1990, S. 102). Bei allen Unterschieden läßt sich dennoch ein gemeinsamer Nenner ausmachen:

- Da ist zunächst die Grundidee, daß biografische Probleme im Sozialraum an der Schnittstelle zwischen Verhältnissen und Individuum entstehen. Es ist eine Kritik an isolierenden, defizitorientierten, individualisierenden und therapeutisierenden Sichtweisen in der sozialen Arbeit und ein Plädoyer für eine stärkere Hinwen-

derung zu den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen als den vorgegebenen Rahmenbedingungen, die von den Individuen bewältigt werden müssen, was ihnen mehr oder weniger gut gelingt.

- Was die Interventionen betrifft, lenkt die Sozialraumorientierung zwangsläufig – aber nicht ausschließlich – den Blick auf die Gestaltung der Lebensverhältnisse im Sinne des Mottos »Vom Fall zum Feld« (Hinte u. a. 1999). Weil davon ausgegangen wird, daß biografische Ausgrenzungsrisiken sich in widrigen Lebensverhältnissen erhöhen, muß Jugendhilfe sich darum bemühen, diese Widrigkeiten abzupuffern und die Chance der erfolgreichen Bewältigung zu erhöhen. Sozialräume sind so zu inszenieren, »daß sie tragfähig und belastbar sind, damit in den Räumen sich anbahnende Schwierigkeiten aufgefangen werden können und in Krisensituationen und Konflikteskalationen Ressourcen verfügbar sind« (Hamberger 2000, S. 22).
- Damit einher geht in Konsequenz die Radikalisierung des Grundsatzes der Dienstleistungsorientierung. Jugendhilfe muß sich elementar an den Bewältigungsaufgaben und Bewältigungsleistungen von Jugendlichen ausrichten. Sie muß sich bestimmen »von den AdressatInnen, von ihren Erfahrungen, von ihrem Verständnis, von ihren Stärken und Belastungen in der Lebenswelt« (Thiersch 1999, S. 18). Die Perspektive der Betroffenen wird zum Mittelpunkt der Jugendhilfepraxis. Dies verweist auf die Betroffenenpartizipation als weiteren Grundsatz.
- Sozialraum- und AdressatInnenorientierung schließt die Notwendigkeit permanenter kritischer Überprüfung der Jugendhilfepraxis und Veränderungsbereitschaft ein. Es bedeutet, daß das Passen der Praxis »nicht einfach als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf, sondern dass wir uns in unserem gewachsenen Angebot selbst hinterfragen müssen« (Hamberger 2000, S. 24) Wie die Dienste und Leistungen passen können, muß auf dem Hintergrund der Gegebenheiten im Sozialraum im einzelnen immer wieder neu durchdekliniert werden.
- Sozialraumorientierung läßt sich begreifen als Ausgleichsbewegung zu den Spezialisierungs- und Ausdifferenzierungsprozessen in der Jugendhilfe, die eine Palette von spezifischen, selektiven Einrichtungen mit Eigengesetzlichkeiten, eigener Professionalität und eigenen institutionellen Abschottungen hervorgebracht haben. In der Folge wird es immer diffiziler, die jeweiligen Leistungen sinnvoll aufeinander abzustimmen. Es wächst das Risiko, daß einzelne durch die Maschen der »versäulten« Hilfen fallen, weil die jeweils vorhandenen Hilfeangebote im Zweifelsfall nicht zuständig sind (Peters 1999, S. 162). Sozialraumorientie-

rung fordert stattdessen dazu heraus, Jugendhilfe wieder stärker »als in sich zusammenhängende Aufgabe, als Einheit zu praktizieren« (BMJFFG 1990, S. 81), Vernetzungen zu kultivieren, um die entstandenen Lücken zwischen den Leistungsbereichen und konkreten Institutionen zu schließen. Voraussetzung hierzu ist eine tragfähige Kommunikations- und Kooperationskultur.

Wie ist nun die Geschlechterfrage in die Sozialraumdebatte eingebunden? Ein Blick auf existierende Literatur zeigt eine Leerstelle. Es gibt noch keine systematische Auseinandersetzung dazu, wie die Sozialraumorientierung geschlechtergerecht zu qualifizieren ist¹ – sieht man von knappen Verweisen auf die Beschränktheit der weiblichen Sozialräume² oder von einzelnen isolierten Frauenforschungsbeiträgen in den Publikationen zur Sozialraumorientierung ab (Bitzan 1998). Eher noch finden sich in der Mädchenarbeit zahlreiche Vorstöße, Prinzipien der Sozialraumorientierung umzusetzen, auch wenn diese Begrifflichkeiten nicht unbedingt explizit benutzt werden.³ Gemeinsam ist ihnen jedoch, Lebenswelten und Bewältigungsleistungen von Mädchen möglichst konkret sichtbar zu machen. Dennoch sind diese Entwicklungen bisher nicht eingeflossen in den Diskurs der sozialräumlichen Jugendhilfe. Im Prinzip bietet die Sozialraumdebatte jedoch optimale Anschlußmöglichkeiten für die Gender-Kategorie, wenn es dort heißt, konkrete Lebenswelten – und eben nicht normative Prinzipien, institutionelle Traditionen, klischeehafte und pauschalisierende Annahmen zu Zielgruppen – zum Ausgangspunkt der Jugendhilfepraxis zu machen – Lebenswelten also, in denen soziale Ungleichheiten verschiedenster Art, und dazu hören auch geschlechtsspezifische, ihre Spuren hinterlassen. Doch die offene Frage ist: In welcher Weise kann die Kategorie Gender erfolgreich und gewinnbringend in den *Mainstream* einer sozialräumlichen Jugendhilfe eingebaut werden? Denn dieses gelang bisher offensichtlich nicht. Hierzu sollen im folgenden Überlegungen angestellt werden.

¹ Eine seltene Ausnahme stellt die Regionalanalyse zur Berufsfindung von Mädchen und Jungen dar, die der Frage nachgegangen ist, inwieweit der Sozialraum mit seinen Ausbildungsressourcen die Berufsverläufe von Jugendlichen »einspart« (Stauber/Walther 1995).

² Z. B. bei Hamberger 2000, S. 26; Deinet 1999, S. 64 ff.

³ Zu nennen sind beispielsweise – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Studie zur Lebenssituation von Mädchen und Frauen in sozialen Brennpunkten (Bitzan/Klöck 1993), die gemeinwesenorientierte Mädchenarbeit im Berliner Mädchentreff Ma Donna (Heinemann 2000), die Untersuchungen zur öffentlichen Raumanneignung von Mädchen und die Praxisansätze zur mädchengerechten Stadtplanung (Flade/Kustor 1996, Schön 1999) wie auch die intensiven Auseinandersetzungen zur Betroffenenpartizipation mit Mädchen (Abschlußbericht 1995, Bitzan 1996).

Sozialräumlichkeit als Qualitätsstandard erfordert zunächst einmal »sozialräumliche Kundigkeit« (Böhnisch/Münchmaier 1990, S. 110). Dies meint mehr als den Besitz von vielfältigen Informationen zu Lebensgeschichten, materieller und sozialer Infrastruktur im Stadtteil, auch wenn dies eine unerläßliche und wertvolle Basis darstellt. Noch unzureichend sind diese Informationen aufgrund ihrer relativen Zufälligkeit, Ungeordnetheit und Unreflektiertheit. Entscheidend ist von daher die Systematisierung dieses Alltagswissens wie die gezielte Erweiterung. »Gefordert ist eine Form der Beobachtung, Erkundung und Analyse des Sozialraums, welche über die Ebene des bloßen Alltagswissens hinausgeht, welche aber ... die Fehlerquellen einer wissenschaftlichen Analyse vermeidet, welche nur aus größerer Distanz heraus die Strukturen eines Sozialraums beschreiben kann« (Schumann 1995, S. 212). Sozialräumliche Kundigkeit meint von daher auch anderes als verallgemeinertes sozialwissenschaftliches Empiriewissen. Damit sind die »großen« repräsentativen Lebensweltstudien nicht nutzlos, aber ihr Makroblick produziert seine eigenen Schwächen: die fehlende Präzision im Mikrosystem. Diese ist aber notwendig, wenn es um die Gestaltung einer lebensweltadäquaten sozialen Infrastruktur geht. »Die Lebenswirklichkeit Jugendlicher vollzieht sich ... als eine lokal situierte Praxis. Deshalb kann aus den Ergebnissen quantitativer und qualitativer Jugendforschung ... nicht gradlinig abgeleitet werden, was die relevanten Erfahrungen, Bedürfnisse, Interessen, Deutungs- und Handlungsmuster usw. der konkreten Jugendlichen vor Ort sind« (Scherr 2000, S. 244). Biographieverläufe sind nicht sozialdeterministischer Abguß der Verhältnisse, sondern Ergebnis der subjektiven Verarbeitung der kulturellen Vorgaben eines spezifischen Raums, die variantenreich sein kann. Was die Gender-Qualifizierung betrifft, zeichnet sich damit eine besondere Herausforderung ab, nämlich die, Lebenswelten als Mädchen- und Jungenwelten zu erkunden und zu begreifen, ohne den Blick von den bereits vorhandenen Gender-Wissensbeständen leiten zu lassen – zumindest nicht zu sehr. Die Gefahr hierzu ist tatsächlich groß, gerade weil der Fundus an empirischen Befunden und theoretischen Analysen zu den weiblichen und männlichen Lebenswelten dank einer intensiven Mädchen-, Frauen- und Geschlechterforschung inzwischen umfangreich ist und viele Erkenntnisse zum alltagstheoretischen Allgemeingut geworden sind.

So findet sich beispielsweise bei den Überlegungen von Ulrich Deinet zur sozialräumlichen Jugendarbeit der Hinweis auf die geringe Präsenz der Mädchen im öffentlichen Raum unter Bezug auf verschiedene Studien zur entsprechenden Thematik (1999, S. 64). So bemerkenswert dieser Hinweis ist, so verdeutlicht er doch gleichzeitig eine tieferliegende Problematik. Hier hat sich offenbar ein Bild zur Mädchenwelt unter der Hand zu einem empirischen Faktum verewigt, das nun unentwegt weitertransportiert wird⁴ und zur Leitfigur in der Diskussion um Mädchenräu-

me wird, bei der »alles klar ist«. Es ist »klar«, wie Mädchen leben, und es ist ebenso »klar«, daß es nicht gut ist, wie sie – in diesem Fall »kleinräumig« – leben. Dabei fußt dieses Bildes letztlich auf überalterten Daten und Tendenz- und Mittelwertaussagen, die schleichend verabsolutiert werden. So kann dann aus der Formulierung »Mädchen haben im Durchschnitt einen kleineren Bewegungsraum als Jungen« (Flade/Kustor 1996, S. 19) im Laufe unzähliger »gebetsmühlenartiger« Zitierungen die vermeintliche Erkenntnis entstehen: *Alle* Mädchen bewegen sich *immer* und *überall* kleinräumig. Differenzierungen, Abweichungen, Veränderungen sind damit verschwunden – ein Prozeß, der weniger mit fehlender wissenschaftlicher Seriosität zu tun hat als mit dem psychischen und letztlich wissenschaftlich getragenen Entlastungsmechanismus, Realität zu reduzieren und zu vereinfachen.

Sozialräumliche Kundigkeit erfordert von daher einen vorsichtigen Umgang mit den Befunden der repräsentativen Studien. Sie können anregende Wegweiser sein. Doch: Was der Makroblick zutage gefördert hat, muß nicht im Mikrosystem zutreffen, weil hier aufgrund der lokalspezifischen Rahmungen besondere individuelle und kollektive Phänomene entstehen können, die in den Mittelwertberechnungen und Verallgemeinerungen zwangsläufig untergehen.⁵ Selbst wenn die Kleinräumigkeit des Mädchenlebens als allgemeine Tendenz zutreffend sein mag, kann das Bild in einzelnen Regionen ganz anders aussehen. Dazu kommt: Die Groß-Produktion empirischen Wissens von der Erhebung bis zur Veröffentlichung und Rezeption ist langsam – ein Manko, das in einer schnellebigen Zeit dazu führt, daß das Wissen, wenn es bei den AbnehmerInnen angekommen ist, schon längst veraltet sein kann.⁶ Damit tut sich ein Spannungsfeld für eine geschlechtsbewußte Sozialraumanalyse auf: Sie ist einerseits undenkbar ohne das reichhaltige Wissen zu den geschlechtsspezifischen Lebenswelten, ist durch dieses schließlich erst hervorgebracht worden, und muß doch andererseits sich permanent auf kritische Distanz zu diesem halten. Sie muß die Flexibilität zeigen, auch ganz »anderes«, Unerwartetes, Sperriges, Irritierendes aufnehmen zu können, ohne es gleich zu entschärfen, indem es in die

⁴ So zu sehen z. B. bei Hamberger (2000, S. 26) oder im Handbuch "Mädchen stärken – Burschen fördern" (1999, 16)

⁵ Als Beispiele sei hier auf die regionale Studie von Stegbauer u. a. (1998) zur jugendlichen Freizeitsituation in einer Stadt und auf die von Schön (1999) zum räumlichen Aneignungsverhalten von Mädchen in einer Stadt verwiesen, die beide eine Reihe von Ergebnissen hervorbrachten, die von den gängigen Aussagen zur Geschlechtersozialisation abweichen.

⁶ Dies trifft wohl derzeit am deutlichsten auf Befunde zur Medialisierung der Lebenswelten zu, die bei ihrer Veröffentlichung in der Regel schon längst durch die realen Entwicklungen überholt worden sind.

existierenden Routineraster eingefügt wird. Sie muß in der Lage sein, soziale Veränderungen aufzunehmen, sich immer wieder von einmal gewonnenen »Wahrheiten« zu verabschieden,⁷ mehr noch: Sie muß die unentwegten Veränderungen auch konzeptionell reflektieren, die Angebotsinfrastruktur der Jugendhilfe immer wieder neu zielgruppenpassend zuschneiden. Hier kann Jugendhilfe sich einiges beim Konsummarkt »abgucken«, der in direkterer und vorbehaltloserer Weise Lebensweltveränderungen zügig mit neuen Produktangeboten beantwortet. Eine geschlechtsbewußte Jugendhilfe tut sich hiermit noch sehr viel schwerer. So läßt sich bei den durch verschiedenen Angriffe (Bohn 1996, Meyer/Seidenspinner 1999) ausgelösten jüngsten Auseinandersetzungen beobachten, daß trotz mancher Relativierungen alter Fachstandards doch immer wieder auf der Notwendigkeit geschlechtshomogener Arbeit bestanden wird, als wenn die Vorstellung, daß Jugendhilfe Mädchen und Jungen auch auf andere Weise gerecht werden könnte, bedrohlich wirkt.

Zu dieser Anpassungsfähigkeit gehört in letzter Konsequenz dann auch, die Basis des geschlechtsspezifischen Blicks selbst in Frage stellen zu lassen: die dichotome Kategorie des Geschlechts. »Wir müssen wissen, daß die Instrumente, die wir zum Denken verwenden, mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sozial konstruiert sind ... Das ist der Grund, warum die Sozialwissenschaften so schwierig sind«, sagt Pierre Bourdieu (1997, S. 221), und er weist uns damit auf die prinzipielle Vorläufigkeit und Endlichkeit von Begrifflichkeiten in Abhängigkeit von historischen Konstellationen hin. Dies auch für die dichotome Geschlechterkategorie zuzulassen, mag zwar zunächst einmal als ungeheure Zumutung erscheinen, da ihre Durchsetzung noch so jung ist. Doch alle sozialen Differenzvariablen, die die Sozialwissenschaften hervorgebracht haben, sind begriffliche Reduktionen der Realität, die durch diese Realität selbst und ihre Wandlungsdynamiken immer wieder auf dem Prüfstand stehen.

Dies gilt einmal mehr in einer Zeit, für die eine enorme Veränderungsgeschwindigkeit diagnostiziert wird. Wo Individualisierung, Pluralisierung, Mobilisierung, Medialisierung, Arbeitsmarktentwicklungen und Globalisierung Verhältnisse nicht mehr nur in der Generationenabfolge, sondern mittlerweile schon innerhalb einer einzelnen Generation umwälzen, können althergebrachte Klassifikationsbegriffe kaum unverändert überdauern. Dies gilt auch für eine Kategorie wie Geschlecht, auch

⁷ Wie schnell Bilder zu Zielgruppen zu klischeehaften "Wahrheiten" erstarren, problematisieren Neubauer/Winter (2001) am Beispiel des Diskurses zur Jungensexualität, der Jungen beziehungsmaßige und kommunikative Inkompetenz und fehlenden körperlichen Selbstbezug bescheinigt.

wenn uns hier biologische Fakten als unumstößlich-ewige, also unhistorische Grundlage des Differenzbegriffs erscheinen. Was wir bei der Entwicklung des marxistischen Klassenbegriffs bereits erlebt haben, nämlich daß er von den Arbeitsmarktentwicklungen überrollt wurde, was wir derzeit im Umgang mit dem Begriff der ethnischen Differenz erleben können, nämlich die große Verunsicherung, welches denn nun die Zuordnungskriterien sind, welche Bezeichnungen zu verwenden sind, das Unbehagen, vereinheitlichende Kategorien zu benutzen, die zahlreiche andere relevante Differenzen unterschlagen – ähnliches müßte für die Gender-Kategorie stattfinden.

So plädiert Corinna Voigt-Kehlenbeck zu Recht für einen offenen Blick jenseits der dichotomisierenden Raster in der Geschlechterpädagogik, der Unterstützungsbedarfe »nicht mehr allgemein und damit nicht mehr ausschließlich über das Geschlecht (also über Termini wie *Mädchen brauchen, Jungen brauchen* ...) begründet« (2001, S. 17). Dies »erfordert auch eine Auseinandersetzung mit sich möglicherweise quer ... zur Zweigeschlechtlichkeit entwickelnden Jugendkulturen« (S. 16). Damit ist nicht nur auf aktuelle soziale Phänomene des Undoing-Gender verwiesen, die den gewohnten stabilen Geschlechterbegriff fragwürdig werden lassen, sondern es ist auch eine überaus anspruchsvolle Aufgabe umrissen: unter Nutzung der dichotomisierten Geschlechterkategorie gleichzeitig ihre Ausdifferenzierung bis zur Dekonstruktion zu erfassen. Dies unterstellt keineswegs, daß wir tatsächlich in einer Gesellschaft leben, in der Geschlecht als biografische Bezugsgröße völlig bedeutungslos wird, sondern es verweist nur auf das komplizierte und miteinander verwickelte Nebeneinander von Präsenz und Nicht-Präsenz dieser Bezugsgröße. Neben der Diffusion von Geschlechternormalitäten finden gleichzeitig Prozesse der Konstruktion und Reproduktion von Geschlechterdifferenzen statt. Diese Widersprüchlichkeit durchzieht die Gesellschaft wie die Individuen.

Anspruchsvoll erscheint die von Voigt-Kehlenbeck angedeutete Aufgabe auch deshalb, weil hier gegenläufige historische Diskursentwicklungen zusammentreffen. Einerseits ist in der Jugendhilfe der Prozeß noch in vollem Gange, daß der dichotome geschlechtsspezifische Differenzbegriff erst alltäglich wird. Es geht immer noch darum, im Mainstream der Jugendhilfe – in ihrer Theorie, ihrer Praxis und ihrer Politik – Kinder und Jugendliche überhaupt sprachlich zu vergeschlechtlichen – ein Prozeß, der dazu noch für Mädchen und Jungen zeitlich versetzt verläuft. Während Mädchen früher vergeschlechtlicht wurden, beginnt dieses für die Jungen erst jetzt. Angesichts dessen erscheint es geradezu aberwitzig, diesen dichotomen Geschlechterbegriff nun schon wieder zu flexibilisieren. Es ist die Ungleichzeitigkeit von Diskursentwicklungen in den unterschiedlichen Fach- und Politikulturen, die hier zu

Verquerungen führt, die kaum lösbar erscheinen. Wie kann es sinnvoll sein, die Geschlechterkategorie zu öffnen, wo sie doch noch gar nicht durchgängig zum Standard geworden ist? Wie verhält man sich gender-fachlich adäquat in diesem widersprüchlichen Feld?

In direkter Verbindung zu diesen verwirrenden Fragen wirft die geschlechtsbewußte sozialräumliche Jugendhilfe methodische Fragen auf: Auf welche Art sind überhaupt angemessene Kenntnisse zum Sozialraum zu erschließen? Solche Debatten sind in der Wissenschaftsgeschichte letztlich nicht neu. Eine besondere Kniffligkeit erhalten sie dort, wo es weniger um die Erfassung von materiellen Realitäten, sondern die subjektiver Realitäten geht. Dies betrifft ganz direkt die sozialräumliche Jugendhilfe, denn: Wo die AdressatInnen- und Dienstleistungsorientierung zur Handlungsmaxime erhoben wurde, müssen Wege der Betroffenenpartizipation gefunden werden, die es erlauben, Subjektives zum Ausdruck zu bringen. Gerade auch in der Frauen- und Geschlechterforschung spielten diese Überlegungen von Beginn an eine große Rolle, weil es hier immer darum ging, Realitäten sichtbar zu machen, die das dominante akademische Instrumentarium erfolgreich unsichtbar gehalten hatte. Die Propagierung qualitativer Verfahren, die Forderung der Verschränkung von wissenschaftlichem Subjekt und Objekt in der feministischen Methodologiedebatte waren und sind Versuche, dem Ausgegrenzten auf die Spur zu kommen.

Die Forschungsgruppe um das Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung hat in diesem Zusammenhang den Begriff des weiblichen Verdeckungszusammenhangs geprägt. Dieser meint: Das Muster männlicher Lebenswelt wird zum Normalen erhoben, angesichts dessen weibliche Lebensrealitäten immer das Besondere, das Abweichende, aber auch das gesellschaftlich Entwertete, Nicht-Bedeutungsvolle, das Privatisierte und Sprachlose darstellen (Funk u. a. 1993). Das methodische Handwerkszeug muß von daher in der Lage sein, Verdeckungszusammenhänge aufzudecken, und es wurde mittlerweile eine Reihe von Leitlinien entwickelt, die dieses sicherstellen sollen (Bitzan 2000, Tübinger Institut 1999). Zentral ist dabei das Bestreben, Formen zu entfalten, in denen die Betroffenen sich selbst »aufdeckend« artikulieren können, d. h. sie müssen die Möglichkeit haben, nicht nur Normalitätsbestätigendes von sich zu präsentieren, sondern die hinter diesen Vordergründigkeiten liegenden Konflikte und Ambivalenzen zur Sprache zu bringen. Förderlich ist hierzu ein Raum, in dem die Beteiligten von den Zwängen der Repräsentation des Geschlechts befreit sind und Wertschätzung erfahren, Methodenvielfalt – also nicht nur verbalisierende Verfahren – und ein intensiver Dialog zwischen Forscherin und den Befragten, um nicht vorschnellen Deutungen aufzusitzen, son-

dern den biografischen Sinnzusammenhängen möglichst nah zu kommen. Bei der Dateninterpretation ist zudem ein Forschungskollektiv als kritisches Korrektiv unerlässlich. In neueren Publikationen zeichnet sich mittlerweile ab, daß Verdeckungszusammenhänge nicht mehr unbedingt weiblichkeitsexklusiv sind, sondern sich ebenso in männliche Lebenswelten finden lassen (Böhnisch 2001), was in der Konsequenz bedeuten würde, die Leitlinien feministischer Sozialforschung ebenso auf die Untersuchung männlicher Lebenswelten anzuwenden.

So bedeutsam diese Leitlinien als Marker sind, die uns immer wieder mit dem Dilemma konfrontieren, daß es eine grundsätzliche Spannung zwischen biografischer Fremddeutung und Selbstdeutung gibt, stellt sich doch die Frage, ob diese Leitlinien so verabsolutiert werden müssen, wie es bei den Protagonistinnen leicht den Anschein hat. Der Grundsatz des Aufdeckens unterstellt, daß all das Vordergründige per se als lebensweltliche Informationsquelle unbrauchbar ist, weil es Konfliktverdeckungen transportiert und bestehende Verhältnisse absichert. Hier wird eine qualitative Zweiteilung von Lebensäußerungen vorgenommen, die eigentümlich anmutet. Es wird auch der Eindruck erweckt, daß vor allem Mädchen keine Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten haben und ihnen erst gezielt ein Setting – dies ist dann oftmals ein geschlechtshomogenes – hierfür geschaffen werden muß. Dazu kommt das Bild, daß biografische Konfliktpotentiale und Belastungen grundsätzlich erst in aufwendigen dialogischen Verfahren zugänglich werden.

Doch ist das Vordergründige nicht auch aufschlußreich? Wann fängt das Hintergründige an? Und ist unser Alltag nicht voll von Artikulationen und symbolischen Repräsentationen von Mädchen? Wir müssen nur hinschauen, was sie machen, was sie nicht machen, womit sie sich vergnügen, welche Musik sie hören, was sie lesen, in welchen virtuellen Welten sie sich bewegen, was sie kaufen, wie sie sich kleiden, herrichten und inszenieren. Und zu guter Letzt: Können wir tatsächlich subjektive Realitäten *nur* in Zusammenarbeit mit den Betroffenen erschließen? Haben wir nicht ebenso die Möglichkeit, uns über Empathie und die Fähigkeit zur multikulturellen Perspektivenverschränkung (Schmauch 2000) fremde Lebenswelten zugänglich zu machen? Ist möglicherweise für das Fremdverstehen die intensive Auseinandersetzung mit den anderen nicht allein entscheidend, sondern vielmehr die Bereitschaft und Kompetenz, sich in die Welt der anderen vorbehaltlos hineinzu-begeben und einzufühlen, die eigenen Imaginationskräfte zu nutzen, um die fremden individuellen und kollektiven Praxen als Bewältigungsleistungen zu begreifen, die ihre eigene »Richtigkeit« und »Sinnhaftigkeit« bergen? Dies setzt jedoch voraus, sich von der eigenen Lebenswelt distanzieren zu können, ohne in der eigenen Identität damit bedroht zu werden.

Diese Überlegungen verweisen auf die Ethnografie als methodische Orientierung (Friebertshäuser 2001) in einer sozialraumorientierten Jugendhilfe. Michael Schumann hat diese Verknüpfung herausgearbeitet. Er plädiert für eine ethnographische Arbeitsweise, »da sie brauchbares Praxiswissen schafft, welches im Vergleich zu sozialwissenschaftlichen Analysen nah genug an Alltag und Lebenswelt ist und welches im Vergleich zum bloßen Alltagswissen genügend analytisch ist« (1995, S. 212). Dazu kommt für ihn als Gewinn die der Ethnografie immanente maximale Offenheitsforderung, »nicht nur gegenüber dem Untersuchungsfeld, sondern erst recht auch gegenüber den eigenen Einstellungen und normativen Wertungen« (Schumann 1995, 212). Zum Einsatz kommt eine vielseitige Palette von Verfahren, die allesamt spezifisch Eigenes leisten und sich wechselseitig ergänzen (Schumann 1994, S. 465). Typologisch lassen sich grob unterscheiden: Umfelderkundung (Sozialstatistik, Archivistudium, Bildanalysen, Verbraucheranalysen, Experteninterviews, Inventarisierung und Lokalisierung der soziokulturellen Infrastruktur ...), subjektorientierte Lebenswelterkundung (teilnehmende Beobachtung, subjektive Landkarte, narrative Interviews und Gruppengespräche ...).

Es spricht einiges dafür, sich zur Entwicklung »sozialräumlicher Kundigkeit« ethnographischer Methoden zu bedienen, auch oder gerade dann, wenn es um ihre geschlechtsbewußte Qualifizierung geht. Denn bezeichnenderweise hat diese Fachdisziplin eindrucksvolle Porträts zu Geschlechterkulturen hervorgebracht,⁸ und dies ohne den angestregten und ideologiebehafteten Duktus moderner Frauen- und Geschlechterforschung, sondern *nur*, indem sie mit dem Grundsatz des präzisen Hinschauens und Sich-hinein-Begebens konsequent ernst gemacht hat. Während moderne Geschlechterforschung Wissen zu den Geschlechterwelten zutage fördern will durch den gezielten, parteilichen, geschlechtsspezifischen Blick, verläuft der ethnographische Prozeß zur Produktion geschlechtsspezifischen Wissens eher andersherum: Das Bestreben nach kultureller Nähe erzeugt es aus sich heraus zwangsläufig. Diese spezifische Dynamik läßt die Ethnografie gerade dann zu einer passenden Methode werden, wenn Gender Mainstreaming befördert werden soll. Ihre ideologische Unbelastetheit und Leidenschaftslosigkeit empfiehlt sie um so mehr, als das Geschlechterthema durch langjährige politische Kämpfe emotional und konfrontativ aufgeladen ist – ein Umstand, der ein Gender Mainstreaming erheblich erschwert. Denn in dieser Stimmung bleibt es nicht aus, daß entsprechende Qualifizierungsaufforderungen als Zumutung erlebt werden, die dann »hinten-

⁸ Zu denken wäre hier beispielsweise an die Studien von Margaret Mead bei verschiedenen Südseevölkern aus den 20er und 30er Jahren (1979).

herum« boykottiert werden. Erfolgreiches Gender Mainstreaming ist von daher direkt daran gekoppelt, inwieweit es gelingt, das Thema zu entemotionalisieren und zu entideologisieren. Und ein ethnographisches professionelles Selbstverständnis kann hier möglicherweise eine gute Hilfe sein, weil dieser Fachdiskurs ein neutralisierter ist, was die Geschlechterfrage betrifft. Im Grunde genommen liegen ethnographische und feministische Sozialforschungsmethoden nicht weit auseinander. Doch der entscheidende Unterschied liegt in ihrer verschiedenartigen diskursiven Einbettung. Vielleicht macht eine neutralisierte Ethnografie es den Jugendhilfefachkräften tatsächlich leichter, eine sozialräumliche Kundigkeit zu entwickeln, die dann quasi »automatisch« geschlechtsbewußt ist? Mit ihr wäre es keine Frage der Gesinnung mehr, geschlechtsbewußt zu schauen, und es wäre auch nicht mehr unbedingt spezielle Aufgabe der geschlechtergleichen Fachkräfte, sich der Zielgruppen des gleichen Geschlechts parteilich anzunehmen – eine Forderung, die in der Mädchen- und Jungenarbeit immer wieder zu hören ist.

Und noch etwas könnte auf diese Weise gewonnen werden: ein entdramatisierter Blick auf Geschlechterverhältnisse, der es möglich macht, Erscheinungen nicht unentwegt als Ausdruck von bedenklichen Geschlechterhierarchien und Problematiken, sondern kontextabhängiger und subjektbezogener zu deuten. Dies könnte dann zur Folge haben, Praxen von Heranwachsenden, die auf den ersten Blick Geschlechterdiskriminierungen transportieren, auf den zweiten Blick auch als Rituale zu begreifen, die für alle Beteiligten ihre Stimmigkeit haben können.⁹ »Eine Perspektive von außen, die für solche Szenen nach den Dominanzen eines Geschlechts fragt, muss ... Ambivalenzen verfehlen. Und auch eine anwaltschaftliche Perspektive, die beansprucht, aus der Sicht von Jungen oder aus der Sicht von Mädchen zu blicken, nimmt die Aktivitäten ›ernster‹, als es die Akteure selbst es tun« (Kelle 1999, S. 44).

Gender Mainstreaming in einer sozialräumlichen Jugendhilfe erweist sich nach alledem als leichtes und gleichzeitig schweres Unterfangen – leicht dann, wenn sozialräumliche Grundsätze im Sinne einer Ethnographisierung, d. h. der Realisierung eines offenen, entnormierten und perspektivenverschränkenden Blicks sich durchsetzen, schwer dann, wenn am dramatisierenden und dichotomisierenden Gender-Paradigma festgehalten wird.

⁹ Zu erwähnen ist hier die ethnographische Studie zu Schulkindern (Breidenstein, Kelle 1998).

Literatur

- Abschlußbericht des Praxis- und Forschungsprojektes »Mädchen in der Jugendhilfeplanung« (hrsg. vom Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Baden-Württemberg). Stuttgart 1995
- Bitzan, M. (1996): »Mädchen haben was zu sagen – Mädcheninteressen sichtbar machen«. Zu Erhebungsformen und Beteiligung von Mädchen in Planungsprozessen. In: Niedersächsisches Modellprojekt »Mädchen in der Jugendarbeit« (Hg.): Die eigene Stimme wiedergewinnen – Mädchen und Identität. Hannover, S. 67-77
- Bitzan, M. (1998): Zwischen Struktur und Person. In: F. Peters u. a. (Hg.): Integrierte Erziehungshilfen, S. 52-72
- Bitzan, M. (2000): Geschlechtshierarchischer Verdeckungszusammenhang. Überlegungen zur sozialpädagogischen Mädchen- und Frauenforschung. In: D. Lemmermöhle u. a. (Hg.): Lesarten des Geschlechts. Opladen, S. 146-160
- Bitzan, M.; Klöck, T. (1993): »Wer streitet denn mit Aschenputtel?«. Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz. München
- Bohn, I. (1996): Von der mädchengerechten zur integrierten mädchenbewußten Jugendhilfeplanung (hrsg. vom BMFSJ). Stuttgart
- Böhnisch, L.; Münchmaier, R. (1990): Pädagogik des Jugendraums. Weinheim, München
- Böhnisch, L. (2001): Männlichkeiten und Geschlechterbeziehungen. In: M. Brücker u. a. (Hg.): Geschlechterverhältnisse. Weinheim, München, S. 39-118
- Bourdieu, P. (1997): Eine sanfte Gewalt. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margareta Steinrücke. In: I. Dölling, B. Kraus (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt/M., S. 218-230
- Breidenstein, G.; Kelle, H. (1998): Geschlechteralltag in der Schulklasse. Ethnographische Studien zur Gleichaltrigenkultur. Weinheim, München 1998
- BMJFFG (Hg.) (1990): Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Bonn
- Deinet, U. (1999): Sozialräumliche Jugendarbeit. Opladen
- Flade, A.; Kustor, B. (Hg.) (1996): Raus aus dem Haus. Mädchen erobern die Stadt. Frankfurt, New York
- Friebertshäuser, B. (2001): Fremde Lebenswelten verstehen. Ethnographische Feldforschung und Kulturanalysen in der Erziehungswissenschaft (im Druck)
- Funk, H. u. a. (1993): Gegen den alltäglichen Realitätsverlust. Sozialpädagogische Frauenforschung als aktivierende Praxis. In: T. Rauschenbach u. a. (Hg.): Der sozialpädagogische Blick. Lebensweltorientierte Methoden in der Sozialen Arbeit. Weinheim, München, S. 155-174
- Hamberger, M. (2000): Lebensweltorientierte Jugendhilfe und das Arbeitsprinzip der Sozialraumorientierung. In: EREV-Schriftenreihe 41. JG., 1, S. 16-32
- Handbuch »Mädchen stärken – Burschen fördern« (hrsg. von der Magistratsabteilung für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten) (1990). Wien
- Heinemann, G. (2000): Mädchenarbeit im Stadtteil. In: Stiftung SPI, MÄDEA (Hg.): Mädchen in sozialen Brennpunkten. Berlin, S. 193-207
- Hinte, W. u. a. (1999): Soziale Dienste. Vom Fall zum Feld. Berlin
- Koch, J. (1999): Gegen Ausgrenzung und Abschottung – Zielperspektiven integrierter und flexibler Hilfen. In: J. Koch, S. Lenz (Hg.), S. 33-47
- Koch, J.; Lenz, S. (Hg.) (1999): Auf dem Weg zu einer integrierten und sozialräumlichen Kinder- und Jugendhilfe. Frankfurt
- Kelle, H. (1999): Necken, Klauen, Piesacken. Rituelle Inszenierungen des Geschlechterverhältnisses. In: Schüler '99 (hrsg. vom Friedrich Verlag). Seelze, S. 22-44
- Peters, F. (1999): Zur Zukunft integrierter und flexibler Erziehungshilfen. In: J. Koch, S. Lenz (Hg.), S. 159-165
- Mead, M. (1979): Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften (3 Bände). München
- Meyer, D., Seidenspinner, G. (1999): Mädchenarbeit. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel. In: AGJ: 50 Jahre AGJ. Einheit der Jugendhilfe. Bonn, S. 58-71
- Neubauer, G.; Winter, R. (2001): Jungen – Geschlecht – Identität. In: deutsche jugend 49. Jg. Nr. 2, S. 71-75
- Scherr, A. (2000): Subjektivitätsformen Jugendlicher. In: V. King, B. K. Müller (Hg.): Adoleszenz und pädagogische Praxis. Freiburg, S. 233-250
- Schmauch, U. (2000): Nähe, Distanz und Grenzen. Ein Beitrag zur Professionalisierung sozialer Fachkräfte. Frankfurt. Unveröffentlichtes Manuskript
- Schön, E. (1999): »... da nehm' ich meine Rollschuh' und fahr hin...«. Mädchen als Expertinnen ihrer sozialräumlichen Lebenswelt. 1999
- Schumann, M. (1994): Sozialräumliche und biographische Perspektiven in der Jugendarbeit. In: Neue Praxis 5, S. 459-474
- Schumann, M. (1995): Sozialraumanalyse und Ethnographie in der Jugendhilfe und Jugendarbeit? In: deutsche jugend 5, S. 210-216
- Stauber, B.; Walther, A. (1995): Nur Flausen im Kopf?. Berufs- und Lebensentscheidungen von Mädchen und Jungen als Frage regionaler Optionen. Bielefeld
- Stegbauer, C. u. a. (1998): Blinde Flecken traditioneller Jugendhilfe. Eine empirische Studie zur Jugendhilfeplanung. Frankfurt/M.
- Thiersch, H. (1999): Integrierte und flexible Hilfen. In: J. Koch, S. Lenz (Hg.), S. 15-32
- Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung (Hg.) (2000): Den Wechsel im Blick. Methodologische Ansichten feministischer Sozialforschung. Pfaffenweiler
- Voigt-Kehlenbeck, C. (2001): ... und was heißt das für die Praxis? Über den Übergang von einer geschlechterdifferenzierenden zu einer geschlechterreflektierenden (Sozial-)Pädagogik. In: B. Fritsche u. a. (Hg.): Dekonstruktive Pädagogik. Opladen (im Druck)
- Wolff, Mechthild (2000): Orientierung am Sozialraum, an der Lebenswelt, am Gemeinwesen, am Lebensfeld, am Stadtteil. In: EREV-Schriftenreihe 41. JG., 1, S. 6-32

Albert Scherr

Gender Mainstreaming als Lernprovokation –

Anforderungen an die Ausbildung, Fortbildung und Personalentwicklung
in den Organisationen der Jugendhilfe

Die Thematisierung von Unterschieden und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hat seit einiger Zeit Konjunktur.¹ Grundlage dessen ist ein in seiner Reichweite, seinen Ursachen, Ausprägungen und Folgen schwer überschaubarer Wandel der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse (s. dazu etwa Bertram 2000; Oechsle 2000, S. 14 ff.), in dessen Folge überlieferte Gewißheiten über das typisch Weibliche/Männliche in Frage gestellt sind.² Mit der Programmatik des Gender Mainstreaming wird die bewußte Berücksichtigung der Geschlechterunterschiede und Geschlechterverhältnisse – »und zwar für alle Entscheidungen und auf allen Ebenen« politischer Entscheidungsprozesse (Schweikert 2000, S. 1) – als eine politische Vorgabe etabliert, der sich auch die Kinder- und Jugendhilfe nicht entziehen kann. Damit entsteht ein Klärungsbedarf bezüglich der Frage, welche Veränderungen in der Kinder- und Jugendhilfe erforderlich sind, um dieser Vorgabe in einer fachlich angemessenen Weise gerecht zu werden. Dieser Klärungsbedarf kann nicht angemessen allein durch rechtliche und administrative Vorgaben eingelöst werden. Erforderlich ist darüber hinaus die Befähigung der MitarbeiterInnen zur Überprüfung der Organisationsstrukturen, der Arbeitsweisen und ihres professionellen Selbstverständnisses. Denn die konzeptionelle Konkretisierung und praktische Implementierung von Gender Mainstreaming kann nur in Auseinandersetzung mit den hoch spezifischen Bedingungen in den jeweiligen Arbeitsfeldern sowie den jeweiligen lokalen und institutionellen Settings erfolgen. Folglich sind entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der Fort- und Weiterbildung, ein notwendiger Bestandteil von Implemen-

¹ Wenn im folgenden von Geschlecht(ern) die Rede ist, dann immer im Sinne sozialer Festlegungen, die Individuen als »Identitätsaufhänger« vorfinden, bezogen auf die sie ihre Leiblichkeit sowie ihre lebensgeschichtliche Vergangenheit und Gegenwart interpretieren, ihre Zukunft entwerfen und ihr soziales und individuelles Selbstverständnis entwickeln (vgl. dazu Scherr 1995, S. 25 ff.)

² Aber auch dies gilt nicht einfach gesamtgesellschaftlich, sondern in einer die sozialen Schichten und Milieus unterscheidenden Weise.

tierungsstrategien des Gender Mainstreaming. Im folgenden sollen Anforderungen, Chancen und Schwierigkeiten skizziert werden, die für entsprechende Bemühungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bedeutsam sind.

Bedingungen der Organisationsveränderung

Gender Mainstreaming zielt als administrative Top-down-Strategie darauf, Organisationen in allen Politikbereichen, also auch in der Kinder- und Jugendhilfe, zu einer Wahrnehmung und Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu befähigen.³ Damit sollen geschlechtsbezogene Benachteiligungen und biographische Festlegungen von Mädchen und Frauen sowie von Jungen und Männern überwunden sowie allen Individuen unabhängig von ihrer Geschlechtlichkeit⁴ gleiche Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet werden.

Strategien und Konzepte des Gender Mainstreaming rücken folglich *erstens* die Frage in den Blick, ob und inwiefern die Strukturen und Programme von Organisationen, die Entscheidungen über die Auswahl des Personals, die Gestaltung von Arbeitsbedingungen, die Eignung für Karrieren in Organisationen, den Aufbau bzw. Abbau interner Hierarchien oder dem Zugang zu ihren Leistungen zugrunde liegen, geschlechtsspezifische Benachteiligungen sowie geschlechtsbezogene Festlegungen hervorbringen und reproduzieren. Darauf bezogen kann versucht werden, durch rechtliche Vorgaben (Gesetze und Verwaltungsvorschriften) sowie durch Programme der Organisationsentwicklung (etwa: Aufnahme von Gender Mainstreaming als Leitidee in die Selbstbeschreibung von Organisationen; Beobachtung der Geschlechterverhältnisse in Organisationen durch Genderbeauftragte; Qualitätszirkel; Beschwerdesysteme) Veränderungen von Organisationen anzuregen. Dabei ist damit zu rechnen, daß Organisationen als »historische Systeme« (Luhmann 2000, S. 9) ganz generell auf der Grundlage verfestigter Strukturen – und folglich relativ träge – auf solche Veränderungszumutungen reagieren.⁵

³ Worin diese Unterschiede bestehen, wird dabei in den einschlägigen Texten nicht konkretisiert, und darin liegt, wie weiter unten zu zeigen sein wird, ein spezifischer Vorteil für die Gestaltung von Fort- und Weiterbildungsangeboten.

⁴ Das heißt: ihrer Fremd- und Selbstzuordnung zu einer gesellschaftlichen Geschlechtsklasse; s. dazu Goffman 1994, S. 107 ff.

⁵ Es sind z. B. immer die in den bisherigen Strukturen einer Organisation erfolgreichen Mitarbeiter, die Veränderungen dieser Strukturen durchsetzen sollen, und es ist in der Kinder- und Jugendhilfe auch damit zu rechnen, daß die Gender-Thematik in bestehende organisatorische Rahmungen und pädagogische Grundorientierungen eingepaßt wird, die nicht zur Disposition gestellt werden.

Solche Veränderungen haben zudem nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie *zweitens* mit Lernprozessen auf der Seite der MitarbeiterInnen auf allen Ebenen der Hierarchie einhergehen, die dazu führen, daß diese die Relevanz der Gender-Thematik für ihre Wahrnehmung des Geschehens in der Organisation und ihr eigenes Handeln in dieser anerkennen. Denn Organisationen sind nur dann in der Lage, Geschlechterunterschiede innerhalb der Organisation selbst sowie auf der Seite ihrer AdressatInnen mit einiger Tiefenschärfe zu beobachten und zu berücksichtigen, wenn die MitarbeiterInnen prinzipiell in der Lage und bereit sind, diese wahrzunehmen und mitzuteilen.⁶ Zudem hat die Organisationsforschung gezeigt, daß Organisationen – und dies gilt im Bereich der industriellen Produktion ebenso wie im Bereich der sozialen Dienstleistungen – keine Maschinen sind, die von oben oder von außen durch Vorgaben dirigierbar und durch Anweisungen und Verfahrensvorschriften steuerbar sind (vgl. Baecker 1994; March 1990). *Ohne die eigenmotivierte Mitarbeit der MitarbeiterInnen geraten Programme der Veränderung von Organisationen mit hoher Wahrscheinlichkeit ins Stocken oder werden konterkariert.* Folglich sind, wie noch genauer zu zeigen sein wird, Erfolgsaussichten von Gender Mainstreaming zu einem erheblichen Teil davon abhängig, ob und wie es gelingt, die MitarbeiterInnen für eine aktive Mitgestaltung dieser Strategie zu qualifizieren und zu motivieren.

Die Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe und ihre MitarbeiterInnen

Entscheidungen und Leistungen in Organisationen sind nicht einfach Ergebnis der Anwendung eindeutiger Anweisungen und Regeln, sondern das Resultat komplexer Interpretationsleistungen von externen und internen Erwartungen und Bedingungen, die von den MitarbeiterInnen vorgenommen werden (vgl. Bardmann 1994, S. 368). Was der Fall und was möglich ist, steht keineswegs einfach fest, sondern wird auf der Grundlage prinzipiell strittiger Interpretationen in mehr oder weniger komplexen, mehr oder weniger hierarchischen Prozessen ausgehandelt. Unklare und widersprüchliche Erwartungen sind der Normalfall (vgl. Weick 1985; March 1990), und sie eröffnen einen weiten Kontingenz- und Deutungsspielraum.⁷ Recht-

⁶ Die Einrichtung von Gender-Beauftragten ist eine Verlegenheitslösung bzw. symbolische Politik, wenn diese sich nicht auf die Bereitschaft der übrigen MitarbeiterInnen beziehen können, Relevantes wahrzunehmen und mitzuteilen. Dies wird etwa am häufig nur strategischen Umgang mit den Erfordernissen der Gleichstellung von Frauen in Bewerbungsverfahren deutlich; diese werden in diesen Fällen dann und nur dann für bedeutsam erklärt, wenn dies mit anderen Interessen konvergiert.

⁷ Weick (1985, S. 11) definiert die Tätigkeit des Organisierens als »durch Konsens gültig gemachte Grammatik für die Reduktion von Mehrdeutigkeit mittels bewußt ineinandergreifender Handlungen«.

liche Vorgaben und administrative Anweisungen – und dies gilt auch für Programme des Gender Mainstreaming – können umgedeutet oder mehr oder weniger absichtsvoll mißverstanden, für irrelevant oder nicht praktikabel erklärt werden. Durch »Dienst nach Vorschrift« oder Delegation an dafür vermeintlich vorrangig Zuständige können sich MitarbeiterInnen entlasten. Seitens der Entscheidungshierarchie festgelegte Ziele können folglich nur durch die Mitarbeit aller Beteiligten einigermaßen effektiv erreicht werden.

Das grundsätzliche Angewiesensein auf die eigenmotivierte Mitarbeit der MitarbeiterInnen gilt im Fall von Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe in besonderer Weise:

- Die Situation der Kinder- und Jugendhilfe ist seit einiger Zeit dadurch charakterisiert, daß ihre Organisationen – und damit das Denken und Handeln derjenigen, die als haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen in diesen tätig sind – immer wieder erneut unter Veränderungsdruck geraten. Relevante Stichworte hierfür sind Neue Steuerung, Konzeptionsentwicklung, Kontraktmanagement, Qualitätssicherung, Selbstevaluation, Individualisierung und Flexibilisierung von Hilfen, veränderte Lebenslagen der AdressatInnen (Individualisierung, Armut und soziale Ausgrenzung) usw. Entsprechende Anforderungen an den Umbau der Organisationsstrukturen sowie das berufliche Selbstverständnis und Handeln der MitarbeiterInnen können sowohl als Eröffnung von Chancen wie auch als Belastung erlebt werden. Die anhaltende Debatte um das Neue Steuerungsmodell zeigt, daß auch in der fachwissenschaftlichen Diskussion bislang keine Einigkeit darüber besteht, welche Einordnung zutreffend ist. Folglich besteht die Gefahr, daß Programme des Gender Mainstreaming in dieser Situation als eine weitere externe Veränderungszumutung in ohnehin schwierigen Zeiten erlebt werden und deshalb Abwehrhaltungen provozieren.⁸
- Jugendhilfe als ein Feld pädagogischen und sozialarbeiterischen Handelns ist – zumindest auf der Ebene der genuin sozialpädagogischen Praxis (Falldiagnosen, Kommunikationen und Interaktionen in Teams und mit den AdressatInnen, pädagogische Beziehungsarbeit und Beratungshandeln, Dokumentation und Evaluation der Interventionen und ihrer Erfolge) – kaum durch exakte Handlungsan-

weisungen und Zielvorgaben steuerbar. Vielmehr ist pädagogisches Handeln in der Jugendhilfe im Kern als eine professionelle Praxis mit notwendig gesteigerter Entscheidungs- und Handlungsautonomie zu charakterisieren (s. Dewe/Ferchhoff/Scherr/Stüwe 2001). Gestaltung und Qualität solcher Praxis entziehen sich folglich zu einem erheblichen Teil externen Festlegungen und Kontrollen. Veränderungen setzen Lernprozesse der MitarbeiterInnen voraus.

- Umdeutungen, Eigensinn und Widerständigkeit im Umgang mit Zielvorgaben, Verwaltungsvorschriften, Anweisungen usw. sind insbesondere dann wahrscheinlich, wenn sie die persönliche Indifferenzzone der MitarbeiterInnen überschreiten, d. h. wenn sie identitätsrelevante Dimensionen wie tief verankerte persönliche Gewißheiten, moralische und religiöse Überzeugungen oder die Selbstachtung und das Selbstwertgefühl betreffen (s. Baecker 1994, S. 25). Gerade dies aber ist im Fall von Gender Mainstreaming mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Denn die Fragen, wie die Geschlechterunterschiede angemessen zu begreifen und wie die Geschlechterverhältnisse angemessen zu gestalten sind, berühren ersichtlich zentrale Aspekte auch des individuellen Selbstverständnisses. Es sind Fragen, die Personen nicht nur in ihrer Rolle als Organisationsmitarbeiter, sondern eben als private Individuen in ihrem persönlichen Selbstverständnis betreffen.

Strategien der Implementierung von Gender Mainstreaming müssen diese Schwierigkeiten berücksichtigen und sind deshalb in besonderer Weise auf Programme der Ausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie der Personalentwicklung verwiesen, die darauf ausgerichtet sind, die MitarbeiterInnen zu befähigen und zu motivieren, Sensibilität für die Relevanz von Geschlechterunterschieden in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln.

Gender Mainstreaming als offenes Lernfeld

Die Programmatik des Gender Mainstreaming hat keinen unmittelbaren Bezug zu den sozialen Bewegungen, die sich in Kritik der gesellschaftlichen Geschlechterordnung entwickelt haben. Sie kann vielmehr als ein Versuch der politischen Administrationen charakterisiert werden, die Forderung nach einer Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden als ein Programm zu formulieren, das ohne Rückbindung an spezifische Motivlagen und Überzeugungen durchsetzbar ist. Im Unterschied zu einflußreichen Varianten von Theorien und Konzepten der feministischen Pädagogik sowie der Jungen- und Männerarbeit verzichtet die Programmatik des Gender Mainstreaming deshalb auf eindeutige Vorabfestlegungen von Annahmen

⁸ Deutlich wird am Fall der Neuen Steuerungsmodelle in der Kinder- und Jugendhilfe auch die Gefahr einer für das pädagogische Handeln weitgehend folgenlosen Veränderung von Vokabularen und Selbstdarstellungen, deren Herstellung zudem mit enormen Kosten verbunden ist.

darüber, worin Geschlechterunterschiede und gesellschaftliche Festlegungen von Formen des Weiblichen und Männlichen bestehen, was deren jeweilige Folgen für das Erleben, Denken und Handeln von Individuen und Gruppen sind sowie welche Benachteiligungen damit einhergehen. Es ist folglich mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß KritikerInnen des Gender Mainstreaming gerade dies zum Anlaß nehmen, solche Diffusität und Uneindeutigkeit zu hinterfragen (s. Drowing/Witte 2001).

Im Hinblick auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung bietet jedoch gerade dieser Verzicht auf starre Vorgaben und als verbindlich erklärte normative Setzungen die Chance, Gender Mainstreaming als ein offenes Lernfeld zu etablieren, in dessen Rahmen unterschiedliche Wahrnehmungen und Sichtweisen der Ausprägung und Relevanz von Gender in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe artikuliert und diskutiert werden können. Damit besteht die Möglichkeit, auch diejenigen MitarbeiterInnen zu erreichen und für eine Auseinandersetzung mit der Gender-Thematik zu motivieren, die sich auf normativ aufgeladene, vereinfachende und vereindeutigende Positionen zur Geschlechterthematik, die auch unter fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten problematisch sind (s. Rose/Scherr 2000; Rose 2000), nicht einlassen können und wollen. Insofern gilt: Nur eine solche Gestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung zum Gender Mainstreaming als ein Lernfeld, in dem eigene berufliche und ggf. auch persönliche Erfahrungen und Wahrnehmungen vor dem Hintergrund der fachwissenschaftlichen Forschung ohne normative und moralisierende Überlagerungen analysiert werden können, bietet die Möglichkeit, eine breite fachöffentliche Verankerung dieser Thematik herbeizuführen.

Dabei kann auf einen Minimalkonsens nicht verzichtet werden, der die Überwindung von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen und Begrenzungen als Zielvorgabe faßt. Bereits aber die Fragen,

- welche geschlechtsspezifischen Benachteiligungen und Begrenzungen welche sozialen Gruppen wie betreffen⁹ und wie sich Geschlechterbeziehungen mit den weiteren Strukturen sozialer Ungleichheiten (Generationenbeziehungen in Familien, Ungleichheiten im Bildungssystem und auf den Arbeitsmärkten, Machtasymmetrien zwischen professionellen Helfern und Klienten, Ungleichbehandlung von Staatsangehörigen und Ausländern) verschränken sowie

⁹ Diskussionsbedürftig ist insbesondere die Gefahr, daß sich als unbeabsichtigter Nebeneffekt einer Programmatik der Gleichstellung die traditionelle männliche Fixierung auf Erwerbsarbeit als zeitökonomisches und sinnstiftendes Zentrum der Lebensführung als nicht mehr kritisierbares Modell menschlicher Lebensführung durchsetzt.

- wie welche weiblichen/männlichen Selbstkonzepte, Interaktions-, Kommunikationsstile, Lebensentwürfe usw. unter Gesichtspunkten der Reproduktion tradierter Geschlechterbenachteiligungen sowie ihrer psychosozialen Gewinne und Kosten zu bewerten sind, etablieren ein Feld von Auseinandersetzungen, das keineswegs klare Diagnosen und eindeutige normative Setzungen zuläßt.¹⁰

Die Aufgabe, grundlegende Informationen über die Geschichte und Gegenwart der Geschlechterordnung sowie diesbezügliche Theorien und Kontroversen zu vermitteln, fällt dabei vorrangig den Ausbildungs- und Studiengängen für die einschlägigen Berufe zu. Deshalb gilt es, die Gender-Thematik als eine Querschnittsthematik in den Studien- und Ausbildungsgängen zu etablieren. Mit dem Blick auf das gegenwärtige hauptamtliche Personal ist diesbezüglich zugleich ein erheblicher Bedarf an Fort- und Weiterbildungen zu konstatieren, die die MitarbeiterInnen in die Lage versetzen, sich mit dem neueren Stand der Forschung auseinanderzusetzen. Hinzu kommt als genuine Aufgabe der Fort- und Weiterbildung sowie der Personalentwicklung in Organisationen die Anforderung, berufliche Erfahrungen mit den Geschlechterverhältnissen aufzugreifen, Kommunikationsprozesse zwischen den MitarbeiterInnen über diese zu ermöglichen sowie die Entwicklung veränderter Sichtweisen anzuregen und zu ermöglichen.

Ein dreifacher Lernprozeß ist erforderlich

Geschlechterdifferenzen sind für die Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe auf drei analytisch unterscheidbaren Ebenen bedeutsam: Erstens als Unterschiede auf der Seite ihrer AdressatInnen, zweitens als Unterschiede zwischen ihren MitarbeiterInnen sowie drittens in den Interaktionen zwischen den MitarbeiterInnen und den AdressatInnen. Die Implementierung von Gender Mainstreaming läßt bei den MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe folglich einen dreifachen Lernprozeß erforderlich werden:

- Zum einen rückt Gender Mainstreaming die *AdressatInnen* der Kinder- und Jugendhilfe als Mädchen/Jungen bzw. Frauen/Männer in den Blick und fordert dazu auf, wahrnehmen zu lernen, wie die Biographien, Lebenslagen, Selbstkonzepte, Kommunikationsformen, Lebensentwürfe usw. der jeweiligen AdressatIn-

¹⁰ Eine irritierende und deshalb anregende Gegenposition zum Mainstream der Geschlechterforschung bezieht Ivan Illich (1995) in seiner "historischen Kritik der Gleichheit".

nen durch geschlechtsspezifische Erfahrungen und Bedingungen beeinflusst sowie auf die kulturellen Konzepte von Weiblichkeit/ Männlichkeit bezogen sind. Diesbezüglich bietet die Mädchen-, Frauen-, Jungen- und Männerforschung inzwischen recht vielfältige Theorien, Theoreme und Forschungsergebnisse an, und damit reichhaltiges Material, das in der Aus-, Fort- und Weiterbildung bearbeitet werden kann. Die Schwierigkeiten liegen hier (1) darin, daß auch in der Fachöffentlichkeit der Kinder- und Jugendhilfe die Notwendigkeit und Relevanz der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex ›unterschiedliche Lebenslagen, Biographien, Selbstkonzepte, Lebensentwürfe usw. von Mädchen/Jungen‹ über die spezifischen Fachkreise der Mädchen- und Jungenarbeit hinaus noch nicht umfassend anerkannt ist. Entsprechend ist es noch nicht üblich, die Geschlechterthematik in der Aus-, Fort- und Weiterbildung als ein Querschnittsthema zu berücksichtigen, das bei prinzipiell allen Fragestellungen mit berücksichtigt werden muß und das keinesfalls angemessen als eine »Sonderthematik für Interessierte« behandelt werden kann. Hinzu kommt (2), daß die Gender-Forschung bislang keineswegs zu einem einheitlichen Stand der Forschung und einem entsprechenden Korpus fachlich konsensuellen und als solches vermittelbaren Wissens geführt hat. Vielmehr konkurrieren heterogene und z.T. widersprüchliche Theorien im Spannungsverhältnis zwischen Annahmen über fundamentale, in der menschlichen Natur tief verankerte und letztlich unaufhebbare Geschlechterunterschiede einerseits, dekonstruktivistische Theorien, die Geschlecht als veränderliche und individuell überschreitbare gesellschaftliche Konstruktionen fassen, andererseits. Weiter ist (3) kompetentes Personal an den Hochschulen sowie in den Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung, das dafür qualifiziert ist, Auseinandersetzungen mit der Gender-Thematik fachlich anzuleiten, und dies gilt insbesondere für den Aspekt Jungen/Männer/Männlichkeit, nur begrenzt verfügbar. Folglich gilt es im Rahmen von Strategien des Gender Mainstreaming die Notwendigkeit zu plausibilisieren, daß Forschung, Lehre, Aus- und Weiterbildung aufgefordert sind zu lernen, die Kategorie Geschlecht als ein Querschnittsthema zu berücksichtigen, wenn Problemlagen von Klienten und darauf bezogene Interventionen behandelt werden.

- Es ist trivial, aber folgenreich festzustellen: Nicht nur die AdressatInnen, sondern auch die MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe sind Frauen/Männer. Denn stellt man die von den gängigen Organisationstheorien – und auch noch von neuen Programmen der Organisationsentwicklung, z. B. dem Neuen Steuerungsmodell – implizit angenommene Geschlechtsneutralität von Organisationsstrukturen in Frage (s. Acker 1990), wird erkennbar, daß auch das Geschehen in den Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe selbst keineswegs geschlechtsindif-

ferent ist. Ersichtlich handelt es sich bei der überwiegenden Zahl aller Berufstätigkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe um Tätigkeiten, die Merkmale der klassischen Frauenberufe aufweisen; in der Folge sind wesentlich mehr Frauen als Männer als Hauptamtliche in der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Bereits dies zwingt in der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Sinne des Gender Mainstreaming zu einer Auseinandersetzung mit den Fragen, was für die weiblichen und männlichen MitarbeiterInnen (a) bezüglich ihres beruflichen Selbstverständnisses und (b) bezüglich der Organisationskulturen daraus folgt, daß sie als Frauen und als Männer in einem klassischen Frauenberuf erwerbstätig sind.¹¹ Zwar gibt es eine Tradition des Nachdenkens über Soziale Arbeit als weibliche Erwerbstätigkeit (vgl. etwa Sachße 1986), nicht aber über die Frage nach dem Selbstverständnis von Männern in einem Frauenberuf resp. in Organisationen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten (vgl. Scherr 2001). Auch die ungleiche Repräsentanz von Frauen/Männern in den ausdifferenzierten Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. offene Jugendarbeit als männliches Tätigkeitsfeld; Kindergärten als weibliches Tätigkeitsfeld) wird keineswegs regelmäßig reflektiert. Zudem ist mit einiger Plausibilität anzunehmen, daß auch die Interaktionen, Kommunikationen und Konflikte zwischen den MitarbeiterInnen, der Aufbau der Entscheidungshierarchien sowie die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten keineswegs geschlechtsindifferent ist. Es ist z. B. offenkundig, daß Schichtdienste in Heimen oder Abendarbeitszeiten in Jugendzentren weder für Alleinerziehende noch für diejenigen günstig sind, die in ihrem privaten Leben dem klassischen Modell der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der Familie folgen. In Interaktionen, Kommunikationen und Konflikten zwischen MitarbeiterInnen besteht immer die Möglichkeit, daß jeweilige Äußerungen geschlechtsbezogen interpretiert werden. Insofern besteht in den Kontexten der Aus-, Fort- und Weiterbildung Anlaß für eine Auseinandersetzung mit geschlechtsbezogenen Zuschreibungen in den Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe und den Geschlechterbeziehungen zwischen den MitarbeiterInnen.

- Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden überwiegend als Interaktionen zwischen MitarbeiterInnen und AdressatInnen erbracht, also in der Form der Kommunikation zwischen Anwesenden, und folglich sind die Beteiligten wechselseitig füreinander als Frauen/Männer bzw. Mädchen/Jungen erkennbar. Inso-

¹¹ Diesbezüglich ist der Verdacht nicht zu vermeiden, daß bereits die Entscheidung für das Berufsfeld Kinder- und Jugendhilfe eine geschlechtsbezogene Festlegung impliziert und mit Benachteiligungen (Bezahlung, Prestige, Arbeitsbedingungen) im Verhältnis zu anderen Berufsfeldern einhergeht.

fern ist es hoch wahrscheinlich, obwohl eine diesbezüglich aussagefähige Forschung nicht vorliegt, daß Interaktionsprozesse durch die wechselseitige Selbst- und Fremdwahrnehmung als Frau/Mann bzw. Junge/Mädchen beeinflusst sind. Dies wird in Fachkreisen der Kinder- und Jugendhilfe zwar in denjenigen Arbeitsfeldern anerkannt und beachtet, in denen Sexualität und soziale Geschlechtlichkeit ausdrücklicher Gegenstand sind, also insbesondere in der Mädchen-/Jungenarbeit sowie in der Aids- und Sexualberatung. Obwohl es nun aber hoch plausibel ist anzunehmen, daß man die professionellen pädagogischen Beziehungen zwischen MitarbeiterInnen und AdressatInnen weder im Bereich der ambulanten Hilfen noch in dem der Heimerziehung und auch nicht in der Jugendarbeit angemessen reflektieren kann, ohne zugleich als Interaktionen zwischen Mädchen/Jungen und Frauen/Männern zu analysieren, ist eine solche Reflexion sowohl in der einschlägigen als auch in der Fachpraxis bislang keineswegs selbstverständlich (vgl. Giesecke 1997). Folglich gilt es in der Fort-, Aus- und Weiterbildung den Mythos einer geschlechtsneutralen Professionalität in pädagogischen Beziehungen zu hinterfragen und die MitarbeiterInnen zu einer diese Dimension berücksichtigenden Reflexion ihrer Praxis zu befähigen.

Die drei genannten Dimensionen der Thematik sind ersichtlich ineinander verworken, und ihre Bearbeitung in Maßnahmen der Fortbildung, Weiterbildung und Personalentwicklung ruft immer zugleich die Fragen auf, die sowohl von beruflich-fachlicher als auch von persönlicher Bedeutung sind. Folglich müssen einschlägige Maßnahmen sowohl Formen der Analyse und Reflexion der unterscheidbaren Dimensionen der eigenen beruflichen Praxis als auch Angebote zur Klärung des beruflichen und persönlichen Selbstverständnisses umfassen.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, worin das Eigeninteresse der MitarbeiterInnen an einer Auseinandersetzung mit der Gender-Thematik liegen könnte, zunächst dahingehend zu beantworten, daß hiermit der Möglichkeit nach Chancen geschaffen werden, Sichtweisen der eigenen Arbeitsbedingungen und der beruflichen Praxis als fachlich legitime zu artikulieren, die bislang immer noch unter den Verdacht gestellt sind, im Kern unprofessionelle, bloß persönliche oder ideologische zu sein. Diese Chance ergibt sich dann mit einiger Wahrscheinlichkeit dann und nur dann, wenn die Thematik in Distanz zu moralischen Aufladungen sowie differenziert und in Anerkennung unterschiedlicher Erfahrungen und Standpunkte angegangen wird.

Die Problematik der Aufladung der Kommunikation

Organisationen beziehen sich auf MitarbeiterInnen und Leistungsempfänger in der Form jeweiliger Mitgliedschafts- und Publikumsrollen, wobei nicht nur nach Gender-Aspekten abstrahiert wird, sondern ganz generell nicht die ganze Person, sondern nur diejenigen Aspekte in den Blick treten, die für die Leistungserbringung bedeutsam sind. Dafür gibt es gute Gründe: Denn erst diese Abstraktion befähigt dazu, bei der Bewertung von Qualifikationen und Leistungen bzw. bei der Diagnose psychosozialer Problemlagen fachlich spezifische Gesichtspunkte zugrunde zu legen, also nicht immer das jeweilige Individuum umfassend mit seiner Biographie und Lebenssituation zu berücksichtigen. Dies würde nicht nur die Organisation selbst überlasten, sondern zudem erfordern, die Grenze zwischen Beruflichem und Privatem erheblich aufzuweichen. Daß sich Organisationen z. B. gewöhnlich nicht für die sexuellen Orientierungen von MitarbeiterInnen interessieren, ist ebenso Folge dieses Sachverhalts wie das Recht, Auskunft auf entsprechende Fragen zu verweigern. Weniger eindeutig ist die Unterscheidung von für die Organisation relevanten Aspekten und dem Persönlichen und Privaten im Fall der Kinder- und Jugendhilfe im Verhältnis zu den AdressatInnen. Gerade deshalb sind hier aber spezifische professionelle Regulierungen von Nähe und Distanz erforderlich.

Vor diesem Hintergrund wurde und wird die Berücksichtigung des sozialen und biologischen Geschlechts durch Organisationen als Diskriminierung von Frauen wiederkehrend dann kritisiert, wenn Annahmen über vermeintliche geschlechtstypische Eigenschaften in Entscheidungen eingehen. Noch gängige Gleichstellungsprogramme gehen von der prinzipiellen Irrelevanz des Geschlechts aus, wenn sie Organisationen abverlangen, Entscheidungen über die Eignung für Positionen und Karrieren primär von der geschlechtsneutral gefaßten Qualifikation abhängig zu machen. Demgegenüber sollen Organisationen durch Gender Mainstreaming veranlaßt und befähigt werden, Geschlechterunterschiede bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen – und dies im Interesse einer Überwindung von Benachteiligungen. Reduziert man diese Vorgabe nicht auf Forderungen nach a) einer gleichmäßigen Repräsentanz von Frauen und Männer in den Organisationen auf allen Ebenen der Hierarchie, b) einer gleichen Bezahlung von Männern und Frauen sowie c) einer Überwindung spezifischer und benennbarer Benachteiligungen, dann entsteht die Gefahr einer in ihren Formen und Folgen kaum mehr kontrollierbaren Aufladung der Kommunikation mit Aspekten der Gender-Thematik. Denn was es jeweils heißt zu berücksichtigen, daß der Bewerber/die Bewerberin um eine Stelle, der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin Frau oder Mann ist, was daraus für jeweilige Entscheidungen folgen, ist weitgehend unbestimmt und folglich interpretationsoffen.

Äußerungen in fachlichen Auseinandersetzungen etwa können der Möglichkeit nach immer als geschlechtlich motiviert interpretiert werden, nach den Muster: X behauptet Y doch nur, weil er/sie ein Mann/eine Frau ist, A unterstützt B, weil er/sie ein Mann/eine Frau ist, usw. Folglich gilt es eine überschießende und sachlich nicht mehr kontrollierbare Generalthematization des sozialen Geschlechts zu vermeiden. Gelernt werden muß deshalb, daß die Thematisierung von Gender-Aspekten ebenso begründungsbedürftig ist wie ihre Vermeidung.

Jede kommunikative Markierung des Geschlechts der MitarbeiterInnen, also ihre Wahrnehmung und Behandlung als Frauen/Männer, für die also solche den beiden Geschlechtern jeweils eigentümliche und diese unterscheidende Merkmale angenommen werden, ruft eine grundsätzliche Problematik auf. Wird Geschlechtlichkeit als eine soziale Tatsache gefaßt, die die Individualität und Subjektivität jedes Einzelnen prägt, dann wird Individuen die Fähigkeit zu einer eigensinnigen und selbstbestimmten Auseinandersetzung mit den Vorgaben des biologischen und sozialen Geschlechts bestritten. Sie gelten dann als »Gefangene ihres Geschlechts«. Wenn tatsächliche und vermeintliche Geschlechterunterschiede im Kontext des Gender Mainstreaming im Interesse ihrer Überwindung akzentuiert werden, dann besteht folglich immer die Gefahr, daß sie gerade dadurch in der Selbst- und Fremdwahrnehmung verfestigt oder gar zu unaufhebbaren, quasi natürlichen Merkmalen erklärt werden. Abwehr und Widerstände gegen die Thematisierung des Geschlechts sind so betrachtet nicht einfach Ausdruck von Borniertheit. Sie weisen der Möglichkeit nach auf das legitime Interesse hin, sich einer Festlegung eigener Bedürfnisse, Fähigkeiten, Interessen usw. als vermeintlich geschlechtstypische oder geschlechtsbedingte zu entziehen. Solche Widerstände müssen bearbeitet werden, weshalb sich ihre Abwertung, etwa als Folge unzeitgemäßer Denkblockaden, verbietet.

Ausblick

Die zentrale Aufgabe von Aus-, Fort- und Weiterbildungen, wie sie bezogen auf die Vorgaben des Gender Mainstreaming in Gang kommen werden, kann als Ermöglichung kritischer Selbstaufklärung über Unterschiede und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern charakterisiert werden. Wie in kaum einem anderen Themenbereich sind Persönlichkeit und Professionalität hier unauflöslich verschränkt, und dies zwingt zu einer Gestaltung offener Lernarrangements, die sowohl Erfahrungen der TeilnehmerInnen aufgreifen, als auch theoretische Reflexionen ermöglichen. Wie auch in anderen Bereichen gilt hier: Veränderungen in emanzipatorischer Absicht können nicht verordnet und erzwungen, sondern nur angeregt werden.

Literatur

- Archer, Joan (1990): Hierarchies, Jobs, Bodies – A Theory of Gendered Organisations, in: *Gender & Society*, Vol. 4, No. 2, S. 139-158
- Baecker, Dirk (1994): Experiment Organisation. In: *Lette International*, H. 1, S. 22-26
- Bardmann, Theodor M. (1994): Wenn aus Arbeit Abfall wird. Frankfurt
- Bertram, Hans (2000): Arbeit, Familie, Bindungen, in: Jürgen Kocka/Claus Offe (Hg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt/New York, S. 308-342
- Dewe, Bernd/Ferchhoff, Wilfried/Scherr, Albert/Stüwe, Gerd (2001): *Professionelles soziales Handeln*. 3. Auflage. Weinheim und München
- Drewing, Lesley/Witte, Agnes (2001): Von Frau zu Frau. In: *Frankfurter Rundschau*, 9.2.2001
- Giesecke, Hermann (1997): *Die pädagogische Beziehung*. Weinheim und München
- Goffman, Erving (1994): *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt/New York
- Illich, Ivan (1995): *Genus*. Zu einer historischen Kritik der Gleichheit. München
- Luhmann, Niklas (2000): *Organisation und Entscheidung*. Opladen
- March, James G. (1990): *Entscheidung und Organisation*. Wiesbaden
- March, Karl E. (1985): *Der Prozeß des Organisierens*. Frankfurt
- Oechsle, Mechthild (2000): *Gleichheit mit Hindernissen*. Berlin
- Rose, Lotte (2000): Mädchenarbeit und Jungenarbeit in der Risikogesellschaft, in: *Neue Praxis*, 30. Jg., H. 2, S. 240-253
- Rose, Lotte/Scherr, Albert (2000): Der Diskurs der Geschlechterdifferenzierung in der Kinder- und Jugendhilfe, in: *deutsche jugend*, 48. Jg., H. 2, S. 65-74
- Sachße, C. (1986): *Mütterlichkeit als Beruf*. Frankfurt
- Scherr, Albert (2001): Männer als Adressatengruppe in der Sozialen Arbeit, erscheint in: Werner Thole (Hg.): *Grundriss Soziale Arbeit*. Opladen
- Schweikert, B. (2000): *Grundlagenpapier zu Gender Mainstreaming*. Berlin (Manuskript, auch unter www.bmfsfj.de/mainstr.pdf)
- Weick, Karl E. (1985): *Der Prozeß des Organisierens*. Frankfurt

Martina Liebe

Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit –

Bewertung eines frauenpolitischen Instruments
aus jugendpolitischer Sicht

Die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern als eines der großen demokratischen Reformprojekte des letzten Jahrhunderts berührt und verändert inzwischen fast alle Lebens- und Politikbereiche. Besondere Aufmerksamkeit hat in den zurückliegenden 20 Jahren der Erziehungs- und Bildungsbereich erfahren. Schule oder Jugendarbeit wurden dahingehend kritisiert, daß sie als wichtige Sozialisationsfelder dem gesellschaftlichen Auftrag der Chancengleichheit von Frauen und Männern nicht genügend gerecht würden. Ohne gezielte geschlechtsspezifische Arbeit setze sich auch in vermeintlich geschlechtsneutral gestalteten pädagogischen Feldern das gesellschaftlich vorherrschende hierarchische Geschlechterverhältnis durch und mit diesem eine systematische Benachteiligung von Mädchen und Frauen. An vielen Punkten gleichzeitig wurde angesetzt, um diese Situation zu verbessern:

- Förderpläne und Gleichstellungsgesetze zur Verbesserung der Vertretung von Frauen in Leitungspositionen und Gremien,
- Förderprogramme und Finanzmittel zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Mädchen und Frauen,
- Überprüfung von Lerninhalten und Materialien nach Rollenklischees,
- Qualifizierung und Sensibilisierung von Verantwortlichen zur bewußteren Gestaltung von Interaktionen,
- monoedukative Unterrichts- und Gruppenformen zur Veränderungen des pädagogischen Settings u.v.m.

Viele dieser Elemente sind heute etabliert, durch Vorschriften und Stellen abgesichert und in politischen Programmen festgehalten. Die politischen Ziele der Frauenbewegung wurden so für pädagogische Aufgaben und Institutionen umgesetzt und kleingearbeitet, die pädagogische Praxis und fachliche Konzepte differenzierten sich aus, theoretische Begründungsmuster vervielfältigten und veränderten sich. In diesem Prozeß hat die politische Programmatik zwar an unmittelbarer und einfach herzustellender Mobilisierungs- und Überzeugungskraft verloren, nicht aber

unbedingt an Wirksamkeit. Im Gegenteil, Ideen und Wissen der Frauenbewegung haben ihre Wirkung sowohl auf der strukturellen Ebene (Beispiel Gleichstellungsgesetze) als auch auf der individuellen Ebene (Gleichheitsanspruch) gefunden, sind zwischenzeitlich vergleichbar mit anderem sozialwissenschaftlichen Wissen heute im alltäglichen Verwendungszusammenhang soweit eingebettet, daß sie als solche nicht mehr ohne weiteres erkennbar sind. Zu diesem Wirkungsverlauf gehört es aber auch, daß das Wissen sich selbstreflexiv gegenübertritt. »Es dominieren Gleichheitserfahrungen, die sich mit der öffentlichen Gleichheitsrhetorik verbinden und dazu führen, daß allein die *Benennung* von Geschlechterasymmetrien wie ein Rückfall in voremanzipatorische Zeiten anmutet. Gleichheit zwischen den Geschlechtern wird inzwischen als gegeben vorausgesetzt, über Ungleichheit zu sprechen wird als unangemessen und aus Sicht von Mädchen und jungen Frauen als implizit kränkend empfunden – fast könnte man von einem Ungleichheitstabu sprechen« (Oechsle 2000, S. 49).

An diesem Punkt des Implementationsverlaufs von Gleichstellungs- und Frauenpolitik im Erziehungs- und Bildungsbereich wird nun Gender Mainstreaming deklariert. »Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Folge des Amsterdamer Vertrages unter dem Ansatz ›Gender Mainstreaming‹ durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung. Im Mai 2000 wurde dazu unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, anhand konkreter Projekte Kriterien und Vorgehensweisen so zu entwickeln, daß in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden, um effektiv auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hinzuwirken« (IMA 2001). Mit diesem Auftrag hat die Implementation frauenpolitischer Forderungen eine neue Stufe erreicht: Die politische Aufgabe der Gleichstellung wird nicht mehr auf ein Fachressort segmentiert, sondern soll in nachvollziehbaren Schritten in jedem Ressort als Leitziel eingeführt werden.

Der aktuelle Stand der Gleichstellungsarbeit in der Jugendarbeit

Wie ist diese erweiterte Strategie der Gesamtpolitik vor dem Hintergrund des bisherigen Praxisverlaufs der Jugendarbeit und ihrer Erfahrungen in der Jugendpolitik einzuschätzen? Meines Erachtens ist Jugendarbeit (§§ 11, 12 KJHG) – teilweise auch Jugendsozialarbeit (§ 13 KJHG) – derjenige Leistungsbereich der Jugendhilfe, der inzwischen im Vergleich mit anderen eine elaborierte und etablierte Praxis zur Gleich-

stellung von Mädchen und jungen Frauen – bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelfall¹ – vorweisen kann. Dies gilt sowohl für die unmittelbar pädagogische Praxis (in Einrichtungen, in Jugend- und Mädchengruppen, Projekten usw.), als auch im Hinblick auf das institutionelle Handeln vieler Träger und Organisationen der Jugendarbeit. Mit Leitlinien, Förderplänen, Quotierungsregelungen, Satzungsänderungen usw. haben diese in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren für ihre jeweiligen Aufgabenbereiche Standards und Selbstverpflichtungen formuliert, um Teilhabe von Mädchen und Frauen zu verbessern.² Öffentliche Träger entwickelten kommunale Leitlinien zur Jugendarbeit mit Mädchen, setzten Förderpläne für Mädchenarbeit u.ä. ein.³ Auch in Jugendprogrammen oder Jugendförderungsgesetzen der obersten Landesjugendbehörden finden inzwischen geschlechtsdifferenzierende Analysen und entsprechende Förderprogramme mehr oder weniger ausführlich und selbstverständlich ihren Platz.⁴

Allerdings wurde in der pädagogischen wie politischen Praxis nicht nur eine Absicherung durch fachliche Standards und jugendpolitische Durchsetzungsstrategien erreicht. Parallel dazu ist ein permanenter Veränderungs- und Weiterentwicklungsprozeß zu verzeichnen, der sich den Anforderungen stellt, die aus den Veränderungen der Lebenslage Jugend im Kontext gesellschaftlicher Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse an eine bedarfsgerechte Jugendarbeitspraxis erwachsen. So hat sich die Praxis der Mädchen- und Jugendarbeit mit Mädchen z. B. nach Alter, sozialem oder kulturellem Milieu ihrer Adressatinnen ausdifferenziert, da die Strukturkategorie Geschlecht allein nicht mehr ausreicht, um Praxiskonzepte zu entwickeln und zu begründen. Ebenso tragen theoretische Diskurse oder empirische Forschungen über Ursachen geschlechtsspezifischer Differenzen zur Weiterentwicklung und Reflexion von Praxis bei.⁵

Zeitlich zufällig ist die aktuell zu beobachtende Parallelität der »Gender Debatte« – im wesentlichen orientiert an einer sozial-konstruktivistischen Genderforschung – mit der Einführung des Instrumentes Gender Mainstreaming, die Verbindung bleibt begrifflich äußerlich. Der diese beiden Vorgänge verbindende Begriff Gender präzi-

² Vgl. exemplarisch: J-GCL(1989), SJD – Die Falken (1989), Deutscher Bundesjugendring (1993), Bayerischer Jugendring (1993), einen guten Überblick über die Entwicklung dieser Arbeit vermittelt das DBJR Fraueninfonetz des Deutschen Bundesjugendrings.

³ Vgl. exemplarisch Sozialreferat der Landeshauptstadt München (1999) oder Kreisjugendring München-Stadt (1998).

⁴ Vgl. als besonders elaboriertes Beispiel den Jugendbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1999 oder auch Politik für Frauen in Bayern (1994), Kapitel Mädchen.

⁵ Vgl. hierzu Rose, Lotte (2000).

¹ Vgl. für die Situation der Jugendarbeit in Bayern, Bayerischer Jugendring (1997) und (2000a)

siert das Thema Geschlecht. Dies ist begrifflich im Deutschen nicht möglich, da wir für das soziale (gender) und das biologische (sex) Geschlecht das gleiche Wort verwenden. Hiermit wird eine Differenzierung wieder aufgenommen, auf deren Bedeutung für eine geschlechtsspezifische Praxisentwicklung der Jugendhilfe bereits der 6. Jugendbericht aufmerksam gemacht hatte.⁶ Trotz dieser begrifflichen Verbindung handelt es sich aber um höchst unterschiedliche Diskurse: Die Gender Debatte thematisiert unter Bezugnahme auf Genderforschung Geschlechterdualität als Ergebnis sozialer Konstruktions- und Zuschreibungsprozesse und stellt damit tendenziell zumindest aus (erkenntnis-)theoretischer Sicht geschlechtsspezifische Pädagogik oder Politik in Frage. Gender Mainstreaming als politisches Programm dagegen setzt die Strukturkategorie Geschlecht und ihre reale Wirksamkeit für die Verteilung gesellschaftlicher Chancen als existent voraus, ohne diese Differenz wäre Gender Mainstreaming überflüssig. Politische Realitätsdefinitionen sind allerdings von theoretischen Diskursen zu unterscheiden, sie vollziehen sich in unterschiedlichen Argumentationslogiken und können sich gegenseitig nicht ersetzen. Nach einer Bewertung aktueller Theorien zur geschlechtsspezifischen Sozialisation gelangt Ursula Nissen (2000, S.17) deshalb auch zu folgender Einschätzung: »Ich glaube, daß man sich als politisch denkende und handelnde Frau nicht einfach für Gleichheit oder Differenz entscheiden kann. (...) denn die Forderung nach prinzipieller Gleichheit der Geschlechter ist immer noch berechtigt und unverzichtbar, da die Geschlechtszugehörigkeit noch immer als Prinzip sozialer Gliederung fungiert; in jeder Kultur führt die Tatsache der bzw. der Wunsch nach Fortpflanzung zu Kategorisierungen von ›Geschlecht‹ und zur Berücksichtigung von Leiblichkeit, da sich nicht nur höher entwickelte Lebewesen, sondern auch die menschlichen Gesellschaften zweigeschlechtlich fortpflanzen; die Berücksichtigung einer leiblichen Differenz wiederum verhindert nicht die gleichzeitige Betrachtung von ›Geschlecht‹ als einem sozialen Konstrukt, d. h. als etwas gesellschaftlich Hergestelltem und damit auch Veränderbarem, als einem Sachverhalt, der durchaus auch zu hinterfragen ist.«

Die inhaltliche Implikation der Aufgabe von Gender Mainstreaming für die Praxis der Jugendarbeit liegt nach meiner Einschätzung in der Erweiterung der Perspektive auf *beide* Geschlechter. Auch wenn die bisherige Praxis sich fast ausschließlich an dem Ziel der spezifischen Bezugnahme auf Mädchen orientiert hat, entspricht

⁶ »So läßt sich aus der Forschungslage als gesichert ableiten, daß schon ab Geburt eine geschlechtsspezifische Wahrnehmung und Behandlung des neuen Lebewesens beginnt. Das Geschlecht muß also als *soziale Kategorie* akzeptiert werden, die sich auf das biologische Geschlecht beruft, im wesentlichen aber die Erwartungen an kindliche Fähigkeiten und Verhaltensweisen in allen ihren Dimensionen strukturiert.« Deutscher Bundestag (1984), S. 25

die Berücksichtigung von Mädchen *und* Jungen einem unstrittigen Bedarf. Passende pädagogische Programme und Methoden werden zwar bereits ausprobiert, Projekte zur Jungenarbeit sind allerdings eher noch vereinzelt vorhanden und konzeptionell sehr unterschiedlich, aber es gibt entsprechende Praxis- und Theoriediskurse bis hin zur Modellentwicklung.⁷ In Anfängen, aber ebenfalls vorhanden ist eine Praxisdiskussion zur reflexiven Koedukation, die sich der Aufgabe stellt, ohne das methodische Instrument der monoedukativen Gruppen und Strukturen, Geschlechterhierarchien in pädagogisch gestaltbaren Situationen zu vermeiden.

Gender Mainstreaming ist ein Verfahren zur Organisation politischer Entscheidungen

Positive Effekte für die weiterhin erforderlichen Durchsetzungs- und Absicherungsstrategien geschlechtsspezifischer Jugendarbeit liegen vielmehr in dem Verfahrensaspekt von Gender Mainstreaming, das die Verbindlichkeit des Gleichstellungsziels für alle politische Entscheidungen steigern soll. Die wesentlichen Verfahrenselemente von Gender Mainstreaming sind in der Definition des Europarates benannt, die 1998 formuliert wurde. »Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, daß die an politischer Gestaltung beteiligten AkteurInnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen«⁸ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000, S. 3).

Zur Einschätzung dieser Implementierungsstrategie von Gleichstellungspolitik für die Weiterentwicklung von Jugendarbeit erscheinen mir folgende Elemente der Definition besonders wichtig:

- *Gegenstand* von Gender Mainstreaming sind nicht pädagogische Maßnahmen, sondern *Entscheidungsprozesse* im politischen Verantwortungsbereich, diese sollen optimiert werden im Hinblick auf Gleichstellungsaufgaben.
- Die *Optimierung* wird in Verbindung gebracht mit Kriterien und *Verfahren*, wie sie aus *Organisationsentwicklungsverfahren* bekannt sind: Ziele formulieren und vorgeben (Top-down-Prinzip) »Blickwinkel der Gleichstellung (...) auf allen Ebe-

⁷ Vgl. Neubauer, Gunter; Winter, Reinhard (2001).

⁸ »L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des ›bonnes pratiques‹ vom 25. März 1998, Strasbourg, übersetzt von Krell u.a. in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000).

nen«, Denken in und Aufzeigen von Zusammenhängen (Querschnitts- vs. Ressortdenken) »in allen Bereichen«, Ergebniskontrolle »Evaluierung der Entscheidungsprozesse«.

- *AdressatInnen* von Gender Mainstreaming sind diejenigen, die an der Organisation politischer Entscheidungsprozesse beteiligt sind, *diejenigen, die Entscheidungen treffen* und verantworten, beratend vorbereiten, begleiten und auswerten.
- Gender Mainstreaming ist, wie andere *Qualitätssicherungsverfahren* auch, zunächst *inhaltsleer*, die Qualität besteht in der Existenz und Anwendung der Verfahrens.

Kriterien zur Anwendung dieses Verfahrens müssen von außen in dieses Verfahren eingeführt werden, z. B. aus der Fachdiskussion, der Reflexion des Entwicklungsstandes der Praxis, aus der Bewertung der Lebenslagen der AdressatInnen, unter Bezugnahme auf die Aufgabenstellung und rechtlichen Rahmen des jeweiligen Handlungsfeldes, aus politisch ausgehandelten Realitätsdeutungen und Bedarfsdefinitionen usw. Dieser Diskussionsprozeß ist – wie der theoretische Diskurs vom politischen Entscheidungsvorgang – vom Verfahren Gender Mainstreaming als Entscheidungsoptimierungsverfahren zu trennen, der Fachdiskurs ist bereits Voraussetzung für die Möglichkeit von Gender Mainstreaming und gleichzeitig Folge auf der Basis von Ergebnissen dieses Verfahrens.

Gender Mainstreaming im Kontext der Strukturen von Jugendpolitik

Gender Mainstreaming reduziert Gleichstellung nicht mehr auf die subjektive Interaktionsebene »Erziehung, Bildung, Jugendarbeit«, sondern erweitert die Aufgabe durch eine Umsetzungsstrategie für die Exekutive auf alle Politikbereiche. Reorganisation und Qualifizierung dieser Entscheidungsschritte und -verfahren sollen Ergebnisse von Entscheidungen im Sinne des Ziels der Gleichstellung von Frauen und Männern verbessern und damit dazu beitragen, insgesamt die gesellschaftliche Gleichstellung besser als bisher zu verwirklichen. Für die Jugendarbeit ist Gender Mainstreaming zu verorten im Rahmen der Organisation von politischen Entscheidungen im Ressort Jugendpolitik. Aufgabe von Jugendpolitik ist es, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen förderlich zu gestalten, um soziale Integration der nachwachsenden Generation zu unterstützen.

Gender Mainstreaming soll diese *jugendpolitischen* Entscheidungen optimieren, um das Gleichstellungsziel besser zu erreichen. Die Spezifika von Jugendpolitik werden landläufig in der doppelten Struktur von Ressort- und Querschnittspolitik gesehen. Während der eine Bereich eher den politischen Institutionen (Ministerien und Verwaltungen) als Jugendhilfe- und Jugendförderungs politik zugeordnet ist, gilt die

Querschnittspolitik als primär dem Selbstverständnis von Verbänden, Organisationen und Parteien verpflichtet, die sich im Interesse junger Menschen artikulieren und handeln.⁹ Jugendpolitik als Ressortpolitik verfolgt insgesamt gesehen den Auftrag, das erforderliche System an sozialer Infrastruktur, an Einrichtungen, Maßnahmen und Angeboten zur Verfügung zu stellen. Dagegen thematisiert der querschnittspolitische Diskurs der Jugendpolitik die Lebenslagen junger Menschen in Bezug zu anderen Teilpolitiken, in deren Verantwortungsbereichen Entscheidungen Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen haben.

Die Querschnittsargumentation ist der Jugendpolitik von ihrem Selbstverständnis her immanent, deshalb auch als Aufgabe der Jugendhilfe gesetzlich normiert,¹⁰ wird also nicht erst mit dem Gender Mainstreaming-Verfahren eingeführt, aber mit dem thematischen Auftrag der Gleichstellung präzisiert. Zur bisherigen Wirksamkeit jugendpolitischer Querschnittspolitik stellen Schefold und Böhnisch (1989) allerdings fest. »In den politischen Systemen der Bundesrepublik (...) sind kaum Zuständigkeiten und Verfahren institutionalisiert worden, die gewährleisten, daß die aus den Lebenslagen von Jugendlichen heraus formulierten Ansprüche in den funktional dominierten Ressorts regelmäßig Berücksichtigung fänden. Jugendpolitik (...) ist auf die in den einzelnen Fachressorts gegebenen Problem- und Wertberücksichtigungspotentiale angewiesen« (Schefold/Böhnisch 1989, S. 803). Nun zielt Gender Mainstreaming gerade darauf, Verfahren zur Organisation und Kontrolle von Entscheidungen zu etablieren. In der Betonung des Verfahrens läge demnach eine erweiterte Möglichkeit, die strukturelle Randständigkeit von Jugendpolitik als Querschnittspolitik insgesamt – und nicht nur unter Gleichstellungsgesichtspunkten – zu verringern. Vergleichbare Ansätze gibt es im Bereich der Kinderpolitik mit dem Instrument der Kindertauglichkeitsprüfung. Das Verfahren wird vermutlich aber trotzdem dort seine Grenzen erfahren, wo es um gesellschaftliche Bereiche geht, die zwar zentral sind für die Lebenslagen und -chancen junger Menschen, aber der politischen Gestaltbarkeit weitgehend entzogen sind (z. B. Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt). Diese Grenzen jugendpolitischer Querschnittspolitik, mit welchem Ziel auch immer, werden auch nicht durch Entscheidungsoptimierung zu überwinden sein. Vielmehr gehört es zur gesellschaftlichen Funktion von Jugendhilfe und Jugendpolitik, soziale Probleme zu pädagogisieren, d. h. als Probleme des individuellen Lebenslaufs zu definieren. Ihr werden die Lösung von Problemen überantwortet, deren verursachende Faktoren sie kaum wirksam beeinflussen kann. Die Aufgabe,

⁹ Vgl. Schefold, Werner; Böhnisch, Lothar (1989).

¹⁰ Vgl. § 1 (5) KJHG.

gesellschaftliche Gleichstellung durch Jugendpolitik zu bewerkstelligen, wird demzufolge den gleichen Systemgrenzen unterliegen, auch wenn die Entscheidungsverfahren rationalisiert werden. Das heißt letztlich auch, daß die Implementation gleichstellungspolitischer Ziele in Jugendpolitik nicht zwangsläufig ihre Wirksamkeit erhöhen muß, sondern vielmehr dadurch ein Weg der Umdefinition beschritten wird, der den Gleichstellungszielen ihren politischen Gehalt nimmt. Gleichstellung wird zu einer pädagogischen Aufgabe und unterliegt damit den spezifischen Strukturbedingungen dieses Feldes.

Der Querschnittsansatz des Gender Mainstreaming-Verfahrens ist also einerseits die Voraussetzung dafür, Verbindungen zwischen den Ressorts der Teilpolitiken herzustellen, d. h. Probleme dort anzugehen, wo sie gelöst werden können. Und diese Verbindungen können durch Verfahren optimiert werden. Andererseits führt die Implementation im und die Impulsgebung aus dem Erziehungs- und Bildungsbereich tendenziell zu einer Entpolitisierung, das Grundanliegen von Gender Mainstreaming, politische Entscheidungen zu verbessern, kann damit leicht unterlaufen werden.¹¹

Gender Mainstreaming als Verfahren zur Gestaltung von jugendpolitischer Ressortpolitik

Jugendpolitische Ressortpolitik wird im wesentlichen als Jugendförderungspolitik verstanden und praktiziert. Instrumente der Jugendförderung sind entsprechende Förderprogramme und -pläne auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bzw. entsprechender landesrechtlicher Regelungen und Gesetze, die Leistungsbereiche und Förderungsverpflichtungen bzw. Kriterien der Mittelvergabe definieren. In diesen ist das Ziel, das Gender Mainstreaming begründet, bereits verankert: Explizit als Leitnorm mit Querschnittscharakter, mit Blick auf beide Geschlechter und mit einem doppelten Auftrag, Kompensation (Abbau von Benachteiligung) und aktive Förderung (Schaffung von Gleichberechtigung). Das heißt, mit dem Paragraphen § 9 (3) des KJHG ist bereits eine der wesentlichen Voraussetzungen des Gender Mainstreaming-Auftrags erfüllt: Die Kategorie Geschlecht, die Tatsache, daß Lebenslagen und Lebensverhältnisse gemäß dieser Strukturkategorie unterschieden werden müssen, wird als ein Ausgangs- und Bezugspunkt für alle Leistungsbereiche des KJHG formuliert.

¹¹ Hiermit ist keine Zwangsläufigkeit beschrieben, allerdings fällt auf, daß dem »einschlägigen« Ressort, dem BMFSJ, die Federführung für den gesamten Gender Mainstreaming-Prozeß übertragen wurde.

Über die Funktionsweise dieser Leitnorm geht Gender Mainstreaming in dem Punkt hinaus, in dem der Akzent auf das Verfahren zur *Überprüfung von Ergebnissen* gelegt wird. Inwieweit damit weiterreichende Maßnahmen der Exekutive verbunden sein können als diejenigen, die in Umsetzung von § 9(3) KJHG praktiziert werden oder werden sollten, kann nur diskutiert werden unter Bezugnahme auf die Strukturbedingungen des Feldes Jugendpolitik bzw. Jugendhilfe/Jugendarbeit und auf die besondere Struktur ihrer Aufgabe, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen beizutragen.

Verfahren zur Qualifizierung von Entscheidungen haben ihren Ort und ihre Grenzen auf der jeweilig zuständigen Ebene.

Jugendhilfe und Jugendpolitik sind im wesentlichen durch eine weitgehende Verlagerung von Verantwortung auf die unterste politische Ebene charakterisiert, für die Jugendarbeit ist dies je nach landesgesetzlichen Regelungen ggf. die kreisangehörige Gemeinde, auf jeden Fall aber der Landkreis oder die Kreisstadt. Dieses Strukturprinzip reflektiert neben ordnungspolitischen Aspekten im wesentlichen die Tatsache, daß der Persönlichkeitsentwicklung förderliche Maßnahmen – insbesondere der Jugendarbeit, die auf den sozialen Nahraum als Bezugsrahmen für Freizeit ausgerichtet ist –, am besten in Kenntnis und in Einbindung der Verantwortung vor Ort durchgeführt werden. Gender Mainstreaming-Verfahren in der Jugendpolitik können und sollten die jeweils autonomen Entscheidungsebenen nicht umgehen, hier liegen eindeutig die Grenzen eines Top-down-Prinzips. Seine Möglichkeiten liegen dort, wo mit einer eindeutigen politischen Zielvorgabe öffentliche Aufmerksamkeit, Erklärungstatbestände und Legitimationsnotwendigkeiten geschaffen werden, die politische Entscheidungen zur Folge haben müssen. In dieser Weise war der zitierte § 9 (3) KJHG bisher bereits durchaus erfolgreich. Auch die Kriterien, die die Erreichung von gleichstellungspolitischen Zielen angeben sollen, können nur in Kenntnis und unter Berücksichtigung der jeweils konkreten Bedingungen und Bedarfe im jeweiligen Verantwortungsbereich entwickelt werden. So werden die Beurteilungskriterien, inwieweit Förderung von Jugendarbeit zur Gleichstellung von Mädchen und Jungen beiträgt, je nach örtlichen Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen. Denn diese sind beispielsweise abhängig von der vorhandenen Angebotsstruktur der Jugendarbeit (gibt es überhaupt Einrichtungen, sind diese mit Fachpersonal ausgestattet, wie ist die vorhandene Vereins- und Jugendgruppenstruktur, gibt es ein bedarfsgerechtes Ferienprogramm usw.?). Das heißt, die Beurteilung, inwieweit Jugendarbeit ihren Beitrag zur Gleichstellung leistet, kann von politisch Verantwortlichen nicht vorgenommen werden, ohne sich damit auseinanderzusetzen, ob Jugendarbeit insgesamt bedarfsgerecht ausgestattet ist und

unterstützt wird. Oder andersherum: Dort, wo die Infrastruktur der Jugendarbeit defizitär ist, ist auch ihr Beitrag zur Gleichstellung unzureichend. Und Kriterien müssen – eine der wesentlichen Erfahrungen der kommunalen Jugendhilfeplanung – diskursiv unter Beteiligung verschiedenster Akteur/Innen ermittelt und vermittelt werden. Nur so kann eine Kultur der Qualität entstehen, die Verantwortung aller Beteiligten für das gemeinsame Ziel, in diesem Falle Gleichstellung, entwickelt und die »Kontrolle« nicht extern formulierten Kriterien überantwortet.

Verfahren zur Qualifizierung von Entscheidungen finden ihren Ort und ihre Grenzen im Rahmen der Selbstorganisation von Jugendarbeit.

Ein zweites Strukturmerkmal des Feldes der Jugendhilfe – insbesondere der Jugendarbeit – ist die Trägervielfalt und der Vorrang der freien Träger. Gerade für die Jugendarbeit gilt, daß die sog. Trägerlandschaft in ihrer Vielfalt an Programmen, Werten, Orientierungen und Organisationsformen ihre Entsprechung in der heutigen Vielfalt von jugendlichen Interessen, Lebenslagen und jugendkulturellen Gesellungsformen findet, ohne diese plurale Organisationsform würde Jugendarbeit eine ihrer wesentlichen Funktionen verlieren. Förderung von Jugendgruppen und -initiativen der Jugendarbeit (vgl. § 12 KJHG) erfolgt heute nicht mehr in erster Linie, um organisatorische Bestandserhaltung als Selbstzweck zu betreiben, ihre Aufgabe liegt vielmehr darin, Lebensräume junger Menschen zu ermöglichen und zu unterstützen, zu deren Existenzvoraussetzung es gehört, sich sozialpolitischer Steuerung zu entziehen. Denn ein Problem der Wirksamkeit von Jugendpolitik als Instrument zur Gestaltung und Stützung von Lebensläufen liegt nach Schefold/Böhnisch heute darin, daß sich neben institutionell definierten Lebenslagen und Biographien von Jugendlichen eine institutionenabgewandte Seite des Alltags entwickelt habe, die sich »in ihrer Mischung aus politischer, ökonomischer, privater und zunehmend höchst subjektiver ›Steuerung‹ öffentlichen Strategien, die am ›Wohl‹ von Kindern und Jugendlichen interessiert sind (wie auch immer dieser Topos definiert wird), sperrt« (Schefold/Böhnisch 1989, S. 803). Der sozialen Integration junger Menschen verpflichtete Jugendpolitik ist deshalb gut beraten, die Begrenztheit von Verfahren der Entscheidungsrationalisierung und Qualitätssicherungsverfahren, wie es Gender Mainstreaming darstellt, für diese unterschiedlich organisierten »Lebensräume« anzuerkennen. Alle selbstorganisierten Initiativen, Aktivitäten und Gesellungsformen, die die Praxis der Jugendarbeit weitgehend prägen, können von entsprechenden Verfahren der Jugendpolitik nicht erfaßt werden. Dies bedeutet nicht, daß Jugendarbeit dem Ziel der Gleichstellung in ihrem eigenen Bereich verschlossen ist – die oben angedeutete Übersicht belegt den gegenteiligen Eindruck – allerdings ist Steuerung und Einflußnahme nicht über den Weg der Verfahrensorganisation und

-evaluation zu erreichen, sondern muß unter Berücksichtigung und Förderung der Spezifika des Feldes vorgenommen werden.¹²

Entscheidungskriterien werden entwickelt im Rahmen des jugendhilfespezifischen Instrumentes der Jugendhilfeplanung.

Um angesichts der spezifischen Strukturbedingungen des jugendpolitischen Feldes wie der pädagogischen Aufgabe adäquate Rahmenbedingungen zu gestalten, fachliche und politische Entscheidungskriterien zu entwickeln sowie die Praxis bedarfsgerecht weiterzubringen, ist in der Jugendhilfe das Planungsinstrument der kommunalen Jugendhilfeplanung eingeführt worden. Dieses Instrument ist so angelegt, daß sowohl die aktuellen Lebenslagen der AdressatInnen und ihre Bedürfnisse, die spezifischen Jugendhilfestrukturen wie die gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten der Praxis vor Ort miteinander in Bezug gesetzt werden können. Entsprechende Erhebungs-, Diskurs- und Beteiligungsformen als ergebnisorientierte Aushandlungsprozesse der unterschiedlichen Interessen- und Bedarfslagen bringen Öffentlichkeit, Akzeptanz und politische Relevanz. Dieses ist ein der Jugendhilfe und der Jugendarbeit angemessenes Instrument, um u.a. Kriterien für politische Entscheidungsträger zu entwickeln, wie durch Leistungen und Dienste der Jugendhilfe dem Gleichstellungsziel besser als bisher nachgekommen werden kann. Daß kommunale Jugendhilfeplanung zwar unzweifelhaft gesetzlich vorgeschrieben ist, aber bisher weder flächendeckend (mehr als 10 Jahre nach Inkrafttreten des KJHG) noch überall und immer (trotz der Leitnorm des § 9 (3) KJHG) geschlechtsdifferenziert angelegt und ausgeführt wird, ist zwar unbefriedigend und mag einerseits die Notwendigkeit *strengerer* Verfahren begründen, wenn Gleichstellung besser als bisher vorangebracht werden soll. Andererseits zeichnen diese Erfahrungen ein realistisches Bild über politischen Gestaltungswillen und politische Gestaltungsmöglichkeiten der Verantwortlichen. Aber gleichzeitig zeigen Beispiele und Projekte der Jugendhilfeplanung, die zielorientiert angelegt waren, daß es möglich ist, eine Qualitätssteigerung zu erreichen unter Anerkennung und Förderung der Eigengesetzlichkeiten der Jugendhilfe. Dort, wo im Rahmen der Planungsprozesse Bedarfe transparent werden, Kriterien für Prioritätenentscheidungen fachlich ausgearbeitet werden, wächst die kommunalpolitische Beachtung und damit die Bereitschaft zu einer entsprechenden Förderung. Das heißt, Kriterien für Entscheidungen zur Gestaltung von Jugendpolitik als ein Beitrag zur Gleichstellung von Mädchen und Jungen, von Männern und Frauen können ohne eine Jugendhilfeplanung weder

¹² Vgl. hierzu Bayerischer Jugendring 2000b und 2002.

bedarfs- noch sachgerecht ermittelt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß der gesamte Planungsprozeß durchgängig Geschlechterdifferenzen und Gleichstellung in allen Phasen und mit allen Beteiligten berücksichtigt. Ohne eine solche Analyse kann weder angezeigt werden, wo spezifische Defizite in der Angebotsstruktur für Jungen und Mädchen liegen, noch kann berücksichtigt werden, welche Bedürfnisse die AdressatInnen von sich aus artikulieren, noch welche Standards der einschlägigen Fachdiskussionen als wichtig für die Beurteilung und Ergebnisbewertung eine Rolle spielen sollen und welche Umsetzungsschritte deshalb geboten erscheinen. Dieser Gesamtprozeß von Beschreibung, Analyse, kommunikativer Konsensbildung und Entscheidungsbegründung ist letztlich die gemeinsame Basis für gleichstellungs- und jugendhilfepolitische Ziele, für deren Umsetzung und Erfolgskontrolle.

Ergebnis

- *Gender Mainstreaming* ist vor dem Hintergrund der bisherigen erfolgreichen Praxisentwicklung der Jugendarbeit zur Gleichstellung von Mädchen und Jungen ein *weiterer Schritt im Implementationsverlauf von Gleichstellungszielen*.
- Die Installation des Gender Mainstreaming-Verfahrens bringt weder unmittelbar eine Revision der bisherigen Praxis mit sich, noch ist Gender Mainstreaming ein neues pädagogisches Konzept der Jugendarbeit. Praxis- und Konzeptentwicklung erfahren allerdings durch *Gender Mainstreaming-Verfahren Impulse und Verstärkung* insbesondere dadurch, daß die Perspektive auf beide Geschlechter erweitert wird, und durch die Querschnittsperspektive, d. h. durch die verbindliche Einbeziehung aller Politikbereiche zur Erreichung gleichstellungspolitischer Ziele.
- Die Installation von *Gender Mainstreaming-Verfahren ist nicht der Ersatz für pädagogische Ziele und Aufgabenstellungen*. Diese entwickeln sich aus der Kenntnis der Lebenssituation der AdressatInnen, deren Interessensartikulation und ihrem zu fördernden Entwicklungspotential. Der Weg hierzu ist ein fachlicher Diskurs unter Bezugnahme auf Praxis einerseits und wissenschaftliche Theorien andererseits. Gender Mainstreaming Kriterien nehmen auf diesen Diskurs Bezug, aber nicht vorrangig oder ableitend.
- Die Einführung von *Gender Mainstreaming-Prozessen* in den jugendpolitischen Entscheidungsebenen muß *im Kontext der Bedingungen dieses Politikfeldes* beurteilt werden, dies sind insbesondere die grundsätzliche Randständigkeit von Jugendpolitik mit der Funktion der Pädagogisierung sozialer Problemlagen und die Begrenztheit der jugendpolitischen Querschnittspolitik gegenüber den für die Lebenslagen junger Menschen entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen.
- Die *Struktur des Handlungsfeldes Jugendarbeit* und die damit zusammenhängende Struktur des Systems der Jugendhilfe beschreiben den *Rahmen zur Organisation*

von Gender Mainstreaming-Verfahren: Die politischen AkteurInnen als AdressatInnen von Gender Mainstreaming entscheiden in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen der jeweiligen politischen Ebenen autonom; Gender Mainstreaming muß den jeweiligen Aufgaben und Bedingungen dieser Ebenen angepaßt werden; das Top-down-Prinzip kann nur wirksam sein im Sinne einer Setzung symbolischer Leitnormen, nicht als Prinzip zur Durchsetzung politischer Entscheidungen.

- *Grundlage* von Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe *ist das KJHG*; in diesem ist die Gleichstellung bereits als Leitnorm verankert, diese steht gleichgewichtig neben anderen für die Gestaltung von Jugendpolitik maßgeblichen. Aus Sicht der Jugendarbeit sind dies insbesondere *Beteiligung der AdressatInnen und Förderung der Selbstorganisation*.
- Jugendhilfe und *Jugendarbeit sind im Kern pädagogische Aufgaben* mit dem Ziel der Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, Ergebnisse und Effekte dieser Aufgabenstellung sind letztlich nur auf der Ebene der beteiligten Subjekte angemessen zu erfassen und zu beurteilen. Sie *entziehen sich einer Standardisierung zur Überprüfung der Wirksamkeit von Entscheidungen der politischen Exekutive*.
- *Kriterien*, welche Maßnahmen der Jugendarbeit welche Beiträge zur Gleichstellung der Geschlechter liefern, können *nur in einem Prozeß diskursiver Verständigung ermittelt* werden, der ausgehend von der Interessensartikulation der AdressatInnen, der Berücksichtigung der Ausgangsbedingungen, der Einbeziehung einschlägiger ExpertInnen und unter Beteiligung der verantwortlichen Entscheidungsträger ausgetragen wird.
- *Geeignete Instrumente* zur Organisation dieser Prozesse und zur Ergebnisermittlung liefert die *kommunale Jugendhilfeplanung*.

Literatur

- Bayerischer Jugendring (Hg.) (1993): Mädchen und Frauen in der Jugendarbeit in Bayern, Positionen, München
- Bayerischer Jugendring (Hg.) (1997): Mädchen- und Frauenarbeit in der Jugendarbeit, Bestand und Bedarf, Dokumentation, München
- Bayerischer Jugendring (Hg.) (1998): Erste mädchenpolitische Konferenz, Dokumentation, München
- Bayerischer Jugendring (Hg.) (2000a): Zweite mädchenpolitische Konferenz, Dokumentation, München
- Bayerischer Jugendring (Hg.) (2000b): FAMtotal – Zwischenbericht des Fachprogramms zur Förderung der Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in der Jugendarbeit in Bayern, München
- Bayerischer Jugendring (Hg.) (2002): FAMtotal – Abschlussbericht des Fachprogramms zur

Förderung der Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in der Jugendarbeit in Bayern, München (erscheint März 2002)

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (1994): Politik für Frauen in Bayern, Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern, München

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000): Gender Mainstreaming – Informationen und Impulse, Veranstaltungsskript, Berlin

Deutscher Bundesjugendring (1993): Zur Mädchen- und Frauenpolitik, Forderungen des Deutschen Bundesjugendrings, in: DBJR Fraueninfonetz I/93, Bonn, S. 11-16

Deutscher Bundesjugendring: DBJR Fraueninfonetz, Informationen über/für Frauen und Mädchen in Jugendverbänden, Bonn, erscheint seit 1986 viermal jährlich

Deutscher Bundestag (1984): Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland – Sechster Jugendbericht, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 10/1007

J-GCL (1989): Mädchen- und Frauenarbeit in der J-GCL ist beschlossen Sache, in: DBJR Fraueninfonetz II/89, Bonn, S. 6

IMA 3. Sitzung (2001): Implementierung Gender Mainstreaming auf Bundesebene, Veranstaltungsarchiv, http://www.bmfsj.de/dokument.../ix_27779.htm?Thema=81&termintype

Kreisjugendring München-Stadt (1998): Leitlinien für die Arbeit mit Mädchen im Kreisjugendring, München

Kreisjugendring München-Stadt (Hg.) (2000): Abschied von den Geschlechterrollen? Neue Erkenntnisse der Geschlechterforschung und ihre Relevanz für die Jugendarbeit, Dokumentation, München

Landesjugendring Baden-Württemberg (1989): »Die Hälfte der Welt«, Mädchen- und Frauenförderplan für die Jugendverbandsarbeit und offene Jugendarbeit in Baden-Württemberg, Stuttgart

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (1999): Kinder und Jugendliche an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, 7. Kinder- und Jugendbericht, Düsseldorf

Neubauer, Gunter/Winter, Reinhard (2001): So geht Jungenarbeit, Geschlechtsbezogene Entwicklung von Jugendhilfe, SPI Berlin Mädchen in der Jugendhilfe (Hg.), Berlin

Nissen, Ursula (2000): Theorie, Empirie und Praxis – Neuere Ansätze zur Erklärung weiblicher Sozialisation und ihre Bedeutung für die Praxis der geschlechterbezogenen Jugendarbeit, in: Kreisjugendring München-Stadt (2000), a.a.O. S. 7-20

Oechsle, Mechthild (2000): Gleichheit mit Hindernissen, Stiftung SPI Bundesmodell Mädchen in der Jugendhilfe (Hg.), Berlin

Rose, Lotte (2000): Die Geschlechterkategorie im Diskurs der Kinder- und Jugendhilfe, Kritische Überlegungen zu zentralen Argumentationsmustern, in: Diskurs 2/2000, Deutsches Jugendinstitut, München, S. 15-20

Schefold, Werner/Böhnisch, Lothar (1989): Jugendpolitik, in: Markefka, M./Nave-Herz, R.: Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Neuwied, S. 795-808

SJD – Die Falken (1989): Frauen und Mädchen erobern den Verband – Zur Reform der koedukativen Theorie und Praxis, Maßnahmen- und Forderungskatalog, in Deutscher Bundesjugendring: DBJR-Fraueninfonetz IV/89, Bonn, S. 15-17

Sozialreferat der Landeshauptstadt München (1999): Kinder- und Jugendhilfeplan, Leitlinien für die geschlechtsspezifisch differenzierte Kinder- und Jugendhilfe auf Grundlage des § 9 (3) KJHG, München

Lotte Rose

Gender Mainstreaming im Feld der Kinder- und Jugendarbeit

Über Gender Mainstreaming als neues Anforderungsprofil in der Kinder- und Jugendarbeit nachzudenken, mag eigentümlich anmuten. Schließlich waren es die Jugendhäuser, in denen die feministische Mädchenarbeit ihren Anfang nahm (Savier/Wildt 1980), wo zuallererst die verdeckte und diskriminierte Situation der Mädchen skandalisiert wurde, wo Arbeitskonzepte entwickelt wurden, um Mädchen und später auch den Jungen gerecht zu werden, bis dahin, Räume, Stellen und finanzielle Ressourcen für Mädchen- und Jungenarbeit institutionell festzuschreiben. So ist es sicherlich nicht übertrieben, der Jugendarbeit in der Palette der Jugendhilfefelder eine besondere Vorreiterinnenrolle im Hinblick auf geschlechtsspezifische Qualifizierungsimpulse zuzuordnen. Hier haben sich bisher am weitreichendsten geschlechtsspezifische Arbeitsansätze etabliert. Mädchenangebote, Mädchenräume, Mädchentage und – wenn auch noch nicht in derselben Intensität – Jungenangebote und Jungentage gehören heute zum Programm vieler Jugend- und Kinderhäuser und anderer Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Grundlegend sind dabei folgende Annahmen:

- Mädchenbenachteiligung: Mädchen sind in unserer Gesellschaft strukturell benachteiligt. Diese Benachteiligung ist heutzutage um so schwerer zu fassen, als sie hinter einer derzeit intensiv gepflegten öffentlichen »Gleichheitsrhetorik« verborgen wird und die mit der Ungleichheit einhergehenden biographischen Konflikte mit der Individualisierung privatisiert werden. Benachteiligungsstrukturen wirken bei allen gesellschaftlichen Geschlechtsrollenwandlungen demzufolge heute unverändert weiter, nur subtiler und verdeckter. Sie erfordern es, daß Jugendarbeit sich Mädchen parteilich zuwendet, um ihnen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
- Gleichheit qua Geschlecht: Auch wenn anerkannt wird, daß Mädchen- und Jungenwelten keine homogenen Systeme sind, sondern sich gerade im Zuge der gesellschaftlichen Pluralisierungen vervielfältigt haben, auch wenn dafür plädiert wird, differenziertere Sichtweisen vorzunehmen, bleibt dennoch die Idee der Geschlechterdichotomie erhalten. Es wird weiterhin davon ausgegangen, daß die jeweiligen Geschlechtergruppen in ihrem Kern durch die Strukturen einer ge-

schlechterhierarchischen Gesellschaft einheitlich und elementar und eindeutig voneinander unterschieden sind.

- Dramatisierung des Geschlechts: Eine Jugend- und Kinderarbeit, die das Geschlecht ihrer Zielgruppen nicht konzeptionell reflektiert, trägt dazu bei, männliche Dominanzen und weibliche Marginalisierung zu verfestigen. Nur eine intensive und vor allem *kritische* Thematisierung des Geschlechts der Zielgruppen wie auch des eigenen Geschlechts als Professionelle ermöglicht es, eine Pädagogik zu gestalten, die nicht Geschlechterhierarchisierung und Mädchendiskriminierung »unter der Hand« transportiert.
- Geschlechtsrollenerweiterung: Dramatisierung des Geschlechts, das bedeutet in der Regel auch die Dominanz problemorientierter und defizitorientierter Sichtweisen. Es wird unterstellt, daß Mädchen und Jungen Probleme mit den geschlechtsspezifischen Normalitätswängen haben, sei es, daß sie in Konflikte geraten, sei es, daß sie Kompetenzen nicht entwickeln können, die für ihre Gesundheit erforderlich wären. Dies gilt vor allem für Mädchen, wobei in jüngerer Zeit vermehrt auch die beschädigenden Wirkungen der Männlichkeitsnormierungen für Jungen diskutiert werden. Als Ziel für eine geschlechtsbewußte Kinder- und Jugendarbeit wird daher immer wieder die biographische Optionen-erweiterung jenseits der Zurichtungszwänge und Normalitätsauflagen formuliert.
- Kognition und Reflexion: Um Mädchen und Jungen aus den bestehenden Normalitätswängen freizusetzen, spielen Ansätze zur selbst- und gesellschaftskritischen Auseinandersetzung eine zentrale Rolle. Zwar sind diese in der Regel kombiniert mit sinnlichen, erfahrungsbezogenen, kreativen Methoden des »lebendigen Lernens«, doch erweisen sie sich letztlich als relativ »verkopft« und intellektualisiert, als sie immer kognitiv-reflexive Arbeitsphasen beinhalten, deren Ziel ist, die eigene Situation und die eigene Zwänge im Kontext der gesellschaftlichen Vorgaben zu durchschauen und auf diese Weise Ermächtigungsprozesse in Gang zu bringen.¹
- Stärkeansatz: Im kritischen Gegenzug zur Problem- und Defizitorientierung hat sich in der Mädchenarbeit das Primat des Stärkeansatzes herausgebildet, der aber in sich gebrochen geblieben ist. Sein Anliegen ist, Mädchen nicht mehr als »Nachholbedürftige« zu etikettieren, die etwas noch nicht haben, was Jungen haben, sondern den Blick statt dessen wertschätzend auf ihre Kompetenzen und ihre Lust zu richten und in der eigenen Praxis dort anzuknüpfen.² Vergleichbare Prozesse

¹ Ein Beispiel hierfür sind die bis heute bedeutsamen Praxishandbücher zur Mädchenarbeit (Klees u. a. 1992) und zur Jungenarbeit (Sielert 1989), die zahlreiche didaktisch-methodische Übungsvorschläge enthalten, um mit Mädchen und Jungen biographische Selbstreflexionen stattfinden zu lassen.

² Das zeigt sich auch darin, daß Ausschreibungen für Mädchenarbeitsangebote mittlerweile das »starke Mädchen« in verschiedensten Variationen als Werbeslogan benutzen (Fleßner 2000).

lassen sich in der Jungenarbeit verzeichnen. Auch hier will man Jungen weniger als beschädigte Opfer hinstellen, sondern gezielter auf ihre Kompetenzen setzen.

- Geschlechtshomogene Gruppenarbeit: Geschlechtsgemischte Situationen verschärfen für Mädchen, aber auch für Jungen die Normalitätswänge. Um sich von Zuschreibungen und Erwartungen frei machen zu können, Tabuisiertes zu thematisieren und eine kritische Distanz zu den Zurichtungen des eigenen Geschlecht zu gewinnen, sind demzufolge gleichgeschlechtliche Gruppen notwendig. Dazu kommt, daß das Fehlen einer Gruppenkultur unter Mädchen und ihr Anhängsel-Dasein in Jungengruppen diese schwächt. Mädchengruppenarbeit befreit Mädchen somit aus ihrer Vereinzelung und aus ihrer Abhängigkeit von männlicher Spiegelung und hilft, die gleichgeschlechtliche Gruppe als Ressource zu erleben.
- Geschlechtshomogenität der Fachkräfte: Eine effektive Mädchen- und Jungenarbeit kann nur auf der Basis der gleichen geschlechtlichen Betroffenheit geleistet werden. Nur unter diesen Bedingungen können Fachkräfte die spezifischen Konfliktlagen der Mädchen und Jungen angemessen verstehen, thematisieren und auffangen, wie sie auch zur passenden Identifikationsfigur zur weiblichen und männlichen Lebensbewältigung werden können.
- Stellenverankerung und Mittelquotierung: Gerade in jüngerer Zeit ist das Bemühen um institutionell-formale Regelungen in den Vordergrund gerückt. Dahinter steckt die Idee, daß die Gleichstellung der Geschlechter in der Kinder- und Jugendarbeit vorangetrieben werden kann durch die Durchsetzung von Stellen mit entsprechend spezialisiertem Arbeitsauftrag und die Festschreibung von gleichen finanziellen Förderbeträgen für Mädchen und Jungen.³

Diese Standards zeigen widersprüchliche Wirkungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Sie haben dazu beigetragen, daß Geschlechtlichkeit als soziales Ungleichheitsmoment und Biographiegröße nach der Proklamierung der Chancengleichheit durch Koedukation in den 60ern überhaupt wieder in den fachlichen Blick kam und geschlechterdifferenzierende Konzepte diskutiert und durchgesetzt wurden. Dennoch werden auch Unzulänglichkeiten und immanente Begrenztheiten dieser Gender-Politik und Gender-Praxis sichtbar. Es gehört keineswegs zum *Mainstream* der Kinder- und Jugendarbeit, die eigene Praxis geschlechtsbewußt und geschlechtergerecht zu gestalten. Es ist keineswegs selbstverständlich, das Management von Geschlechterungleichheiten erfolgreich und flächendeckend zum normalen »Alltagsgeschäft« in der Kinder- und Jugendarbeit zu machen. Statt dessen zeigt sich folgende Situation:

³ Dies konnte zuerst mit den »Leitlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe« 1995 in Frankfurt/M. durchgesetzt werden (Klose/Weißmann 1996).

- Die Frage geschlechtsbewußter Qualifizierung wird überwiegend als mädchen-spezifische geführt, d. h. die Geschlechterproblematik stellt sich somit als eine dar, die als erstes Mädchen betrifft. Die Fachdebatte darüber, was Jugendarbeit Jungen bietet oder bieten müßte, ist noch jung und wenig weit entwickelt.
- Mädchenarbeit und Jungenarbeit sind Synonyme für Sonderräume, die zeitlich begrenzt und durch Geschlechtertrennung, besondere Inhalte und besondere personelle Zuständigkeiten gekennzeichnet sind. Geschlechtsbewußte Qualifizierungsansätze haben damit bisher einen relativ exklusiven und additiven Charakter, was dann oftmals dazu führt, daß die Frage nach dem Stand geschlechtsbewußter Fachlichkeit in der Kinder- und Jugendarbeit sich in der quantitativen Auszählung angebotener Mädchen- und Jungentage, Mädchen- und Jungenprojekte erschöpft.⁴ Es ist noch nicht gelungen, sie zum immanenten und integralen Merkmal der Kinder- und Jugendarbeit zu machen.
- Mädchenarbeit erreicht bis heute nur einen kleinen Teil von Mädchen und dies sicherlich nicht allein wegen ihrer geringen finanziellen Ausstattung. Es sind tendenziell jüngere Mädchen oder besonders belastete und marginalisierte weibliche Zielgruppen, die sich in den entsprechenden Einrichtungen und Angeboten finden. Auch wenn es Mädcheneinrichtungen gibt, die von Mädchen intensiv genutzt werden (Graff 1999, Möhlke/Reiter 1995), wird doch ebenso von Fachkräften vermeldet, daß »keine Mädchen kommen«, daß sie Mädchenarbeit als stigmatisierend ablehnen.⁵ Ähnliches gilt für die Jungenarbeit. Auf der einen Seite gut frequentiert, gibt es doch auch die andere Seite, daß Jungen fernbleiben.
- Dazu kommt, daß geschlechtsbewußte Qualifizierungsanforderungen bei den Fachkräften bis heute auf Widerstand stoßen. Viele – vielleicht auch die Mehrheit – der Frauen wie auch Männer blieb immer auf Distanz zu den geschlechterdifferenzierenden Arbeitsansätzen. Die frühe und bis heute immer wieder verlangte Forderung der Mädchenarbeit nach »kompensatorischer Jungenarbeit« ist gegenwärtig immer noch uneingelöst, weil männliche Kollegen kaum bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen. Auch bei den pädagogischen Nachwuchskräften zeigen sich Desinteresse bis hin zu Abwehr gegenüber Genderfragen.

⁴ Carola Kuhlmann spricht gar von einer »Trivialisierung« der Mädchengruppenarbeit (2000), indem sie formalisiert zum selbstverständlichen Repertoire der Jugendarbeit gehört.

⁵ Norbert Struck weist zurecht darauf hin, daß diese Befunde noch auf ihre »empirische Stichhaltigkeit hin geprüft werden« (2001, S. 201) müssen. Sie basieren bisher fast ausschließlich auf Erfahrungswissen, was sie zwar damit nicht automatisch falsch werden läßt, jedoch dazu auffordert, entsprechend systematische Untersuchungen hierzu zu machen.

Dieser Entwicklungsstand ist sicherlich nicht allein der mangelnden Entwicklungsbereitschaft der Kinder- und Jugendarbeit und auch nicht patriarchalem Beharrungsvermögen der Institutionen und ihrer – männlichen – Fachkräfte zuzuschreiben. Solche Erklärungen sind zwar attraktiv und machen Feindbilder klar, doch helfen sie letztlich wenig weiter bei der Aufgabe des Gender Mainstreamings. Sehr viel eher deutet die Situation darauf hin, daß die herrschenden fachlichen Standards, wie sie oben aufgelistet wurden, nur ungenügend dazu angetan sind, daß sich die entsprechenden Professionen für diese Innovationen öffnen. Hier scheint es von daher angebracht, konsequenter danach zu fragen, was der Gender-Diskurs selbst dazu beiträgt, daß er – entgegen seiner Zielsetzung – in der Kinder- und Jugendarbeit so marginalisiert bleibt.

Zu fragen ist beispielsweise nach der Adäquatheit des Wissens zu Mädchen- und Jungenwelten, das doch die entscheidende Basis für geschlechtsbewußte Konzeptentwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit darstellt. Mädchenarbeit – und dies gilt wohl in gleicher Weise für Jungenarbeit – bezieht sich vor allem auf jene Empirie, die ihr über ihre »gut laufenden« Einsatzfelder geliefert wird. Sie bezieht sich auf jene Informationen, die sie durch die Arbeit mit den Mädchen, die zu ihr kommen, erhält. Das ist zunächst einmal ein sinnvolles Vorgehen, die Erfahrungen aus der eigenen Arbeit mit Mädchen zum empirischen Bezugspunkt der Praxis zu machen. Die Gefahr liegt jedoch darin, daß dieses Wissen schnell und unzulässigerweise verallgemeinert wird, ohne zu bedenken, daß Mädchenarbeit es letztlich nur mit »Mädchenweltsegmenten« zu tun hat. Es ist zu realisieren, daß der größte Teil der Mädchen eben *nicht* Nutzerin von Mädchenarbeit ist und wir von daher letztlich nur über *ausgewählte* Mädchengruppen etwas wissen, für die die praktizierten Mädchenarbeitskonzepte passen. Wir wissen kaum etwas über die, für die – aus welchen Gründen auch immer – sie nicht passen, über die, die nicht kommen, die sich nicht angesprochen fühlen, auch nichts über die, die gekommen und dann wieder weggeblieben sind. Wir wissen viel über die, die Mädchenräume und ihre Freiheiten mögen, aber wenig über jene, die sie nicht mögen. Dies birgt die Gefahr von Schieflagen und Fehleinschätzungen.

Ein Beispiel hierzu: Wenn ich ein Projekt zum Thema Menstruation veranstalte, ist davon auszugehen, daß ich es hier mit Mädchen zu tun habe, für die dieses körperliche Ereignis in irgendeiner Weise ein Problem ist, das sie durch kollektive Thematisierung bearbeiten wollen. Die Gefahr ist zwangsläufig groß, daß ich das, was ich von den Mädchen höre, für alle Mädchen verallgemeinere – einfach aus dem Umstand heraus, daß ich so intensiv, vielleicht auch bedrückend – mit bestimmten Erscheinungen konfrontiert bin. Doch gibt es nicht auch Mädchen, die keine Menstruationsprobleme haben? Wie erleben sie dieses körperliche Ereignis? Gibt es tatsächlich kein Problem mehr? Gibt es andere Bewältigungsstrategien als das öffent-

liche Thematisieren? Hilft möglicherweise das Tabu? Dazu erfahren wir nur schwer etwas in einem entsprechende Mädchenprojekt. Will Mädchenarbeit ihr Wissen zu Mädchenwelten präzisieren, muß sie genauer nach jenen schauen, mit denen sie *nicht* arbeitet. Wer sind die Mädchen, die auf Distanz zur Mädchenarbeit bleiben? Wie leben sie, was treibt sie um, wovon träumen sie, wie arrangieren sie sich, was fehlt ihnen, was brauchen sie?

Dies läßt es sinnvoll erscheinen, gezielter als bisher Vernetzungen zu den vielen anderen Orten jenseits der Mädchenarbeit herzustellen, wo auch Mädchen sind. Denn dort kann ich genau etwas über jene »anderen« und »unbekannten« Mädchen erfahren, die ich nicht in den Einrichtungen und Angeboten der Mädchenarbeit finde. Diese Orte – seien sie institutionell oder auch informell – aufzusuchen, sich ins Gespräch zu begeben mit all den Menschen, die an anderen Stellen mit Mädchen zu tun haben, bietet die Chance, die bestehenden Bilder zu Mädchen in Frage zu stellen und zu differenzieren, neues und anderes zu erfahren. Derzeit zeigt sich eher Gegenläufiges in der Mädchenarbeit: die Kultivierung einer relativ abgeschlossenen und auf sich selbst bezogenen Kommunikation. In den letzten Jahren sind in den Kommunen Mädchenarbeitskreise in großer Geschwindigkeit und enormer Zahl entstanden, auch überregionale Vernetzungszusammenhänge wie Landesarbeitsgemeinschaften bis hin zu einer Bundesarbeitsgemeinschaft⁶ sind gegründet worden, in denen institutionell abgesichert die Situation von Mädchen pädagogisch und politisch thematisiert wird.

Diese Sicherung eines Raumes der Wissensbündelung, Verständigung, Selbstvergewisserung und solidarischen Unterstützung macht zwar einerseits Sinn, doch andererseits birgt sie die Gefahr der Blickverengung, die kaum zu verhindern ist – auch nicht durch »gute Vorsätze«: So weist zwar Maria Bitzan zurecht darauf hin, daß nicht »Harmonie oder falsches ›Verständnis«, sondern Genauigkeit, Nachfragen, Entselbstverständlichung« (2000, S. 158) notwendig sind, um die weiblichen Lebenswelten angemessen zu verstehen und politisch handeln zu können. Doch wie kann Querliegendes in institutionalisierten Gruppen wahrgenommen und gedacht werden, die zwangsläufig einen inneren diskursiven Mainstream ausbilden – sonst wären sie keine Gruppe? Zumindest besteht eine grundsätzliche Spannung zwischen Gruppenbindung und gedanklicher Offenheit. Ob sie will oder nicht, jede Gruppe trägt Züge des Sektiererischen. Hier sind die Fachgruppen der Mädchenarbeit nicht ausgeschlossen. Indem sie sich als Mädchenarbeitsforen konstituieren, formulieren sie Trennlinien. Dies geschieht z. T. offen, indem der Zusammenhang als einer zur feministischen oder

emanzipatorischen Mädchenarbeit explizit definiert wird. Dies geschieht aber auch »unter der Hand«, indem nur über die Art der öffentlichen Selbstinszenierung deutlich lesbare Botschaften dazu vermittelt werden, für wen dieser Zusammenhang ist. Außenstehende wissen so sehr genau, ob sie sich zuordnen können oder nicht.

Diese Sortierungsmechanismen sind nicht per se bedenklich. Sie haben ihre eigene wichtige Funktion als Selbst-Konturierungsbasis. Bedenklich werden sie erst dann, wenn das »Unter-sich-Sein« dazu führt, daß Realitäten nur noch ausschnitthaft wahrgenommen und verarbeitet werden. Die Tatsache, daß Mädchenarbeit sich bewußt inhaltlich-ideologisch definiert, indem sie von sich sagt, daß sie mehr sein will als die »Arbeit mit Mädchen«, sondern sich als pädagogischer und politischer Vorstoß zur Überwindung der Geschlechterhierarchie versteht – dies hat zur Folge, daß es keine Kommunikationskultur mit jenen Institutionen gibt, die auch mit Mädchen arbeiten, sich jedoch nicht mit diesen ideologischen Grundsätzen identifizieren. Gerade weil Mädchenarbeit erfolgreich Vernetzungen zwischen all jenen Frauen aufgebaut hat, die sich parteilich und emanzipatorisch Mädchen zuwenden, sind zu wenig Verbindungen zu jenen Fachkräften vorhanden, die sich auch Mädchen zuwenden, aber unter anderen ideologischen Vorzeichen. Diese werden kritisch beäugt, wenn nicht abgewertet, und nicht in den Diskurs und die bestehenden Mädchenarbeitsnetze integriert, wie sie sich auch selbst auf Distanz zu diesen halten, weil sie sich gesinnungsmäßig nicht darin wiederfinden können. Vergleichbares findet in der Jungenarbeit statt, wo nur die Arbeit unter explizit geschlechterkritischen Vorzeichen als Jungenarbeit gilt und eben nicht die vielgestaltige Praxis, in der Jungen auch zu finden sind. Es erscheint uns völlig absurd, beim Fußballtraining des Sportvereins oder auch des Jugendhausmitarbeiters von Jungenarbeit zu sprechen. Mit diesen normativen Mädchenarbeits- und Jungenarbeitsverständnissen werden mögliche Bündnischancen vertan, geschlechtsbewußte Qualifizierungen auf breitere Füße zu stellen. So könnte doch das Bild der so gering vorhandenen Mädchenarbeitsangebote plötzlich ganz anders aussehen, wenn wir bereit wären, auch die vielen anderen vermeintlich geschlechterunkritischen Kinder- und Jugendarbeitsangebote, in denen Mädchen Anlaufstellen haben, in die Zählung mit einzubeziehen. Die entscheidende Frage ist, ob eine Entideologisierung in der Gender-Qualifizierungsdebatte in der Kinder- und Jugendarbeit möglich und letztlich für die Sache dienlicher ist.⁷

⁶ Hier wäre es aufschlußreich, sich parallel anzusehen, welche Folgen es eigentlich für die Jugendarbeit hatte, daß nach der Hochphase der explizit »antikapitalistischen« Ansätze in den 70er Jahren diese ideologische Etikettierung verloren ging. Sie ist damit wohl kaum »kapitalistischer« geworden, was die Vermutung stützt, daß eine geschlechtsbewußte Jugendarbeit ohne »feministische«, »antipatriarchale« Vorzeichen auch nicht zwangsläufig patriarchal werden würde.

⁶ Die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e. V. wurde im November 1999 gegründet.

Die Trennung zwischen »richtiger« und »nicht richtiger« Mädchenarbeit verstellt auch den Zugang zu wichtigen Informationsquellen zu Mädchenwelten. So würde Mädchenarbeit beispielsweise, wie sie sich gegenwärtig versteht, vermutlich kaum Kontakt zu der Leiterin der Gardetanzgruppen des Faschingsvereins im Stadtteil suchen, um zu erfahren, was dort gemacht wird, welche Mädchen dorthin kommen, wie die Mädchen rekrutiert werden, welche Probleme sich zeigen. Zu unversöhnlich scheinen der Gardetanz und feministische Ideale. Doch: Wenn es darum gehen muß, die Vielfalt der Mädchenwelten und Bewältigungsleistungen zu begreifen, wäre es nicht überaus aufschlußreich, etwas aus dieser Kulturszene zu hören? Wenn Mädchen hier offensichtlich einen Ort geboten bekommen und finden, der attraktiv ist, wäre es nicht spannend, diesen Ort auch kennenzulernen? Auf diesem Hintergrund erhält auch die Debatte zur Kooperation von Mädchenarbeit und Schule eine andere Richtung. Vorherrschend ist dabei bisher die Idee, daß die »geschlechtsneutrale« Schule durch Mädchenarbeit Impulse erhalten soll, sich geschlechtsbewußten Qualifikationsimpulsen zu öffnen. Aber kann nicht auch ganz anders argumentiert werden? Böte Schule als der Ort, an dem alle Mädchen flächendeckend »erfaßt« werden, Mädchenarbeit nicht die Chance der eigenen empirischen Horizonterweiterung? In den Gesprächen mit Lehrkräften wie auch im Kontakt mit den Mädchen wäre zweifellos sehr viel mehr und wohl auch anderes über Mädchenwelten zu erfahren als in den kultivierten Mädchenarbeitsnetzwerken.

Eine solche Horizonterweiterung stellt sich aber nicht per se durch den Eintritt in andere sozialräumliche Sphären her, sondern sie erfordert eine innere Offenheit und Unvoreingenommenheit gegenüber dem, was sich zeigt. Dieses klingt selbstverständlich-profan, seine Realisierung ist jedoch tückisch. Karin Walser zeigt auf, wie hinderlich sich Expertenwissen auf das angemessene Fremdverstehen auswirkt. Dieses Expertenwissen umgibt uns überall, und es ist auch von der Gender-Forschung und Mädchen- und Jungenarbeit hervorgebracht worden. Es sagt uns, wie die Realität ist und wie sie zu verstehen ist. Es ist eine der Paradoxien wissenschaftlicher Produktion, daß ihre Ergebnisse oftmals zu kanonisierten Wissensbeständen werden, die sich über die Realität legen und damit die Wahrnehmung und das Denken vorstrukturieren und Weiterentwicklungen, Veränderungen, Verfeinerungen verhindern. Befunde und Erkenntnisse erstarren zu vermeintlichen Wahrheiten, die nur noch die Funktion haben, immer wieder – wie in einer Self-fulfilling-Prophecy – bestätigt zu werden. »Geschlossene Denksysteme tendieren zum Totalitären und zum Sektierertum. Die Problemdefinitionen entsprechen dann kaum mehr der Realität, sondern bloß noch den Bedürfnissen von Professionellen, die ihr Wissen als Experten verwerten wollen« (Walser 2000, S. 253). An einer Reihe von sozialpädagogischen Praxisbeispielen weist Karin Walser nach, wie dieses Expertenwissen

Erfahrungen von Professionellen kanalisiert, wie es verhindert, daß in den Erfahrungen Neues, Sperriges entdeckt und zur Weiterentwicklung genutzt wird.

Auch hier ein weiteres Beispiel: Eine Berufspraktikantin, tätig in einem Kinderhaus, erzählt davon, daß einige ältere Mädchen und Jungen sich regelmäßig im Toberaum zu sexuellen »Spielen« in der Gruppe zurückziehen. Sie fühlt sich unbehaglich dabei, ist irritiert, weil die Kinder doch noch so jung sind, »kräftiges« sexualisiertes Vokabular benutzt wird und die anderen Mitarbeiter das Ganze ignorieren. In der Seminargruppe dreht sich das Gespräch schnell darum, daß hier möglicherweise Übergriffe der Jungen stattfinden, gegen die sich die beteiligten Mädchen nicht wehren können. Man rät der Berufspraktikantin zu klären, wie die Mädchen das Ganze erleben, und den Mädchen auf jeden Fall zu helfen, Grenzen zu setzen. Dabei wird darauf verwiesen, daß ja bekannt wäre, wie schwer Mädchen dieses fällt. Hier wird deutlich, wie schnell – unbeabsichtigt und unbewußt – das Repertoire an Expertenwissen letztlich nur noch dazu dient, das Gesehene in die vorhandenen Deutungsmuster einzufügen und so Bekanntes zu bestätigen, nämlich die Übergriffigkeit der Jungen und die Ausgeliefertheit der Mädchen. Es wird nicht danach gefragt, ob diese Kinderpraxen nicht Ausdruck des Wunsches sein können, selbst auszuprobieren und zu erkunden, was sie als mediale – vielleicht auch direkte – Inszenierung aufregender Sexualität an vielen Orten sehen können, ob sich darin nicht auch das Bestreben zeigen könnte, auf diese Weise – indem man sich sexuell betätigt – dem Kinderstatus zu entrinnen. Es wird auch keine Parallele hergestellt zu den eigenen sexuellen Spielen, z. B. dem Flaschendreher mit all seinen spannenden Varianten und dem eigenen Erleben dabei. Die Szene wird nicht dazu genutzt, die kindlichen Mädchen- und Jungenwelten von innen heraus zu verstehen, sondern sie wird reduziert auf die Funktion eines Beweismaterials für die problematische Sexualität zwischen den Geschlechtern. Das schnelle, einigende Einverständnis, das sich unter Bezug auf das gemeinsame feministische Wissen herstellt, verhindert genau das, was Maria Bitzan gefordert hat: »Genaugigkeit, Nachfragen, Entselbstverständlichung«.

Damit sind mehrere Chancen vertan: Kindliche Aneignungstätigkeiten und Selbsterkundungen werden nicht in ihrer subjektiven Sinnhaftigkeit für die AkteurInnen verstanden. Dramatisierende Bilder zum Geschlechterverhältnis werden weiter dramatisiert und zur Begründung eines spezifischen pädagogischen Bedarfs im Kinderhaus ausgebaut: nämlich der Notwendigkeit präventiver Sexualpädagogik mit Mädchen. Dabei könnte es in dieser Fallgeschichte durchaus sein, daß solche Maßnahmen gar nicht erforderlich sind, weil die Mädchen die Situation durchaus auf ihre Weise »im Griff« haben. Oder es könnte sein, daß sich die Jungen überrumpelt fühlen. Danach ist schließlich angesichts der Einigkeit zur Mädchenproblematik gar nicht geschaut worden.

Für die Frage des Gender Mainstreamings in der Kinder- und Jugendarbeit wird damit eines deutlich: Geschlechtsbewußte Qualifizierungen müssen wieder konsequent von den Subjekten aus entwickelt, sozusagen auf die »Füße gestellt« werden. Damit soll nicht unterstellt werden, daß Mädchenarbeit und Jungenarbeit dies nicht tun. Aber es gibt Tendenzen, daß Konzeptentwicklungen genau andersherum laufen, auf »den Kopf« gestellt sind. Weil es bereits Vorstellungen dazu gibt, was Mädchen und Jungen brauchen und im Grunde genommen auch wollen, und dies ist Mädchen- und Jungenarbeit in den bekannten Formen, erschöpft sich Gender Mainstreaming dann darin, in den Kinder- und Jugendeinrichtungen die Mädchen- und Jungengruppen, Mädchen- und Jungentage, Mädchen- und Jungenprojekte zum Standard zu machen und die weiblichen und männlichen Fachkräfte auf die parteiliche Arbeit mit den Zielgruppen gleichen Geschlechts zu verpflichten. Dies ist nicht per se zu verwerfen. Doch kann es das allein sein? Werden hierbei nicht auch viele Kräfte für Unergiebiges gebunden, denken wir an die Streits und Entzweiungen in den Teams, weil die Männer wieder keine Jungenarbeit machen wollen, die Frauen wieder als Anklägerinnen auftreten, denken wir auch an den Frust und die vertane Energie, wenn wieder keine Mädchen oder keine Jungen zu den für sie gedachten Angeboten gekommen sind, an die Angst, wenn andere merken könnten, daß das Konzept »nicht läuft«.

Gender Mainstreaming »auf die Füße zu stellen« würde bedeuten, *zuerst* zu hören, zu sehen und zu verstehen, wie Mädchen und Jungen sich in der Welt arrangieren und *dann* danach praktische Schlußfolgerungen zu ziehen. Das Ergebnis der Lebensweltannäherung muß wieder offen und veränderbar sein. Ob dabei dann die herkömmlichen Mädchen- und Jungenarbeitsangebote die passende konzeptionelle Antwort sind, *kann*, *muß* sich aber nicht ergeben. Das ist der entscheidende Punkt. Geschlechtsbewußte Professionalität kann damit nicht mehr ausschließlich darum kreisen, auf welche Weise die geschlechtshomogene Gruppenarbeit zu effektivieren ist, und sie darf nicht zum Synonym für eine spezialisierte Methode werden, wie zu beobachten. Vielmehr umfaßt sie die Fähigkeit, Mädchen- und Jungenwelten zu verstehen und ihren Vielgestaltigkeiten und Widersprüchlichkeiten mit der erforderlichen Flexibilität zu begegnen. In dem aktuellen Nebeneinander von Vervielfältigung, Diffusion und Vereindeutigung des Geschlechterkategorie und angesichts des »borderworks« Heranwachsender, das die Geschlechtergrenze »interaktiv errichtet und bearbeitet, aber auch wieder demontiert und unbeachtet« läßt (Kelle 2000, S. 124), gerät Mädchen- und Jungenarbeit auf schwankenden Boden. Verallgemeinerungen zu Mädchen und Jungen, zu ihren Hilfe- und Unterstützungsbedarfen wie auch eindeutige Konzepte sind so immer weniger möglich. Statt dessen sind immer feinere Differenzierungen und dynamische konzeptionelle Anpassungen notwendig.

Die größte Herausforderung besteht aktuell gerade auch darin, eine geschlechtsbewußte Kinder- und Jugendarbeit zu gestalten, die dennoch nicht lauthals und demonstrativ die »Gender-Fahne« vor sich her trägt. Neuere Lebensweltstudien (Oechsle 2000) weisen darauf hin, daß es heute in der Selbstentwürfen Jugendlicher, vor allem der Mädchen, ein Ungleichheitstabu gibt. Das bedeutet nicht, daß sie in einer Gesellschaft ohne Ungleichheit qua Geschlecht aufwachsen, sondern es besagt nur, daß es in den Selbstentwürfen Gleichheitsvorstellungen gibt, daß Mädchen sich selbst als Gleiche konstruieren, mit prinzipiell denselben Entfaltungsmöglichkeiten wie Jungen. Die schwierige Aufgabe besteht somit darin, Mädchen und auch Jungen etwas anzubieten, ohne das Ungleichheitstabu zu verletzen. So wie sich Mädchenarbeit und Jungenarbeit jedoch profiliert haben und profilieren, tun sie dies jedoch ständig – ob sie wollen oder nicht –, denn die Ungleichheitsbilder gehören zu ihrem konstitutiven Element. Die bestehenden Selbstideale und Ungleichheitstabus Jugendlicher nicht zu verletzen, entpuppt sich also als schwieriges Unterfangen, für dessen Lösung derzeit kaum Modelle vorliegen. Geschlechtsspezifische Arbeitsansätze der Mädchen- und Jungenarbeit transportieren immer schon immanent die Botschaft der Geschlechterungerechtigkeit und geschlechtsspezifischen Benachteiligung mit. Auch die Kritik an der Defizitorientierung und die Vorsätze, statt dessen an den Stärken der Mädchen und Jungen anzusetzen, haben hieran letztlich nicht viel geändert. Allein die Einrichtung des Mädchen- oder Jungenangebots reicht aus, um Mädchen und Jungen direkt oder indirekt zu vermitteln, daß sie als Mädchen und Jungen Probleme haben. Der diffizile konzeptionelle Balanceakt, den eine geschlechtsbewußte Kinder- und Jugendarbeit schaffen muß, besteht darin, zum einen die jugendlichen Souveränitätsideale ernst zu nehmen und – als Leistung und Kraftressource – wertzuschätzen und zum anderen nicht den Blick für darin eingelagerte Konfliktpotentiale zu verlieren.

Gerade weil Kinder- und Jugendarbeit Jugendhilfeangebote sind, für die das Prinzip der Freiwilligkeit gilt, sind sie besonders auf eine enorm hohe Passung zwischen den Selbstentwürfen der Mädchen und Jungen und den Praxiskonzepten angewiesen. Inwieweit die Passung gelingt, darüber wird von den NutzerInnen ganz direkt mit den Füßen abgestimmt. Was lebensweltlich nicht greift, da bleibt man einfach weg – ein Fakt, der der Jugendarbeit als solcher schon länger schmerzhaft Wunden beifügt.⁸ Doch das Gleiche gilt für eine geschlechtsbewußte Kinder- und Jugendarbeit. Auch sie steht und fällt mit der Fähigkeit, das – lebensweltadäquat, und eben nicht erzieherisch – aufzugreifen, was bei den Zielgruppen vorliegt.

⁸ Die Kinderarbeit ist hiervon – noch – verschont. Zumindest gibt es keine Meldungen zu leeren Kinderhäusern, wohl aber zu leeren Jugendhäusern.

Literatur

- Bitzan, M. (2000): Geschlechtshierarchischer Verdeckungszusammenhang. Überlegungen zur sozialpädagogischen Mädchen- und Frauenforschung. In: D. Lemmermöhle u. a. (Hg.): Lesarten des Geschlechts. Opladen, S. 146-160
- Fleißner, H. (2000): Frech, frei und fordernd, oder? Mädchenbilder von Pädagoginnen und ihre Bedeutung für die Mädchenarbeit. In: V. King, B. K. Müller (Hg.): Adoleszenz und pädagogische Praxis. Freiburg, S. 75-91
- Graff, U. (1999): Selbstbestimmung für Mädchen. Pädagogische Auswertung der Theorie und Praxis des Mädchentreffs Bielefeld (hrsg. vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe). Münster
- Kelle, H. (2000): Das ethnomethodologische Verständnis der Konstruktion der Geschlechterdifferenz. In: D. Lemmermöhle u. a. (Hg.): Lesarten des Geschlechts. Opladen S. 116-132
- Klees, R. u. a. (1992): Mädchenarbeit. Praxishandbuch für die Jugendarbeit. Weinheim, München
- Klose, C.; Weißmann, B. (1996): Beispiel der Organisation von Mädcheninteressen in Frankfurt/M. In: I. Bohn (Hg.): Von der mädchengerechten zur integrierten mädchenbewußten Jugendhilfeplanung. Stuttgart, Berlin, Köln, S. 65-81
- Kuhlmann, C. (2000): »Doing gender« – Konsequenzen der neueren Geschlechterforschung für die parteiiche Mädchenarbeit. In: neue praxis 30. Jg., H. 3, S. 226-239
- Möhlke, G.; Reiter, G. (1995): Feministische Mädchenarbeit gegen den Strom. Münster
- Oechsle, M. (2000): Gleichheit mit Hindernissen (hg. von der Stiftung SPI, Bundesmodell »Mädchen in der Jugendhilfe«). Berlin
- Savier, M.; Wildt, C. (1980): Mädchen zwischen Anpassung und Widerstand. Neue Ansätze feministischer Jugendarbeit. München
- Sielert, U. (1989): Jugenarbeit. Praxishandbuch für die Jugendarbeit. Weinheim, München
- Struck, N.: Der Inhalt bestimmt die Form. Welche Anpassungsnotwendigkeiten ergeben sich für eine zeitgemäße Jugendhilfe? In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Münster 2001, S. 194-211
- Walser, K. (2000): Professionelles Können in der Jugendarbeit. In: V. King, B. K. Müller (Hg.): Adoleszenz und pädagogische Praxis. Freiburg, S. 251-268

Hannelore Faulstich-Wieland

Gender Mainstreaming im Bereich der Kindertagesstätten

Um zu klären, welche Aspekte im Bereich der Kindertagesstätten für Gender Mainstreaming relevant sind, wird im folgenden zunächst die Bedarfs- bzw. Versorgungslage angesprochen. Danach werden zwei Dimensionen bearbeitet, die zur Prüfung von Ungleichheiten geeignet sind, nämlich die Frage nach den beteiligten Personen – d. h. den betreuten Kindern und den betreuenden Erwachsenen – sowie die durch Inhalte und Strukturen bedingten Sozialisationsprozesse. Anschließend sollen an Hand eines Katalogs zur Erstellung einer Konzeption für eine Kindertagesstätte jene Fragen aufgelistet werden, die für Gender Mainstreaming zu bearbeiten wären.

Bedarfsgerechte Unterstützung von Familien

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) gehört es zu den Aufgaben der Kindertagesstätten, eine bedarfsgerechte Unterstützungsleistung für Familien bereitzuhalten (vgl. Colberg-Schrader/Krug 1999, S. 25).

Es gibt in der Bundesrepublik mehr als 47.000 Kindertagesstätten mit insgesamt mehr als drei Millionen Plätzen für Kinder von 0 bis 10 Jahren, wobei der Schwerpunkt auf der Altersgruppe der Drei- bis Sechsjährigen liegt, für die ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz existiert (vgl. Rauschenbach/Schilling 2001, S. 225, 228). Die Situation ist dabei sehr unterschiedlich in den verschiedenen Bundesländern – vor allem im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Während in den neuen Bundesländern für Kinder unter 3 Jahren Betreuungsquoten von 36,3 %, für Kinder zwischen drei und sechs Jahren Versorgungsquoten von 111,8 % und für Kinder zwischen 6 und 10 Jahren Betreuungsquoten von 56,9 % existieren, gibt es in den alten Bundesländern eine sehr viel geringere Versorgung. Krippenplätze sind nur in Berlin-West mit 23,4 %, in Hamburg mit 11,7 % und in Bremen mit 6,8 % überhaupt nennenswert vorhanden, in den Flächenstaaten liegt die Betreuungsquote hier zwischen 1,4 und 2,6 %. Die Versorgungsquote für die Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz liegt etwa bei 80 %.

Die Betreuungsquoten im Hort sind ähnlich wie im Krippenbereich in den Stadtstaaten deutlich besser als in den Flächenstaaten, wo sie unter 10 % liegen (ebd., S. 230).

Viele Einrichtungen sind nach wie vor nur halbtags geöffnet – Colberg-Schrader/Krug sprechen von »noch recht anachronistischen Öffnungszeiten, die ein Familienleben voraussetzen, in dem ein Elternteil uneingeschränkt für das Kind Zeit hat« (1999, S. 117). Unter Gender Mainstreaming-Aspekten ist zu vermuten, daß hiermit die Arbeitsmarktsegregation und die schlechteren Berufsmöglichkeiten für Frauen mit verursacht, zumindest aber ihnen nicht entgegengewirkt wird. Für die Klärung der Frage, was eine bedarfsgerechte Unterstützungsleistung für Familien heißt, sollte der Blick auf die Geschlechter Anhaltspunkte dafür geben, wie Öffnungszeiten zu mehr Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt beitragen können. Mit dieser Aufgabe sind insbesondere die Träger gefordert.

Wer sind die Personen in den Kindertagesstätten?

In den Kindertagesstätten gibt es meines Wissens keine geschlechterdifferente Teilhabe bei den Kindern – allerdings liegen dafür auch keine Statistiken vor. Beim Betreuungspersonal dagegen finden wir keineswegs eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern.

Von den fast 230.000 Beschäftigten in den alten Bundesländern sind 96,2 % weiblich, in den neuen Bundesländern sind es 96,4 % von 83.000 Beschäftigten. In Kindertagesstätten sind in der Regel Erzieherinnen tätig, nämlich 55,8 % in den alten und 78,5 % in den neuen Bundesländern. Kinderpflegerinnen machen in den alten Bundesländern mit 17,1 % ebenfalls einen größeren Teil des Betreuungspersonals aus (in den neuen Ländern sind das nur 0,9 %), während Fachhochschul- und HochschulabsolventInnen kaum vertreten sind (Rauschenbach/Schilling 2001, S. 225, 228). Im gesamten Bereich der Jugendhilfe haben 6,5 % der Frauen, aber 24,2 % der Männer einen akademischen Abschluß (Burkhard 2001, S. 309).

Man kann aufgrund dieser Zahlen sagen, daß der ErzieherInnenberuf ein typischer Frauenberuf ist. Als solchen kennzeichnet ihn auch die deutliche Diskrepanz zwischen den Anforderungen, die an die Qualifikation und die Fähigkeiten der ErzieherInnen gestellt werden, und den materiellen Gratifikationen, sprich den niedrigen Gehältern, sowie dem geringen sozialen Ansehen der Arbeit. Die hohe Fluktuation in diesem Arbeitsfeld ist vermutlich ebenfalls eine Folge dieser Struktur. Ursula Rabe-Kleberg vermutet, daß »Frauen, die höhere Ansprüche an ihren Beruf

haben, als dies ihre Ausbildung auf berufsfachschulischer Ebene bietet«, das Arbeitsfeld verlassen, da es eine »biographische Sackgasse« darstellt, »weil keine Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Berufsfeld möglich sind« (Rabe-Kleberg 1995, S. 90).

Zwar gibt es Leiterinnen von Kindertagesstätten und insofern auch einige Aufstiegspositionen – die Erkenntnislage ist hier jedoch ausgesprochen dünn. So sind mir keine Statistiken bekannt, wie häufig Leitungsposten von Männern besetzt sind bzw. wie häufig die Leitungsposition nicht als Aufstieg ermöglicht wurde, sondern z. B. mit Personen, die eine Fachhochschul- oder Hochschulausbildung haben, besetzt wurden. Eine Studie zu Leitungsfunktionen, die als »Fortbildungsstudie der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung« von Christian Büttner durchgeführt wurde – leider als Dokumentation einer Tagung ohne genauere Angaben über die Methoden, mit denen beispielsweise die Erkenntnisse gewonnen wurden (Büttner 1994) – verweist einerseits darauf, daß keine unterschiedlichen Leitungsstrategien erkennbar sind. Andererseits zeigt sie, wie Geschlechtererwartungen in hierarchischen Beziehungen zu Belastungen führen können. Ihre Empfehlung lautet deshalb, »die Leitung der Einrichtungen gemischtgeschlechtlich zu besetzen« (S. 54).

Nicht mehr bestätigen läßt sich die Annahme, daß die Erzieherinnen ihre Arbeit »als Ausdruck ganzheitlicher und gefühlsmäßiger Intuition oder eines mehr oder weniger unerklärlichen weiblich-wesenhaften Arbeitsvermögens gesehen wird und nicht als professionelles Handeln auf einem spezifischen Wissenshintergrund« (Rabe-Kleberg 1995, S. 102). Barbara Dippelhofer-Stiem, Irene Kahle und Jörg Nakath können vielmehr in ihrer Studie zur »beruflichen Sozialisation von Erzieherinnen im Übergang von der Fachschule in das pädagogische Tätigkeitsfeld« durchaus ein »professionelles Selbstverständnis« bei den Erzieherinnen nachweisen, »das weit entfernt von einer ausschließlich emotional getragenen Beziehungsarbeit« ist. Die Befragten »reduzieren ihren Beruf nicht auf eine gleichsam »institutionalisierte Mütterlichkeit« oder gar hausarbeitsnahe Tätigkeit. (...) Sie realisieren mit ihrer Berufswahl durchaus kein traditionelles Rollenmuster und sind von der gleichen Begabung beider Geschlechter für das pädagogische Feld überzeugt« (Dippelhofer-Stiem u.a. 1999, S. 19, ähnliche Ergebnisse finden sich in der Studie von Bodenburg 2000, S. 359). Trotzdem sind Versäumnisse in der Vermittlung von Fachkenntnissen zu konstatieren – und man kann vermuten, daß wohl kaum eine fundierte »Gender-Kompetenz« (Stiegler 1998), wie sie für die Realisierung von Gender Mainstreaming notwendig ist, vorliegt. Darauf verweisen auch die – wenigen – Studien zu den Sozialisationsbedingungen in Kindertagesstätten (z. B. Bodenburg 2000).

Geschlechtersozialisation in Kindertagesstätten

Welche Auswirkungen die Dominanz von Erzieherinnen für die Kinder hat, ist keineswegs geklärt. Rita Haberkorn (1992) vermutet, daß Jungen für ihre Belange keine Bündnisgenossen finden, aber auch Mädchen – vor allem die älteren – am ehesten sich selbst überlassen werden, wenn Erzieherinnen nicht allen Kindern gleichermaßen Zuwendung zukommen lassen können. Dies allerdings ist nicht nur eine Benachteiligung, sondern bietet diesen Mädchen auch Freiräume. Zudem werden sie von den Erzieherinnen häufig als unterstützend wahrgenommen, während Jungen weniger Zutrauen entgegengebracht wird, sie ihre Bedürfnisse stärker einfordern müssen. Die Geschlechtsrollenzuschreibungen stellen in ihrer Wirkung also für beide Geschlechter sowohl Vor- wie Nachteile bereit, wobei Rita Haberkorn die Nachteile noch stärker auf Seiten der Jungen sieht.

Die – wenigen – Untersuchungen, die es gibt, weisen durchaus auf Geschlechterungleichheiten in der Alltagspraxis der Kindertagesstätten hin:

Renate Klees-Möller beschreibt Kindergartenkonzeptionen der sechziger Jahre, die in der Raumgestaltung die Einrichtung einer »Puppenecke« und eines »Bauplatzes« empfohlen und dabei eine »Begrenztheit des Platzes« für die Puppenecke durchaus für vertretbar hielten, während der Bauplatz »möglichst großzügig zu bemessen« sei (1997, S. 158). Mir ist keine Untersuchung über die Verbreitetheit dieses Raumkonzeptes bekannt, wohl aber weiß ich von Berichten aus Kindertagesstätten, die solche Spielecken nach wie vor selbstverständlich einrichten – und auch akzeptieren, daß diese Bereiche nicht selbstverständlich von beiden Geschlechtern genutzt werden (können).

Die Spielzeugausstattung zeugt ebenfalls in vielen Fällen von einer »unreflektierten Orientierung an Geschlechterstereotypen« (ebd., S. 160), weil ein großer Teil der Spielmittel als Mädchen- oder Jungenspielzeug gilt. »Mädchentypisches« Spielzeug unterstützt »einfühlsames, soziales und auf Haushaltsführung ausgerichtetes Verhalten« und bildet „das Alltagsgeschehen eher ab (...) als die Spielwelten von Jungen (Müller-Heisrath/Kückmann-Metschies 1998, S. 51). Jungenspielzeug dagegen zielt auf »die selbstständige Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten der modernen Gesellschaft« und schärft das Technikverständnis (ebd., S. 52). Betrachtet man die bei Kindern sehr beliebten Puppen bzw. Figuren, so bevorzugen Mädchen seit Jahrzehnten Barbie-Puppen, während die im Kern charakterähnlichen Helden der Jungen in kurzen Abständen wechseln (z. B. Masters of the Universe, Turtles, Pokemons). Diese Figuren versetzen die Jungen in eine Phantasiewelt, die keine Überschreitung der Geschlechtergrenzen zuläßt (ebd.).

Gerade in den Kindertagesstätten werden Mädchen von den Erzieherinnen bei der Realisierung »mädchentypischer« Spiele unterstützt und gefördert, während Jungen mit ihren Spielinteressen zum Teil allein gelassen bzw. auf die Gleichaltrigen verwiesen werden. Marion Musiol hat dazu eine Studie in Kindergärten gemacht (2000). Viele Erzieherinnen finden die Spielfiguren des aktuell vor allem bei Jungen beliebten Pokemon-Spiels nicht reizvoll und schon gar nicht pädagogisch wertvoll. Insofern sind sie auch wenig bereit, sich mit dem Sinn des Spiel – die Stärken der eingefangenen Pokemons für sich zu nutzen und so Anerkennung zu gewinnen – vertraut zu machen und sich zu vergegenwärtigen, was die Jungen dabei erfahren. Diese wiederum lernen aus der Mißachtung oder gar dem Verbot ihrer Spiele, ihre »Jungenspiele« gegen Frauen durchzusetzen – womit nicht nur die Geschlechteropposition, sondern auch die Hierarchie erneut hergestellt wird.

Jürgen Barthelmeß, Christiane Feil und Maria Furtner-Kallmünzer haben im Rahmen eines Projekts zu Medienerfahrungen von Kindern in 18 Kindergärten jeweils etwa sechs Wochen lang Kinder in Kindergruppen beim Spielen beobachtet. Sie stellten fest, daß die Kinder in ihren Spielalltag sehr viel Medienerfahrungen einbauen. Dabei sind die Medienvorlieben und auch die Medienspiele deutlich geschlechtsspezifisch unterschiedlich. Jungen identifizieren sich vor allen Dingen mit Abenteuer und Action und spielen Medienfiguren daraus nach. Wenn Mädchen in solche Spiele einbezogen sind, dann übernehmen sie meist die frauenspezifischen Rollen, d. h. sie werden – auch nicht immer ganz freiwillig – bedroht, gefangen oder gerettet. Mädchen selber spielen vorwiegend Prinzessinnen, königliche Hochzeiten, Ballerinas oder den realen Alltag von Hausarbeit, Telefonieren und Fernsehen. Die geschlechtsspezifischen Muster der Medienspiele entsprechen damit auch den meisten Medienvorlagen. Ein wesentliches Thema der Kinderspiele ist das Erwachsenwerden. Dabei ist auch dieses keineswegs geschlechtsunabhängig, es geht also nicht darum, ein Erwachsener, sondern eine Frau oder ein Mann zu werden. Jungen greifen sehr viel häufiger auf die Männlichkeitsbilder, die ihnen Medien liefern, zurück, weil sie sehr viel weniger reale Vorbilder zu Hause ebenso wie im Kindergarten selber haben. Mädchen sind dagegen weniger auf die entsprechenden Weiblichkeitsbilder angewiesen, weil sie mit konkreten Frauen zu tun haben.

Bilderbücher sind ein wichtiges Beschäftigungsmittel in Kindertagesstätten. Obwohl es vor allem in den achtziger Jahren von vielen Frauenbeauftragten und auch von anderen Organisationen Broschüren mit Hinweisen auf »mädchenfreundliche Bücher« gegeben hat, konnten Christiane Schmerl, Gabi Schülke und Jutta Wärntges-Möschgen Ende der 80er Jahre in einer Inhaltsanalyse einer repräsentativen Stichprobe vielgelesener Bilderbücher für Vorschulkinder feststellen, daß sich in den sieb-

ziger und achtziger Jahren wenig bis gar nichts an der Geschlechtstypisierung und Unterschlagung von Frauen in Bilderbüchern geändert hat. Noch immer waren nur ein Drittel aller geschlechtstypisierten Figuren und aller Hauptpersonen Frauen. Differenzierte man die Analyse nach Inhalten und Themen, so zeigte sich eine durchgängige Darstellung sexistischer Geschlechterklischees: Männer waren danach »berufstätig, aktiv, aggressiv, wütend, fahren in der Gegend herum, machen keinen Haushalt, reden viel und haben stärkere körperliche Bedürfnisse. Aber: Sie sind auch häufiger hilfsbereit, unternehmen lustige Dinge mit Kindern, hören zu und haben mehr positive Charaktereigenschaften. Frauen sind demgegenüber nur selten berufstätig (wenn, dann bestenfalls Verkäuferin oder Arzthelferin), erledigen die unangenehme Hausarbeit, übernehmen die lästigen Pflichten aus Kinderpflege und -versorgung, verharren am selben Ort und haben kaum körperliche Bedürfnisse. Ihre äußeren Eigenschaften beziehen sich auf ihr Aussehen, und ihre Charaktereigenschaften sind häufiger negativ« (1988, S. 148 f.).

Die Autorinnen betonten, daß die Jungen und Männer zwar neben den männlichen klassischen Eigenschaften auch neue weibliche Tugenden zugeschrieben bekamen, die ihre Grenzen allerdings z. B. am Einbezug in die Hausarbeit fanden. Auf der anderen Seite fehlten bei den Frauen die entsprechenden Bereicherungen um männliche Eigenschaften.

Beim Vergleich von Bild und Text gab es eine auffallende Diskrepanz in der Darstellung der Geschlechterstereotype: »Bilder stellen bevorzugt berufstätige und hilfsbereite Männer dar – eben die ›Macher‹. Nur bei ›Aggressivität‹ und ›Kommunikation‹ sind ausnahmsweise die Texte stärker geschlechtsstereotyp« (ebd., S. 149).

Unterschiede fanden sich auch, wenn die Analyse zwischen der Darstellung von Kindern und Erwachsenen differenzierte. Die sexistischen Geschlechterproportionen in Bild und Text bezogen sich in erster Linie auf die erwachsenen Figuren, während bei den Kinderfiguren bei einer Reihe von Kategorien gleiche Häufigkeiten gefunden wurden. D. h. die Geschlechterstereotype kamen vor allen Dingen aus den dargestellten Erwachsenenverhältnissen. Allerdings fanden sich bei den bildlichen Darstellungen von Kindern wiederum die »Ein-Drittel-Ausblendung« von Mädchen. Ebenso fanden sich die Darstellung der Spielhandlungen, Eigenschaften und Bedürfnisse in geschlechtsstereotypisierender Weise auch bei den Kinderfiguren.

Zur Bedeutung dieser Erkenntnisse wiesen Christiane Schmerl u.a. darauf hin, daß Mädchen entgegen den Vorbildern ihrer Bilderbücher ihre eigene Lebensplanung entwickeln, während Jungen dies mit Unterstützung der Bilderbücher tun. Wichtig

ist, daß die Jungen durch die Bilderbücher ein Mädchen- und Frauenbild erhalten, das mit dem realen Verhalten von Mädchen und Frauen nicht übereinstimmt. Dadurch aber müssen Mädchen sich in doppelter Weise wehren: Nicht nur gegen die Vorbilder in den Bilderbüchern, sondern auch gegen die Rollenklischees, die bei Jungen und Männern vorhanden sind. Wieweit sich die Bilderbücher in den letzten zwanzig Jahren denn doch geändert haben, wäre eine neue Untersuchung wert.

In der Besprechung von Kinderbüchern sowie in anderen Zusammenhängen, in denen die Kinder sich verbal äußern – wie z. B. in den weit verbreiteten Stuhlkreisgesprächen – konnte Lilian Fried in einer Untersuchung feststellen, daß die Erzieherinnen das Gesprächsverhalten der Kinder stark steuerten. Darüber hinaus wurden Mädchen und Jungen auf eine Weise unterschiedlich behandelt, die für Mädchen »nicht nur ein engeres, sondern auch in entscheidenden Aspekten anregungsärmeres Sprachlernfeld bedingt« (1989, S. 487).

»Die Erzieherinnen hofieren die Jungen stärker, indem sie während des Gesprächs genauer auf sie eingehen und ihnen mehr Sprechraum zubilligen. Dies ist aber insofern bedeutsam, als Jungen damit gezieltere Lernreize erhalten und somit eine größere Chance besitzen, ihre Sprachfähigkeiten zu verbessern. Das bedeutet nichts weniger, als daß Jungen gerade in einer für die feinere Ausgestaltung des Instruments ›Sprache‹ sehr wesentlichen Entwicklungsphase eine im Vergleich zu den Mädchen vorteilhaftere Sprachlernumwelt vorfinden. Aber auch, daß die Jungen vermehrt mit Erziehungsprozessen konfrontiert sind, die Eigenaktivität entweder voraussetzen oder provozieren, ist wohl entwicklungsbedeutsam. Aus der Sprach-erwerbsforschung weiß man schließlich, daß sich gute ›Sprachtrainer‹ vornehmlich dadurch auszeichnen, daß sie die Sprachlernenden zur intensiven Arbeit an Sprachdetails anregen (...). Genau das erfahren aber die Jungen, wenn die Erzieherinnen sie immer wieder auffordern, Begriffe und Zusammenhänge genauer herauszuarbeiten. Gleichzeitig werden auf diese Weise Erfahrungen einer kontingenten Beziehung zwischen Wirken und Bewirken ermöglicht, welche die Entwicklung von Kompetenzerwartungen und Effizienzüberzeugungen vorantreiben« (ebd., S. 457 f.).

Lilian Fried verweist darauf, daß diese Ergebnisse auch die aus anderen Zusammenhängen bekannte Tatsache stützen, wonach Jungen von Erwachsenen als interessanter und wichtiger genommen werden. In einer neueren umfangreichen Studie über das »Geschlechterverhalten und Geschlechterverhältnis« in Großstadthorten bestätigte sich die Ungleichheit in der Kindergartenpraxis:

»Trotz einer großen Bandbreite im Verhalten der Mädchen und der Jungen und unterschiedlichen Ausprägungen des Geschlechterverhältnisses in den verschiedenen Horten sind Geschlechterverhalten und -verhältnis insgesamt eher traditionell und stark hierarchisch bestimmt. Dieser Mangel an Gleichberechtigung ist den meisten Erzieherinnen wenig bewußt und/oder wichtig. Entsprechend wenig arbeiten sie ihm auch entgegen« (Permien, Hanna/Frank, Kerstin: *Schöne Mädchen – Starke Jungen?* Freiburg 1995, S. 152, zitiert nach Klees-Möller 1997, S. 163).

Ein bloßes Mehr an Erziehern in Kindertagesstätten löst die aufgezeigten Probleme jedoch keineswegs: Zum einen sind damit die strukturellen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen betroffen – es kann nicht darum gehen, Frauenarbeitsplätze mit Männern zu besetzen ohne Ausgleich durch die Besetzung von Männerarbeitsplätzen mit Frauen in anderen Bereichen. Zum anderen könnten männliche Erzieher nur dann ausgleichend wirken, wenn sie selbst sensibel für Geschlechterhierarchien und an deren Abbau interessiert sind. Für beide Geschlechter gilt: Gender-Kompetenz muß in der Ausbildung wie in der Fortbildung weitgehend erst noch vermittelt werden, wenn Gender Mainstreaming als Strategie erfolgreich umgesetzt werden soll.

Konzeption für eine Kindertagesstätte

Ähnlich wie inzwischen viele Schulen ein Schulprofil erarbeitet haben, könnte man von den Kindertagesstätten erwarten, daß sie eine Konzeption für ihre Einrichtung erstellen. Hedi Colberg-Schrader und Marianne Krug haben in ihrem Buch »Arbeitsfeld Kindergarten« Merkmale für eine solche Konzeption zusammengestellt (1999, S. 108 ff.). Diese ließen sich mit Fragen ergänzen, die Hinweise auf Veränderungsnotwendigkeiten im Sinne von Gender Mainstreaming bringen. Im folgenden werden die Oberpunkte der Konzeption übernommen und mit geschlechterbezogenen Fragen gefüllt – damit sollen die von Colberg-Schrader/Krug aufgestellten Fragen ergänzt werden – diese werden jedoch hier nicht aufgelistet.

Unsere Einrichtung und ihre Geschichte:

- Waren es Frauen oder Männer, die sich um die Gründung der Einrichtung bemüht haben?
- Gab es irgendwann einmal besondere Aufmerksamkeit für Geschlechterfragen in der Einrichtung?

Trägerschaft:

- Hat unsere spezifische Trägerschaft Auswirkungen auf die zu fördernden Mädchen- und Jungenbilder?

Unsere Einrichtung und ihr Umfeld:

- Unterscheiden sich die Mädchen und Jungen, die in unser Haus kommen, in ihren Lebensbedingungen?
- Haben die Kinder zu Hause bzw. im sozialen Netz vor allem Frauen als Ansprechpartnerinnen oder stehen ihnen auch männliche Partner zur Verfügung?
- Sind die Spielflächen und die Freizeitangebote für Kinder von beiden Geschlechtern gleichermaßen nutzbar? Werden sie von beiden Geschlechtern genutzt? Geschieht dies gemeinsam oder getrennt?

Organisationsstruktur unserer Einrichtung:

- Wie verteilen sich die Mädchen und Jungen auf unsere Gruppen bzw. auf unsere Angebote?

Unsere sozialpädagogischen Ziele und wie wir sie erreichen wollen:

- Haben wir Vorstellungen davon, was wir mit den Mädchen, was mit den Jungen erreichen wollen? Ist es für beide das gleiche oder sind es unterschiedliche Ziele?
- Wollen wir mit Eltern über die Erziehungsfragen, die sich auf das Geschlecht der Kinder beziehen, in eine Diskussion kommen?

Unsere Einrichtung und ihre Räume:

- Haben wir Räume oder Material, die oder das von Mädchen oder von Jungen häufiger oder ausschließlich benutzt werden? Wenn ja, woran liegt das und wollen wir das so?
- Gibt es in den Außenanlagen Bereiche oder Geräte, die von einem Geschlecht eher oder nur genutzt werden? Wenn ja, woran liegt das und wollen wir das so?

Leben und Lernen in der Einrichtung:

- Unsere Vorstellung von der Entwicklung von Mädchen bzw. von Jungen
- Prinzipien der Alltagsgestaltung: Machen wir besondere Angebote für Mädchen oder für Jungen? Werden bestimmte Aufgaben vor allem von Mädchen oder vor allem von Jungen wahrgenommen? Beziehen wir andere Personen in unseren Alltag ein – und wenn ja, sind das eher Frauen oder eher Männer? Was erwarten wir von Frauen, was erwarten wir von Männern? Entspricht das jeweils den Geschlechterstereotypen oder versuchen wir, gerade »untypische« Personen zu gewinnen?
- Gezielte pädagogische Angebote: Machen wir Angebote, die Mädchen in Bereichen stärken, die eher den Jungen zugeschrieben werden und umgekehrt? Machen wir Angebote, die Mädchen ermöglichen, Wut zu äußern, und Jungen ermöglichen, Gefühle von Angst oder Trauer zu zeigen?
- Das Aufnahmeverfahren in unserer Einrichtung: Achten wir bei der Aufnahme darauf, möglichst gleiche Anteile von Mädchen und Jungen zu haben? Achten wir darauf, solche Kinder zu nehmen, deren Mütter dadurch Erwerbschancen wahrnehmen können? Achten wir darauf, auch Kinder zu haben, deren Väter sich intensiv um Erziehungsaufgaben kümmern?

Das Dienstleistungsangebot unserer Einrichtung:

- Können wir Angebote machen, die in der Gemeinde dazu beitragen, Geschlechterungleichheiten zu verändern?

Dokumentationsformen der Arbeit:

- Machen wir Aufzeichnungen, die uns Hinweise geben können, ob wir Mädchen und Jungen unterschiedlich behandeln? Machen wir Aufzeichnungen, die uns Hinweise geben, wie Mädchen und Jungen unter- und miteinander umgehen?

Unsere Zusammenarbeit mit den Eltern:

- Haben wir Kontakte zu Müttern und Vätern? Beziehen wir Mütter und Väter – oder Großmütter und Großväter – in unsere Arbeit mit ein? Bieten wir Gespräche auch für Väter an?
- Enthalten unsere Mitteilungen an die Eltern auch spezielle Informationen zu Geschlechterfragen?
- Wie ist unser Elternbeirat zusammengesetzt? Sind Mütter und Väter vertreten? Sind vielleicht vor allem Mütter vertreten, während der Vorsitz von einem Vater wahrgenommen wird?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung:

- Sind wir ein reines Frauenteam oder gehören Männer dazu? Wie sieht unsere Arbeitsteilung aus? Gibt es bestimmte Arbeiten, die immer von denselben Personen gemacht werden? Fördern wir auch »geschlechtsuntypische« Verhaltensweisen bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Kontakt zu anderen Einrichtungen und sozialen Diensten für Kinder und Familien am Ort:

- Suchen wir Zusammenarbeit mit anderen, um – wenn wir keine Männer in der Einrichtung haben – den Kindern auch männliche Vorbilder zu vermitteln?

Die Verwaltung der Einrichtung und ihre Finanzierung:

- Sind die Entscheidungsbereiche und Zuständigkeiten gleichermaßen auf Frauen und Männer verteilt?

Nachwort:

- Haben wir Vereinbarungen darüber, in welcher Weise wir Fragen, die das Geschlechterverhältnis betreffen, regelmäßig prüfen wollen?

Die Erstellung solcher Konzeptionen für die Einrichtungen würden mit Sicherheit zu vielfältigen Diskussionen um die Bedeutung von Gender führen. Wichtig ist dabei allerdings, daß diese Diskussionen nicht zu einer Verfestigung von Geschlechterstereotypen führen, sondern im Sinne von Gender Mainstreaming tatsächlich zum Abbau von Geschlechterhierarchien und zu einer Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von Mädchen und Jungen. Die bisherigen Fortbildungsveranstaltungen zu Genderfragen im Kindergarten basieren auf theoretischen Annahmen, die eher

nicht von einer sozialen Konstruktion von Geschlecht (siehe dazu den Beitrag von Dorit Meyer) ausgehen, sondern von einer psychoanalytisch verstandenen Geschlechterdifferenz (Büttner/Dittmann 1992). So plädiert Anne Kebbe in ihrem Beitrag für eine eindeutig geschlechtsspezifische Erziehung:

»Die deutlichste Korrektur mußte ich an meiner Vorstellung von Gleichheit der Geschlechter hinnehmen. Frauen sind anders als Männer. Mädchen anders als Jungen. Punkt. Voneinander lernen, miteinander leben, sich wechselseitig ergänzen, ja, aber nicht mit dem Anspruch, die geschlechtsspezifische Identität aufzugeben. Damit plädiere ich offen für eine geschlechtsspezifische Erziehung, wie sie sich auch aus dem situationsorientierten Ansatz ergibt, das heißt die aktuelle und künftige Lebenssituation der Kinder aufgreifen« (1992, S. 43).

Dies scheint mir allerdings durchaus problematisch, weil es Festschreibungen vornimmt, wo Reflexionen und mitunter auch Gegensteuerungen zur derzeitigen »Geschlechtsspezifität« möglich und nötig sind. Gender Mainstreaming würde in einer solchen Konzeption kaum zu einer Veränderung bestehender Geschlechterverhältnisse führen.

Literatur

- Barthelmes, Jürgen/Feil, Christine/Furtner-Kallmünzer, Maria (1991): Kinder brauchen Medienerlebnisse. Beobachtungen aus dem Kindergarten. In: Aufenanger, Stefan (Hg.): Neue Medien – Neue Pädagogik? Bonn, S. 97-104.
- Bodenburg, Inga (2000): Zur Lebensweltaneignung von Vorschulkindern in Kindertagesstätten. Eine empirische Untersuchung zu Inhalten und Methoden institutioneller Erziehung auf der Basis von Gesprächen. Frankfurt/Main.
- Büttner, Christian (Hg.) (1994): Leitungsfunktion und Lebensgeschichte. Frauen und Männer in Kindertagesstätten. Berlin, Weinheim.
- Büttner, Christian/Dittmann, Marianne (Hg.) (1992): Brave Mädchen, böse Buben? Erziehung zur Geschlechtsidentität in Kindergarten und Grundschule. Weinheim.
- Colberg-Schrader, Hedi/Krug, Marianne (1999): Arbeitsfeld Kindergarten. Pädagogische Wege, Zukunftsentwürfe und berufliche Perspektiven. Weinheim.
- Dippelhofer-Stiem, Barbara (2000): Bildungskonzeptionen junger Erzieherinnen: Längsschnittliche Analysen zu Stabilität und Wandel. In: Empirische Pädagogik 14, S. 327-342.
- Dippelhofer-Stiem, Barbara/Kahle, Irene/Nakath, Jörg (1999): Berufliche Sozialisation von Erzieherinnen im Übergang von der Fachschule in das pädagogische Tätigkeitsfeld. Wissenschaftlicher Arbeits- und Ergebnisbericht für die DFG. Institut für Soziologie, Otto-von-Guericke-Universität. Magdeburg.

- Fried, Lilian (1989): Werden Mädchen im Kindergarten anders behandelt als Jungen? In: Zeitschrift für Pädagogik, S. 471-492.
- Fried, Lilian (1990): Ungleiche Behandlung schon im Kindergarten und zum Schulanfang? In: Die deutsche Schule 1. Beiheft, S. 61-76.
- Haberkorn, Rita (1992): Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd – Rollen und Rollenspiele im Kindergarten. In: Büttner/Dittmann, S. 62-74.
- Klees-Möller, Renate (1997): Kindertageseinrichtungen: Geschlechterdiskurse und pädagogische Ansätze. In: Friebertshäuser, Barbara/Jakob, Gisela/Klees-Möller, Renate (Hg.): Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung. Weinheim, S. 155-170.
- Musiol, Marion (2000): Mädchen sind anders – Jungen auch! In: Arbeitsstab Forum Bildung (Hg.): Erster Kongress des Forum Bildung am 14. und 15. Juli 2000 in Berlin. Materialien des Forum Bildung. Bd. 3. Bonn, S. 640-647.
- Neutzling, Rainer (1992): Das „Kind im Mann“ und die Liebe des Erziehers. In: Büttner/Dittmann, S. 98-103.
- Rabe-Kleberg, Ursula (1995): Öffentliche Kindererziehung: Kinderkrippe, Kindergarten, Hort. In: Krüger, Heinz-Hermann/Rauschenbach, Thomas (Hg.): Einführung in die Arbeitsfelder der Erziehungswissenschaft. Opladen, S. 89-195.
- Schmerl, Christiane/Schülke, Gabi/Wärntges-Möschgen, Jutta (1988): Die Helden von gestern sind noch nicht müde. Über die Zähigkeit von Geschlechterklischees in Kinderbilderbüchern. In: ZSE 8, S. 130-151.

Reinhard Winter

Gender Mainstreaming im Feld der stationären Unterbringung (Heimerziehung)

Grundsätzliche Fragen und Zugänge

In vielen Einrichtungen der stationären Unterbringung gibt es Traditionen, die an das Verständnis von Gender Mainstreaming angeschlossen sind: Zum Beispiel werden bei der Unterstützung im beruflichen Bereich, in Werkstätten und bei Freizeitangeboten geschlechtsbezogene Aspekte in vielen Einrichtungen der Heimerziehung berücksichtigt. Auch bei der geschlechtsbezogenen Auswahl und Qualifizierung des Personals oder bei geschlechtsbezogenen Teamschlüsseln werden Geschlechterfragen einbezogen. »Gender Mainstreaming« als Begriff und Ansatz ist – wie überall in der Jugendhilfe – für die Hilfen zur Erziehung allerdings etwas Neues.

Die Kategorie »Geschlecht« tangiert sämtliche Ebenen der Heimerziehung: pädagogische, konzeptionelle, strukturelle, ökonomische Bereiche usw. Das neue Verständnis von Gender Mainstreaming erschließt diese Ebenen für geschlechtsbezogene Aspekte und trägt dazu bei, die Arbeit in der stationären Unterbringung zu qualifizieren. So wird z. B. die geschlechtsbezogene Qualität der Angebote an Mädchen und Jungen in der Heimerziehung meistens weder reflektiert noch konzeptionell gefaßt. Geschlechtsbezogene Arbeit gilt oft als Privatvergnügen oder besonderes Hobby einzelner Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter. Hier können mit Hilfe von Gender Mainstreaming Potentiale aufgeschlossen werden: Besonders die eigene, geschlechtsbezogene Qualität der Angebote von Einrichtungen kann in Gender Mainstreaming-Prozessen aufgearbeitet, erweitert und qualifiziert werden.

Gender Mainstreaming ist so gesehen eine logische und weiterführende Konsequenz der bisherigen auf Geschlechter bezogenen Pädagogik in der Hilfen zur Erziehung – und nicht etwa ein Konzept, das alle bisherigen ablöst.

Gender Mainstreaming als Erweiterung

Gender Mainstreaming erweitert den Auftrag der Geschlechterdifferenzierung, wie er im KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) festgeschrieben ist. Zwar zielt Gender Mainstreaming auch auf die Einlösung von geschlechtsbezogener Gleichstellung entlang der Frage: „Gibt es geschlechtsbezogene Benachteiligungen und (wie) werden sie aufgehoben?“ Gender Mainstreaming geht aber darüber hinaus. Es wird danach gefragt, welche geschlechtsbezogenen Auswirkungen sämtliche Angebote, Interaktionen oder Entscheidungen zeigen (werden) und ob darin einschränkende Geschlechterzuschreibungen verborgen sind: (Wie) wird in den Hilfen zur Erziehung Geschlecht konstruiert bzw. rekonstruiert? Kommen zum Beispiel bei der beruflichen Förderung Mädchen selbstverständlich in den Bereich »Hauswirtschaft«, Jungen in den Bereich »Handwerk«? Neu ist auch, daß Gender Mainstreaming Geschlecht nicht – wie in der bisherigen Geschlechterdifferenzierung – in erster Linie mit Mädchen bzw. Frauen gleichsetzt. Es geht grundsätzlich um *beide* Geschlechter, als jeweils etwas Besonderes, und um das, was zwischen den Geschlechtern geschieht.

Daraus abgeleitet wird eine Option der geschlechtsbezogenen Erweiterung. Gemeint ist damit die Öffnung von möglichst vielen und breiten Möglichkeiten und Angeboten für Frauen und Männer, Jungen und Mädchen in den Einrichtungen. Allgemein zielt Gender Mainstreaming zum einen auf gleiche Beteiligung der Geschlechter und will gegen geschlechtsbezogene Ausgrenzung wirken; auf einen Begriff gebracht könnte dieses Ziel als »Geschlechterdemokratie« bezeichnet werden. Zum anderen soll Gender Mainstreaming gleichzeitig gegen geschlechtsbezogene Verengungen wirken, die es verhindern, daß Mädchen und Jungen, Männer und Frauen ihre Potentiale entfalten und leben können. Bei den Hilfen zur Erziehung bietet die stationäre Unterbringung besonders breite Chancen, weil sie die Lebenswelten vielschichtig und vielseitig ansprechen kann. So gesehen »paßt« Gender Mainstreaming gut zur stationären Unterbringung.

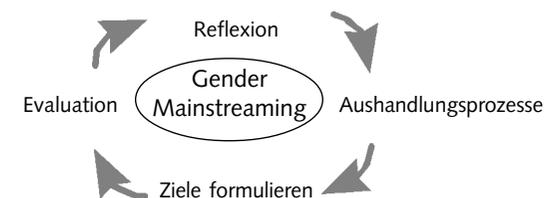
Gender Mainstreaming ist also zunächst ein Feld der Auseinandersetzung und Interaktion, gewissermaßen ein »Diskursfeld« auf verschiedenen fachlichen Ebenen. Gender Mainstreaming hat aber andererseits durchaus auch etwas Verbindliches, Verpflichtendes, in das politisch-administrative Verfahren einbezogen werden. Gender Mainstreaming ist deshalb ein fachliches, prozeß- und zielorientiertes Konzept mit zunehmend verbindlichem Charakter (und nicht etwa eine bloße Verwaltungsvorschrift). Dabei schließt Gender Mainstreaming an den Eigeninteressen der Träger, Institutionen und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter an.

Wozu kann Gender Mainstreaming verwendet, was soll damit bewirkt werden?

- Gender Mainstreaming kann z. B. zur Entwicklung eigener Qualitätsmerkmale verwendet werden; damit kann die geschlechtsbezogene Qualität einer Einrichtung besser nach außen dargestellt, aber auch verbessert werden.
- Gender Mainstreaming kann als Kriterium für den Erfolg einer pädagogischen Maßnahme herangezogen werden; damit fällt es leichter, nach Abschluß einer Maßnahme Entwicklungen oder auch nicht Gelungenes zu beurteilen.
- Das Konzept Gender Mainstreaming ist eine Hilfestellung für Geschlechterdifferenzierung, die laut KJHG (§ 9.3) ohnehin eine Grundlage der Fachlichkeit darstellt; mit Gender Mainstreaming kann der Anspruch der Geschlechterdifferenzierung noch besser eingelöst werden.
- Gender Mainstreaming hilft dabei zu erheben und weiterzuentwickeln, was es in den Einrichtungen bereits gibt, was aber noch nicht konzeptionell gefaßt ist; damit kann die Konzeption einer Einrichtung qualifiziert und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser vermittelt werden.
- Schließlich kann erwartet werden, daß sich durch Gender Mainstreaming Motivation und Arbeitszufriedenheit beim Personal verbessern, weil die »Genderkompetenzen« der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anerkennung erfahren.

Ähnlich wie die ISO-Zertifizierung ist Gender Mainstreaming nicht etwas, was eine Einrichtung besitzen oder erwerben kann und dann einfach »hat«. Gender Mainstreaming funktioniert prozeßhaft und benötigt eine möglichst breite Beteiligung in den Einrichtungen. Es ist anzunehmen, daß Gender Mainstreaming auf viele Themen und Fragen in einer Einrichtungen »ausstrahlt«. Gender Mainstreaming erhöht damit die Reflexivität der Institution insgesamt und trägt zur Entwicklung von Organisationen bei. Gender Mainstreaming ist also im Fluß und »strömt« (Streaming).

Dieses Verfahren wird auf den verschiedenen Ebenen der stationären Unterbringung, aber auch innerhalb der Ebenen als Austauschprozesse wirksam. Insgesamt kann Gender Mainstreaming gut beschrieben werden als Regelkreislauf: zwischen Reflexion (von Strukturen, Interaktionen, Angeboten usw.), Aushandlungsprozessen der Beteiligten (also z. B. zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Leitung, den Adressaten), Zielformulierungen (z. B. in Konzeptionen, Betriebsvereinbarungen, institutionellen Leitbildern) und Evaluation (z. B. in Teambesprechungen, durch Begleitforschung, oder Qualitätssicherungsverfahren).



Gender Mainstreaming als Kooperation

Gender Mainstreaming ist keine Angelegenheit, die von den stationären Einrichtungen alleine geleistet werden kann oder muß. Neben der Entwicklung der Heime nach innen gibt es aus der Perspektive der Institutionen in den Hilfen zur Erziehung wichtige Kooperationspartner oder auch »äußere Zielgruppen« für Gender Mainstreaming: Dies sind die Kostenträger, Ausbildungseinrichtungen und die Jugendämter mit ihren Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern.

Gender Mainstreaming lebt also wesentlich vom Kontakt nach außen, vom Wissenstransfer und von Vernetzungsaspekten in bezug auf

- *Aus- und Weiterbildung*: Universitäten, Fachhochschulen, Fachschulen und Weiterbildungseinrichtungen haben die Aufgabe, in der Aus- und Weiterbildung das (künftige) Personal für Gender Mainstreaming-Themen und -Prozesse zu qualifizieren; Gender Mainstreaming gehört zu den sozialpädagogischen Basisqualifikationen, Geschlecht muß in sämtlichen Ausbildungsgängen stärker verankert werden, weil die Institutionen auf diese Qualifikation angewiesen sind.
- *Forschung*: Sozial- und Jugendforschung sind angehalten, die für die Praxis notwendigen Analysen, Statistiken oder Szenarien zu liefern und die Einrichtungen mit neuen Forschungsergebnissen zu versorgen (im Sinne eines Wissenstransfers); darüber hinaus müssen Projekte und Modelle entwickelt und begleitet werden; die Erfahrungen in der Praxis werden – als Praxisforschung bzw. Evaluation – von Forschungseinrichtungen ausgewertet.
- *Die Landesebene* (Bundesländer) als Kostenträger der Hilfen zur Erziehung: Die Länder können sich nicht auf das Einfordern der Einführung von Gender-Mainstreaming-Prozessen und die Kontrolle beschränken; die Kostenträger sind darüber hinaus für die Motivationsarbeit, für die landesweite Implementierung von Gender Mainstreaming und die fachliche Unterstützung der Einrichtungen verantwortlich.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den *Jugendämtern*, vor allem im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD): Weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD die Lebenslagen und die Biographie der Adressaten von stationärer Unterbringung kennen, ist es ihre Aufgabe, die auch geschlechtsbezogen »passende« Einrichtung auszuwählen; Gender Mainstreaming verlangt hier die Wahrnehmung der Klientel als geschlechtliche Wesen mit individuell geschlechtsbezogenen Bedürfnissen (und nicht pauschale »geschlechtsspezifische« Bedürfnisse!), und die Entwicklung von genderbezogenen Kriterien für die Zuweisung in bestimmte Einrichtungen; solche Ansprüche schließen das Überprüfen von geschlechtsbezogenen Qualitätsstandards und die Kontrolle der Einrichtungen im Hinblick auf Gender Mainstreaming mit ein.

Die drei Ebenen der stationären Unterbringung und Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming kann auf allen drei institutionellen Ebenen der stationären Unterbringung (Heimerziehung) wirksam werden: auf der formalen, der konzeptionellen und der Ebene der Qualifizierung. In der Konkretisierung wird Gender Mainstreaming deshalb am besten entlang dieser Ebenen entwickelt, auf die Institution bezogen und angewandt.

Wir folgen in unserer Darstellung ebenfalls diesen drei Ebenen; der Schwerpunkt liegt – wegen der Bedeutung für die Praxis – auf der konzeptionellen Ebene. Zuerst wird dabei die Bedeutung von Gender Mainstreaming in der stationären Unterbringung jeweils mehr strukturell betrachtet und eher grob umrissen. Im konzeptionellen Teil folgen im Anschluß daran einige Ideen oder mögliche Leitfragen zur Konkretisierung in der Praxiseinrichtung.

Gender Mainstreaming ist allerdings ein so breiter und in mehrfacher Hinsicht wirksamer Ansatz, daß diese Sammlung von konkreten Ansätzen vor allem als Anregungen für die Reflexion, aber auch als Illustrationen und Beispiele dienen sollen. „Richtig“ konkret wird Gender Mainstreaming ohnehin erst in den Einrichtungen der Heimerziehung selbst. Weil die Gender-Mainstreaming-Gedanken neu sind, fehlt es bislang auch an fundiert ausgewerteten Erfahrungen. Das bedeutet, daß die entscheidenden Schritte der Umsetzung in der Praxis begonnen und reflektiert bzw. ausgewertet werden müssen.

Die formale Ebene

Auf der formalen Ebene trägt der Gender Mainstreaming-Ansatz dazu bei, die *Leistungsbeschreibungen* der Institutionen zu erweitern und die Angebote geschlechtsbewußt auszurichten. Gender Mainstreaming bietet hier zunächst eine prozeßhafte Unterstützung bei der kontinuierlichen Analyse der institutionellen Stärken (Vorhandenes) und der offenen Potentiale (noch nicht Verwirklichtes, noch Erwünschtes und Mögliches).

Darüber hinaus kann (und wird) Gender Mainstreaming bei den *Entgeltvereinbarungen* zunehmend eine Rolle spielen. Die Kostenträger sind dazu angehalten und verpflichtet, Gender Mainstreaming-Ansätze zu prüfen und als ein Element der Entgeltvereinbarung einzubeziehen. Die Angebote einer Einrichtung, die sich in Gender Mainstreaming-Prozessen befindet und sich am Gender Mainstreaming-Gedanken orientiert, können in den Entgeltvereinbarung ein höheres Gewicht er-

halten. Schließlich kann auf der formalen Ebene Gender Mainstreaming als eine Orientierung und eine Art Norm für *Qualitätsentwicklungsvereinbarungen* eingebunden werden. Hier setzt auch das Interesse der Kostenträger nach Qualitätskontrolle an. Das Prozeßhafte an Gender Mainstreaming und die damit verbundenen Regelkreisläufe tragen dazu bei, die geschlechtsbezogene Qualität der Angebote zu verbessern. Gender Mainstreaming ist dementsprechend ein Element institutioneller Qualitätsentwicklung.

Alle drei Elemente auf der formalen Ebene – Leistungsbeschreibungen, Entgeltvereinbarungen, Qualitätsentwicklungsvereinbarungen – sind dabei auch abhängig von Ressourcen, die den Einrichtungen von außen zugeführt werden bzw. die sich die Einrichtungen beschaffen müssen: insbesondere genderbezogene Informationen, Forschungsergebnisse und Prozeßunterstützungen. Solche Ressourcen liegen quasi quer zur formalen Ebene; daß solche Ressourcen bereitgestellt werden und ihre Erreichbarkeit ist entscheidend für den Erfolg von Gender Mainstreaming.

Die *Hilfeplanung* stellt dabei ebenfalls eine wichtige Gelenkstelle zwischen außen und innen dar, insbesondere in bezug auf die Gemeinde- und Landkreisebene (also vor allem zum ASD), weil sie die Institution (Heim), die Adressaten (Mädchen und Jungen), die Vermittler (ASD) und die Leistungsträger zusammenbringt. Deshalb ist die Erstellung des Hilfeplans ein wichtiger strategischer Ort für die Verankerung von Gender Mainstreaming.

Die konzeptionelle Ebene

Die meisten Einrichtungen der stationären Unterbringung verfügen über schriftlich gefaßte Konzeptionen, die Ausgangspunkte, Standards und Ziele der Arbeit formulieren. Die konzeptionelle Ebene bezieht sich auf die pädagogische und strukturelle Gestaltung der Einrichtung, auf ihre Zielsetzungen und Handlungsformen. Hier stehen in Zusammenhang mit Gender Mainstreaming vor allem die Interaktionen im Vordergrund: alles das, was zwischen Adressaten und Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter, unter den Adressaten, zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Kommunikation geschieht.

Die konzeptionelle Ebene bezieht sich damit in direkter Weise auf die Adressaten der Angebote und auf das Personal; indirekt hängt die konzeptionelle Ebene aber durchaus auch mit den institutionellen Bedingungen zusammen, in denen pädagogisches Handeln stattfindet. Denn solche Bedingungen (Räume, Möglichkeiten in diesen Räumen, Zeiten) ermöglichen oder verhindern Interaktionen.

Gender Mainstreaming bewirkt auf der konzeptionellen Ebene einerseits die Qualifizierung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Gender-Dimension. Andererseits führt Gender Mainstreaming zu einer reflektierte(re)n Gestaltung von Interaktionen innerhalb der Einrichtung (Entwicklung der Interaktionskulturen).

Damit zielt Gender Mainstreaming auf Entwicklung in dreierlei Hinsicht: der Adressaten, des Personals und der Institutionen selbst – was sich wieder in den Konzeptionen niederschlägt und entlang der konzeptionellen Ebene umgesetzt werden kann.

Adressatinnen und Adressaten

Gender Mainstreaming trägt dazu bei, die Adressatinnen und Adressaten genderbezogen in den Blick zu bekommen: also das Klientel, die Mädchen und Jungen in der Einrichtung – »als Mädchen« bzw. »als Jungen« in der ganzen Verhaltensbandbreite. Im Zentrum stehen dabei einerseits Interaktionen und Verhaltensweisen zwischen Mädchen und Jungen (im heterosozialen Setting), aber auch unter Mädchen bzw. unter Jungen (im homosozialen Setting); andererseits wird der Gesichtspunkt von Interaktionen auf der Ebene Personal – Adressat/Adressatin wichtig (also zwischen Mädchen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. zwischen Jungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern).

Beispiele für Themen und Leitfragen in bezug auf die Adressatinnen und Adressaten

- Welche Struktur der Adressatinnen und Adressaten weist die Institution auf (Statistik); ist das zufällig oder geplant und gewollt? Was trägt die Einrichtung zur Veränderung oder Stabilisierung dieser Struktur bei?
- Kennen wir die »Zugangsgeschichte« der Mädchen, der Jungen in unserer Einrichtung? Was sagt uns diese Geschichte in bezug auf die Genderdimension? Welche Bedeutung hat diese Geschichte in der Arbeit/für die Interaktionen mit den Jungen bzw. Mädchen?
- Welche Bandbreiten und Unterschiede gibt es – unter den Mädchen? Welche unter den Jungen? Wie wirkt sich dies auf die Arbeit aus?
- Welche Einweisungsgründe werden genannt? Was sagen diese über das Geschlecht der Adressatin bzw. des Adressaten aus? Wie konstruieren Einweisungsgründe »Geschlecht«? Gibt es eine Diagnosestellung als qualitative Beschreibung (nicht lediglich Standardisierungen)? Wie wird dies in die Arbeit einbezogen?
- Was brauchen (eher) die Mädchen – was ist unsere pädagogische Antwort? Was brauchen (eher) die Jungen – was ist unsere pädagogische Antwort?
- Was bedeutet »Mädchenarbeit«, was »Jungenarbeit« im Kontext der stationären Unterbringung in unserer Einrichtung? (Warum) halten wir einen zeitweiligen homopädagogischen bzw.

heteropädagogischen Ansatz für sinnvoll?

- Wie beschreiben wir die jeweilige Lebenslage der Mädchen/der Jungen? (z. B. Ausdifferenzierung nach: Körper, Biographie, Gesellschaft, Lebensphase, Generation)
- Welches Instrumentarium steht uns für die Arbeit mit Jungen, welches für die Arbeit mit Mädchen zur Verfügung? (Sport? Kreativbereich? Erlebnispädagogik? Kulturarbeit? Möglichkeiten zur Selbstinszenierung? Körperarbeit? usw.)
- Was bedeutet die »Zielgruppenproblematisierung« im Zusammenhang mit Genderfragen? (Verschiebung in kostengünstigere Hilfen, Jungen und Mädchen in den stationären Unterbringung werden dadurch tendenziell immer schwieriger)
- Welche Formen der Selbstorganisation von Mädchen und von Jungen gibt es in der Einrichtung?

Personal

Beim *Personal*, also den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ist Gender Mainstreaming ein wichtiger Hintergrund, auf dem pädagogisches Handeln (die Interaktionen) reflektiert und ihre Qualität weiterentwickelt werden können; darüber hinaus trägt Gender Mainstreaming dazu bei, (homosozialen) Interaktionen unter den Mitarbeiterinnen bzw. unter den Mitarbeitern sowie (heterosozial) zwischen Mitarbeiterin und Mitarbeiter in den Blick zu bekommen, weil sich selbstverständlich auch hierdurch Strukturen (ab-)bilden und Geschlechter gemacht werden. Gender Mainstreaming entfaltet durch das Personal seine Wirkung »von unten«, durch Gender Mainstreaming werden Bottom-up-Strategien und -Prozesse initiiert.

Die jeweilige Arbeitssituation oder die Arbeitszufriedenheit (in Zusammenhang mit den Adressaten) sind wichtige Ausgangspunkte für die genderbezogene Personalentwicklung. Hier trifft sich Gender Mainstreaming mit den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Entwicklung bezieht sich insbesondere auf den Bereich der »operativen Kompetenzen«, der ganz praktischen Tätigkeiten und Fähigkeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Maßgeblich sind zudem die Geschlechterverhältnisse in der Einrichtung, etwa im Hinblick auf die Personalstrukturen, aber auch auf die „Personalkultur“ als Geschlechterkultur.

Insbesondere kommunikative Methoden und Arbeitsformen tragen dazu bei, personalbezogene Gender-Mainstreaming-Prozesse zu initiieren, zu begleiten und weiterzuentwickeln. Erfolgversprechend sind hier besondere – nämlich genderbezogene – Qualitätszirkel; aber auch andere die Reflexion anregende oder qualifizierende Maßnahmen, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kontakt sind, tragen dazu bei, sich austauschen, sich (selbst) weiterentwickeln können.

Ein wichtiges Ziel der Personalentwicklung durch Gender Mainstreaming ist die Verbesserung der Reflexionskompetenz, insbesondere als Selbstreflexion verbunden mit der Fähigkeiten, sich professionell »in Distanz setzen« zu können. Im Mittelpunkt der Reflexion könnten z. B. die handlungsleitenden Vorstellungen in bezug auf die Geschlechter stehen. Reflexion kann aber auch ganz schlicht verstanden werden als Form der Sensibilisierung auf Genderfragen hin.

Beispiele für Themen und Leitfragen in bezug auf das Personal

- Welche genderrelevanten Qualifikationen haben die Mitarbeiterinnen, die Mitarbeiter in der Einrichtung bereits? Wo könnten sie noch dazu gewinnen, wo gibt es Qualifikationsbedarf?
- Wie wird neues Personal ausgewählt? Welche genderbezogenen Annahmen verbergen sich hinter den Kriterien?
- Welche Differenzierungen (Gruppen) gibt es beim Personal *außer* den Geschlechtern? Gibt es auffällige Binnendifferenzierungen innerhalb der Geschlechtergruppen?
- Was macht der Mitarbeiterin/dem Mitarbeiter Spaß und Freude in der Arbeit mit Mädchen? Was in der Arbeit mit Jungen?
- Gibt es bei den Mitarbeiterinnen, bei den Mitarbeitern Wertmaßstäbe und Zielvorstellungen für die Mädchen, für die Jungen in der Einrichtung? Welche Zielvorstellungen haben die Mädchen/die Jungen selbst? Wie können Diskrepanzen ausgehalten oder verhandelt werden? Gibt es Formen des Abgleichs bzw. der Verifizierung mit den Annahmen der Adressaten?
- Wie gehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter miteinander um? Wie spielen die Geschlechter bei der institutionellen Kultur eine Rolle?
- Wie wird Geschlecht von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern thematisiert?
- Welche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter fühlen sich in welchen institutionellen Bereichen am wohlsten (Erstellung eines genderqualifizierten Raumplans)?

Institution

Auch die *Institution* selbst rückt durch Gender Mainstreaming ins konzeptionelle Interesse. Alles, was die Institution – jenseits von Personal und Adressaten – ausmacht, kann konzeptionell und geschlechtsbezogen von Bedeutung sein: die Art und Qualität der pädagogischen Themen und Angebote, die zur Verfügung gestellt werden (gibt es Erlebnis, Sport und Abenteuer für Mädchen? Gibt es Kreativität und Fürsorglichkeit für Jungen?), die räumlichen Bedingungen der Institution und die Raumgestaltung, institutionelle Hierarchie- und Kooperationsformen.

Gender Mainstreaming ist damit ein Faktor der geschlechtsbezogenen Organisationsentwicklung, und zwar in bezug auf die Strukturen und auf die institutionelle Kultur (Lebens- und Umgangsformen). Dieser Aspekt der Institution als konzeptioneller Faktor ist nicht zuletzt auch wegen der symbolischen Wirkung von Strukturen und Kultur wichtig: Jenseits aller pädagogisch intendierten Interaktionen entfalten institutionelle und kulturelle Faktoren oft eine enorme Wirkkraft.

Für die institutionelle Leitung bedeutet Gender Mainstreaming vor allem die Nutzung bzw. Entwicklung strategischer Kompetenzen, um in Top-down-Prozessen Gender Mainstreaming als konzeptionellen Hintergrund zu implementieren. Gender Mainstreaming läßt sich optimal einführen und durchsetzen, wenn sich die personalbezogene Bottom-up-Strategie und die Top-down-Strategie der Leitung treffen.

Beispiele für Themen und Leitfragen in bezug auf die Institution

- Was bietet die Einrichtung insgesamt an Freizeitangeboten, pädagogischen Angeboten, beruflichen Qualifikationsangeboten? Wie wirken diese Angebote für Jungen/für Mädchen (offene und verdeckte Botschaften) – engen sie ein, öffnen sie neue Optionen?
- Welche Traditionen und Phasen der Institution gibt es in bezug auf Geschlechterthemen?
- Welches »genderbezogene Leitbild« gibt es in der Einrichtung (verdeckt oder explizit)?
- Gilt Gender Mainstreaming bereits als Qualitätsmerkmal, wird »Geschlecht« durchgängig berücksichtigt? Wo liegen Potentiale brach, wo sind sie verwirklicht?
- Wie stellt sich die Institution räumlich dar? (Erstellung eines Gender-Raum-Plans); welche Räume gibt es für welche Zwecke?
- Welches sind die besonderen Anreize für die institutionelle Leitung und die Verwaltung, Gender-Mainstreaming-Gedanken aufzugreifen?
- Welche institutionellen Strukturen gibt es, die geschlechterbezogen wirksam sind (z. B. Teamstrukturen, Kooperations- und Hierarchieformen)?
- Welche symbolische Wirkung entfalten institutionelle Strukturen jenseits des pädagogischen Bereichs? (z. B.: in der Küche und im Wäschbereich arbeiten ausschließlich Frauen; in der Leitung, als Hausmeister, Gärtner, in der Werkstatt oder Landwirtschaft dagegen nur Männer ...)

Die Ebene der Qualifizierung

Es liegt auf der Hand: Neue Anforderungen brauchen Qualifikationsangebote, um mit diesen Anforderungen professionell umgehen zu können. Die Ebene der Qualifizierung spricht die Frage an, wie das »menschliche Kapital« einer Einrichtung seine Genderkompetenzen entfalten und weiter entwickeln kann: Wie werden die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fit gemacht für Gender Mainstreaming? Selbstverständlich wird und muß es dafür gezielte *Weiterbildungsmöglichkeiten* insbesondere für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in den Einrichtungen geben, aber auch für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Leitungsebene. Diese Weiterbildungen brauchen Gender Mainstreaming als Hintergrund, aber auch als initiierenden oder prozeßfördernde Anregung. Themen für solche Weiterbildungen können im eher allgemeinen Bereich liegen (zur Kategorie Geschlecht, die neuen Genderdebatten, Geschlecht als Konstruktion usw.), wichtig sind aber auch ganz spezifische Weiterbildungsangebote (z. B. Sexualität und Gender in der stationären Unterbringung; Berufswahl und Lebensplanung; Aggressionskultivierung).

Darüber hinaus bieten sich *Inhouse-Seminare* an, in denen das Vorhandene im Bereich Gender Mainstreaming erhoben und konzeptionell festgehalten wird und in denen institutionenspezifische Gender Mainstreaming-Prozesse entwickelt und vereinbart werden können.

In *Gendertrainings* für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können die Genderkompetenzen gezielt trainiert werden (z. B. in Bezug auf Sensibilisierung, auf die Gestaltung von Interaktionskulturen, strukturelle Reflexionen). Auch *Supervision* wird durch den Gender Mainstreaming-Aspekt qualifiziert und bereichert; diese Kompetenz, Geschlechterbezüge als wichtigen Aspekt in der Supervision aufzugreifen, sollte bei der Auswahl von Supervisorinnen und Supervisoren unbedingt berücksichtigt werden.

Im Rahmen der institutionellen Qualitätsentwicklung sind zudem *Qualitätszirkel* hilfreich, die den Gender Mainstreaming-Prozeß am Laufen halten und steuern. Auf der Leitungsebene der Einrichtungen sind *Management-Trainings* und *Coaching* die Instrumente, die Gender Mainstreaming zum Erfolg verhelfen.

Hannelore Faulstich-Wieland, geb. 1948, Dipl. Psych., Dr. phil., Universitätsprofessorin für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Schulpädagogik – Schwerpunkt Sozialisationsforschung – an der Universität Hamburg seit 1997, vorher Universitätsprofessorin für Frauenforschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Arbeitsschwerpunkte: Koedukation, Geschlechterforschung, u. a. zu Frauen und Technik, Sozialisation. Laufendes Forschungsprojekt: Soziale Konstruktion von Geschlecht in schulischen Interaktionen.

Gaby Flösser, Dipl. Päd., Dr. phil., Professorin für Sozialpädagogik am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Soziologie der Universität Dortmund. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Organisations- und professionstheoretische Fragestellungen der Sozialen Arbeit.

Marianne Horstkemper, geb. 1949, Psychologin und Erziehungswissenschaftlerin, Dr. phil., Professorin an der Universität Potsdam, Humanwissenschaftliche Fakultät, Institut für Pädagogik. Lehrstuhl: Schulpädagogik, Allgemeine Didaktik und Empirische Unterrichtsforschung, Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Aspekte geschlechtsspezifischer Sozialisation in Familie, Schule und Hochschule, Gestaltung von Bildungsinstitutionen und Lernprozessen, Umgang mit neuen Technologien, Schulentwicklung, LehrerInnenaus und -weiterbildung.

Martina Liebe, M. A., geb. 1952, Studium Pädagogik (Diplom bzw. Magister) sowie Lehramt an Volksschulen in Marburg und München, langjährige ehrenamtliche Tätigkeit in der Jugendarbeit auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene in verschiedenen Funktionen, berufliche Tätigkeiten als Lehrerin an der Hauptschule, Bildungsreferentin einer musisch-kulturellen Jugendbildungsstätte, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr Neubiberg, Lehrstuhl Sozialpädagogik, zur Zeit Leiterin der Abteilung für Grundsatzfragen im Bayerischen Jugendring.

Dorit Meyer, Sozialwissenschaftlerin M. A. und Theaterwissenschaftlerin. M. A., langjährige Tätigkeit in der professionellen Theaterarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Verschiedene Arbeiten an staatlichen Bühnen und im Off-Theater. Seit 1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesmodellprogramm »Mädchen in der Jugendhilfe« beim SPI Berlin.

Lotte Rose, geb. 1958, Dipl. Pädagogin, Dr. phil., nach dem Studium Forschungstätigkeiten zu Jugendsubkulturen, zum Kinderleistungssport, Mädchen- und Frauensport, 1991-1996 wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprojektes »Mädchen in Bewegung«, seit 1997 Professorin an der Fachhochschule Frankfurt a. Main, Fachbereich Sozialarbeit.

Albert Scherr, geb. 1958, Studium der Soziologie und Pädagogik in Frankfurt, Diplom 1982, danach berufstätig in der offenen Jugendarbeit. Promotion 1985, danach berufstätig in der Jugendberufshilfe; 1989 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld; 1990 Berufung zum Professor für Soziologie und Jugendarbeit an der FH Darmstadt, FB Sozialpädagogik. 1998 Habilitation für das Fach Allgemeine Soziologie. Wintersemester 2000/2001 bis Sommersemester 2001 Vertreter einer Professur an der Universität Koblenz-Landau. Ausgewählte Veröffentlichungen: Professionelles soziales Handeln, Weinheim und München 1995; Soziale Identitäten Jugendlicher, Opladen 1995; Subjektorientierte Jugendarbeit, Weinheim und München 1997; Soziologie der Sozialen Arbeit, Weinheim und München 2000.

Reinhard Winter, Dr. rer. soc., Dipl. Päd., geb. 1958, leitet im Tübinger Institut für regionale Innovation und Sozialforschung (IRIS e. V.) den Fachbereich »Jungen und Männer«. Entwicklung, Leitung und Beratung diverser Projekte, überwiegend zum Themengebiet »Jungen«, zuletzt im Projekt »Jungenpädagogik« (1998 - 2000).